

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: halbjährlich 3.00 RM, monatlich 1.10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1.10 RM pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe außer Sonntagen.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgespaltene Kolonette oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berichterstattungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeluche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 4. Juni 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

# Eingedrungen!

## 7 Landtagssitze von der Sozialdemokratie erobert!

Das sozialistenreine Dreiklassenparlament Preußens hat aufgehört zu sein!  
 Die Vorposten der proletarischen Armee haben die Wälle des Schandwahlrechts überfliegen!

Die Sozialdemokratie, das klassenbewusste Proletariat ist eingedrungen in die Herrenfeste! Eine Bastion der Junkertruhburg ist unser!

Sieben Vertreter der Sozialdemokratie werden ins preussische Abgeordnetenhaus einzziehen!

Ein stolzer Erfolg, ein glorreicher Sieg!

Denn er ward erfochten gegen wohlgerüstete Uebermacht, gegen einen starkverschanzten Feind, unter einem Wahlstom, das die Kraft der lebendigen Masse ersäuden soll unter der Ducht des gehäuften Geldsacks!

Es ist ein Sieg, der schwerer wiegt als die Zahlen der eroberten Mandate anzeigen!  
 Ein Sieg, dessen Beute zehnfach zählt. Ein Sieg, der fortzuegen wird!

Denn er erzählt uns von der wachsenden Macht des Proletariats, das Fesseln zu brechen gelernt hat, die ihm sind seinen Feinden einst unzerbrechlich erschienen. Und er redet mit Donnerstimme von der Blut des Jorns und der Erbitterung, die die Verweigerung des gleichen Rechts in der Masse der Entrechteten aufschäumen ließ und von dem festen Entschluß und dem ehernen Willen der preussischen Proletarier, Dreiklassenschmach und Junkerherrschaft abzuschütteln.

Die roten Siege des 3. Juni sind ein Schritt zur Befreiung des preussischen Volkes von übermühtigen Herren, zur Befreiung Deutschlands vom preussischen Alp, vom Druck der preussischen Reaktion!

Ein Schritt! Nicht mehr! Wir werden es nicht vergessen über dem berechtigten Triumphgefühl, mit dem der stolze Tag uns erfüllt! Der Jubel des Sieges soll uns nicht den klaren Blick unnebeln für die harte Tatsache, daß die Volksfeinde nach wie vor das Schicksal des preussischen Volkes in ihrer Gewalt behalten.

So groß der Erfolg, gemessen an dem Bisherigen, ist, so gewaltig seine moralische Wirkung sein muß, so klein ist er, halten wir ihn gegen die reale Macht, die auch diese Wahl wieder den Reaktionen aller Farben gegeben hat.

Von 443 Sitzen des Dreiklassenhauses werden sieben von Vertretern der Entrechteten angenommen werden! Eine winzige Zahl gegen eine kompakte Uebermacht!

Eine Zahl, die die teuflische Ungerechtigkeit, die die Unerträglichkeit des Dreiklassenwahlrechts in ihrer ganzen ungeheuerlichen Größe verkörpert!

Und weit entfernt ist darum dieser Sieg, uns einzulullen in satte Zufriedenheit! Mit dem Gefühl der stolzen Freude mischt er das der wilden Empörung über schändliches Unrecht und dem erhebenden Bewußtsein, daß auf die Dauer nichts dem preussischen Proletariat zu schwer und zu opferreich sein wird, gefällt er den festen Entschluß, den bitteren Kampf bis zu Ende, bis zum guten Ende, bis zum endgültigen Siege zu führen!

Kein nur ist die Schar derer, die als Vertreter der Entrechteten einzziehen in die Truhburg der preussischen Reaktion. Aber sie soll und kann auch nichts anderes sein als ein Vorposten, als ein detachiertes Korps der großen proletarischen Armee, bei der die Entscheidung liegt über das Schicksal Preußens!

Nicht die Mandate sind's, denen unser Kampf galt. Das Wahlrecht ist das Ziel, das diesen Wahlkampf geweicht hat und die Eroberungen, die wir gemacht haben, sie werden von uns nur gewertet als Gradmesser der Kraft, die wir in diesem Kampf aufzubieten vermögen. Die Eroberung der Tribüne des preussischen Dreiklassenlandtages für die Vertreter des preussischen Proletariats ist ein bedeutamer Erfolg. Aber wir vergessen darüber nicht, daß das wirkliche Ziel unserer Aktion ist, das Haus des Unrechts, darin sich diese Tribüne erhebt, zu zerschmettern!

Wir feiern den Sieg, indem wir rüsten zum neuen Kampf!

Der Wahlkampf kam zum guten Ende — eine neue Epoche des Wahlrechtskampfes hebt an!

Das Proletariat Berlins vor allem darf sich den Siegeslorbeer aufs Haupt setzen!  
 Die Landeshauptstadt hat sich wieder als die Hauptstadt der deutschen, der preussischen Sozialdemokratie erwiesen. Der zweite Sturm, den die Arbeiterschaft Berlins auf das Dreiklassenparlament unternommen, hat einen über Erwarten großen Erfolg gehabt. In einem Anlauf hat die Sozialdemokratie an fünf Stellen den Ball des Dreiklassenunrechts überstiegen. Vielleicht, da wir dies schreiben, sind noch neue Siegesbotschaften unterwegs. Der Katai der Reaktion, der Vlodkreisinn, hat eine schmachliche Niederlage erlitten. Von den zwölf Berliner Wahlkreisen sind ihm fünf entrissen worden, und in anderen wird er, wenn überhaupt, nur mit äußerster Not, nur mit Hilfe der Reaktionen aller Farben sich gegen den Sturm der proletarischen Massen zu halten vermögen. Die Partei der Biemer, Fischbeck, Kopsch und Müller, die die Echtheit ihrer Wahlrechtsforderung durch das Wahlbündnis mit Konserbativen und nationalliberalen Wahlrechtsfeinden bewies, hat einen furchtbaren Denzettel erhalten. Der 3. Juni ist das Siegel unter dem Totenschein des deutschen Freisinn — was von ihm noch fortbauern wird, das ist nur noch eine Spielart der Reaktion.

Gegen neun Berliner Landtagsmandate, die der Freisinn im alten Dreiklassenhause besaß, wird er im neuen nur noch sieben mustern — da die Berliner Landtagswahlkreise seit der letzten Wahl von 9 auf 12 vermehrt worden sind, so beziffert sich der Verlust des Freisinn in Berlin auf fünf Mandate. Die Herren Schöler, Koehler und Weigert werden das hehzersehnte Landtagsmandat nicht in Besitz nehmen — hinausgewählt hat das Proletariat die bisherigen freisinnigen Abgeordneten Schulz und Goldschmidt, in der Person des letzteren zugleich den Vertreter einer Aker-Arbeiterorganisation, der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine. Die Durchgefallenen haben die Sünden des Freisinn zu büßen, die er in den letzten Monaten zu Bergen gehäuft hat.

Mit berechtigtem Stolz darf die Berliner Sozialdemokratie auf das Ergebnis der Wahlschlacht blicken. Harte, mühevolle, hingebende Arbeit ist vom Siege gekrönt worden. Die Genossen und Genossinnen haben die ganze Kraft eingesetzt im edlen Wettstreit, und sie haben den Kampf gegen die Rücken und Lücken des elendesten aller Wahlstomene klug und geschickt zu führen gewußt. In und um Berlin! Noch liegen abschließende Ziffern aus den Vorortpreisen nicht vor — nur der Sieg in Rixdorf-Schöneberg hebt sich leuchtend ab —, aber die Teilergebnisse zeigen uns, daß die Sozialdemokratie auch um Berlin imposante Wählerziffern mustert. Wo in und um Berlin die offene oder verschämte Reaktion das Feld noch behauptet, da zeugen gewaltige sozialdemokratische Minderheiten, wie höhl, wie niedrig die Siege der Segner sind. Und die Boten der sozialdemokratischen Urwähler Groß-Berlins, die am 3. Juni zum Wahllich schritten, summieren sich zum stürmischen, donnergroßenden Protest eines Riesenkörpers, den ein gewaltiger Wille erfüllt.

Und nicht minder mutig und tapfer hat das preussische Proletariat in den Provinzen gekämpft. Von allen Seiten wird das Anwachsen der Stimmen, die Steigerung der eroberten Wahlmannsmandate gemeldet. Linden stellt sich würdig der Landeshauptstadt an die Seite. In Altona rückt die Sozialdemokratie in die Stichwahl. Ein abschließender Ueberblick ist in dieser Stunde noch nicht möglich. Aber schon jetzt können wir stolz-freudig feststellen, daß der Wahltag gebracht hat, was er uns vor allem bringen sollte, den lauten Protestschrei der Hunderttausende, die imposante Steigerung der Aktion von 1903.

Und mag denn auch, wie es bislang den Anschein hat, die Kerntruppe der preussischen Reaktion in alter Stärke oder gar noch auf Kosten des Freisinn um einige Mannen vermehrt in das Dreiklassenhaus einzziehen, uns ist der 3. Juni Unterpfand, daß das preussische Proletariat einst mit Junkern und Junkergenossen fertig werden wird!

Der sozialistenreine Landtag Preußens ist nicht mehr — der Dreiklassenlandtag wird ihm folgen!

Froh unseres Sieges, stolz unserer Erfolge, schärfen wir die Waffen zum neuen Kampf! Zum neuen Kampf mit dem alten Schlachtruf:

# Nieder mit der Dreiklassenschmach — Nieder mit der preussischen Reaktion!



# Das Wahlbild der Strasse.

Am heutigen Vormittag würde kaum ein Fremder am Straßenbilde wahrgenommen haben, daß unsere Reichshauptstadt vor einem bedeutsamen Ereignis steht. Das flutende, rastlose Straßenge triebe bot keinerlei merkwürdige Anzeichen von der bevorstehenden politischen Schlacht. Zwar sammelten sich schon in der achten Morgenstunde an den festgelegten Stellen die Anführer mit ihren Werbemannschaften; aber die geschlossenen Truppen weikten noch fern vom Kampfplatz. Um 9 Uhr kamen die ersten Wähler der 2. Klasse einzeln, in längeren Zeitabständen, an. Manche nahmen mit steifer, würdevoller Gebärde den Stimmzettel für den bürgerlichen Kandidaten und prüften ihn erst gewissenhaft durch den goldumranderten Kneifer. Andere slogen in nervöser Hast vorbei, dem Bettelverteiler den Stimmzettel einfach aus der Hand ziehend. Erwischten sie zufällig doch mal einen roten, so ließen sie ihn schleunigst wieder durch die Luft flattern. Manche dieser bevorzugten Wähler merkte man es an, daß sie zum erstenmal von ihrem Bürgerrecht Gebrauch machten, sie waren von irgendeiner Seite aus ihrer Schlafmüdigkeit aufgeweckt worden. Immerhin kamen sie sehr spärlich an, die Zweitklassigen, zu denen in diesem Jahre auch der Reichskanzler zählt, der durch eine glückliche Fügung bewahrt wurde, wieder mit seinem Portier zusammen an die Wahlurne zu treten.

Stunde um Stunde verrann, in den öden Wahllokalen sahen die Wahlvorstände und langweilten sich nicht minder, wie die Bettelverteiler, die an manchen Stellen direkt der brodelnden Sonnenglut ausgesetzt waren. Während unserer Partei zu solchen Arbeiten stets Kräfte in Hülle und Fülle zur Verfügung stehen, müssen sich die bürgerlichen Parteien erst arme, ausgehungerte Schlucker für einige Groschen anwerben und man kann in den meisten Fällen unsere Genossen von den andern Bettelverteilern unterscheiden.

Draußen, in Berlin W. W. konnte man in der Zeit von 1—2 Uhr die „Erstklassigen“ von Geldsackgnaden sehen, wie sie mit Grandezza ihrer Equipage entzogen, oder nach ihrer Morgenpromenade im Tiergarten dem Wahllokal zuschleuderten, um ihre gewichtige Stimme abzugeben. Die Stunde wird kommen, wo auch über sie der Volkswille erbarmungslos hinwegschreiten wird!

Allmählich ändert sich das Straßenbild in den Stadtteilen der ärmeren Bevölkerung. Die Fabriken entlassen Scharen von Arbeitern, die der Wahlpflicht genügen wollen. Truppweise eilen sie den Lokalen zu. Boten rennen hin und her, Radfahrer sausen pfeilschnell vorbei. Frauen und Mädchen aus der Arbeiterschaft finden sich zahlreich ein. Sie helfen beim Schlep pen und machen sich allenthalben nützlich. Überall sieht man arbeitsfrohe Gestalten sich geschäftig bewegen. Auf allen Gesichtern trägt sich aus: „Heute muß Dresche geschlagen werden in die chinesische Mauer der preussisch-reaktionären Dreiklassenburg.“ Und uns tritt eine greife, schwankende Gestalt vor Augen, die wir heute morgen in einem Wahllokal trafen. Es war der alte Mangerhäns. Und in dieser altersmüden Gestalt verkörpert sich der einstige Freisinn, dem es zu danken ist, wenn auch heute wieder die Reaktion nicht entschieden auf's Haupt geschlagen wird!

## In den Wahllokalen.

In mehr als vierzehnhundert Wahllokalen wurde gewählt, in mehr als vierzehnhundert Wahllokalen traten vormittags um 9 Uhr die Mitglieder der Wahlvorstände zusammen und harrten der Wähler, die da kommen sollten. Die Konstituierung der Wahlvorstände vollzog sich nicht überall ohne Schwierigkeiten: es war mancher ausgeblieben, den der Magistrat für würdig gehalten hatte, ihm das Ehrenamt eines Wahlvorstehers, eines Stellvertreters oder eines Beisitzers zu übertragen. In einem Bezirk des ersten Wahlkreises wurde vergeblich auf den Vorsteher gewartet; er ist, so wurde uns versichert, bereits vor etwa einem Jahre gestorben, ohne das dem Magistrat wissen zu lassen. Noch Tolleres erlebten die Wähler eines Bezirkes vom ersten Wahlkreis; dort war noch eine Stunde nach dem für den Beginn der Wahl festgesetzten Zeitpunkt kein einziges Mitglied des Vorstandes erschienen, so daß die Wähler wieder nach Hause gehen mußten, ohne ihre Stimme abgeben zu können.

Zunächst wählte die zweite Klasse, drei Stunden hatte sie zu ihrer Verfügung, die Zeit von 9 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags. In vielen Wahllokalen wurden die Herren am Wahlisch in diesen drei Stunden nicht allzu oft gestört. Wo zur zweiten Wählerklasse ein Duzend Wähler, ein halbes Duzend oder noch weniger gehören, da hält man's schon für eine „lebhaft“ Wahlbeteiligung, wenn alle halbe Stunde mal ein Wähler anrückt. In anderen Bezirken ging es schon bei den Wahlen der zweiten Klasse recht flott her, das war in denjenigen Stadtteilen, die vorwiegend von Arbeitern bewohnt sind, im neunten und im elften Landtagswahlkreis, im fünften und im sechsten, auch im vierten, im zehnten, im zwölften. Hier, wo man schon mit geringen Steuerbeträgen in die zweite Klasse hineingelangt, gab in vielen Bezirken die unbemittelte Bevölkerung den Ausschlag und sicherte der Sozialdemokratie den Sieg.

Im zwölften Kreis, im Stadtteil Moabit, wo regelmäßig bei Wahlen die heftigsten Kämpfe ausgefochten wurden, waren von den bürgerlichen Parteien die heftigsten Anstrengungen gemacht worden. Die Konservativen empfahlen sich den Wählern auf ihrem Zettel durch den an die Spitze gestellten Spruch „Mit Gott für König und Vaterland“; die Freisinnigen warben durch große von den Zettelverteilern getragenen Plakate, die Nationalwahlen hatten die Straßenbahnwagen, die Bäume usw. mit Klebameisen besetzt. In anderen Stadtteilen trat das Werben der Parteien weniger hervor. Geschleppt wurde von den bürgerlichen Parteien schon sehr zeitig; sie wußten, daß sie in einigen Wahlkreisen gerade auf die zweite Klasse alle ihre Kraft verpenden mußten. Auch unsere Genossen begannen bald die Säumnigen an ihre Pflicht zu mahnen. An Hilfskräften war um diese Zeit wohl noch nirgends Mangel, vielfach machte sich sogar ein Mangel bemerkbar. Die Agitation wurde uns auch durch das rigorose Verhalten einzelner Wahlvorsteher erschwert. Manche dieser Herren bestanden darauf, daß im Wahllokal nur Personen sich aufhalten dürften, die in dem Bezirke

wohnen. Auch in einem Bezirk des ersten Kreises wurde einer unserer Genossen, dem die Wahlkontrolle übertragen worden war, vom Vorsteher ausgewiesen, weil er nicht im Bezirk wohnte. Die Herren am Wahlisch lachen erheitert und entrüstet darüber, daß er notieren wollte, wie die einzelnen Wähler wählen. Diese wunderlichen Wahlvorstandsmitglieder scheinen noch nie etwas davon gehört zu haben, daß bei öffentlichen Wahlen alle Parteien so verfahren.

Um 12 Uhr mittags wurde für die zweite Klasse die Wahlhandlung geschlossen, und in den Agitationsbüros wurden nun die Ergebnisse zusammengestellt. Mit Spannung wurde den aus den einzelnen Bezirken einlaufenden Nachrichten entgegengesehen; denn von dem Ausfall der Wahlen zweiter Klasse hing in einigen Wahlkreisen, in denen die Sozialdemokratie des Sieges in der dritten Klasse fast überall von vornherein sicher ist, die Entscheidung für den ganzen Kreis ab. Besonders im elften, im neunten, im fünften Kreis reichte sich eine Siegesnachricht an die andere.

Noch waren längst nicht alle Ergebnisse der zweiten Klasse eingelaufen und gebücht, da begannen um 1 Uhr die Wahlen der ersten Klasse. Für sie war nur eine einzige Stunde angelegt. Wo die erste Wählerklasse nur aus allerhöchsten Steuerzahlern bestand, wurde jeder, der kam, vom Wahlvorstand mit freudiger Ehrerbietung begrüßt. Sein Erscheinen war für die gelangweilten Herren eine angenehme Unterbrechung, angenehm um so mehr, da man wußte, daß man eine hochwürdige Stütze des Klassenstaates vor sich hatte. In den Arbeitervierteln dagegen gab es Bezirke, wo selbst die Wähler erster Klasse sofort als Angehörige derjenigen Bevölkerungsschicht zu erkennen waren, die den Geldsackbesitzern als „Plebs“ gilt.

Als um 1 Uhr die Wahlhandlung für die erste Klasse geschlossen worden war und wiederum in den Agitationsbüros an die Zusammenstellung der Ergebnisse herangegangen wurde, zeigte sich bald, daß auch in der ersten Klasse und in einer ganzen Reihe von Gegenden der Sieg zugefallen war. Das sind die kleinen Vorheiten dieses auf Anbebelung der Arbeiterklasse berechneten dreiklassigen Wahlsystems, daß in Arbeitervierteln nicht mal die erste Klasse vor dem Eindringen der Sozialdemokratie sicher ist.

Um 3 Uhr kam die dritte Klasse heran. Jetzt erst begann allenthalben in Berlin ein starker, von Viertelstunde zu Viertelstunde wachsender Zustrom von Wählern.

Wie die Wahlen in der dritten Klasse ausfallen würden, das stand für die weitaus meisten Bezirke von vornherein fest. In der Klasse der Unbemittelten, der Beschloßenen, der Unterbesitzten und Entschloßenen haben die bürgerlichen Parteien wenig zu hoffen. Im 9. Kreis, im 11. Kreis, im 5., im 6., im 7. Kreis rüdten in immer dichteren Trupps die Wähler aus der Arbeiterbevölkerung heran und traten an den Wahlisch, um durch ihre Stimmgabe darzutun, daß sie nur von der Sozialdemokratie eine entschlossene Vertretung ihrer Interessen erwarten.

Von den bürgerlichen Parteien wurden hier und da die verzweifeltsten Anstrengungen gemacht, doch auch in der dritten Klasse noch manchen Bezirk zu behaupten. Ihren ganzen Schlepapparat ließen sie spielen, um heranzuholen, was irgend die Gewißheit bot, gegen die Sozialdemokratie zu stimmen. In der Gegend der Reinickendorfer Straße schlepten die Freisinnigen in Droschken die Insassen des Wählisch für Kaufleute heran, nachdem sie sich zuvor vergewissert hatten, daß sie es nicht wagen würden, gegen den Freisinn zu stimmen. Die Kleinen, schlecht bezahlten Beamten der Post, der Eisenbahn usw. waren selbstverständlich durch einen Wink mit dem Hauptpfahl daran erinnert worden, daß sie sich an der Wahl zu beteiligen hätten, um der Sozialdemokratie den Sieg zu erschweren. Die Zahl der Bezirke, in denen bei den Wahlen der dritten Klasse die bürgerlichen Parteien sich behaupteten, ist nicht erheblich. In den wohlhabenden Stadtteilen gaben vielfach die Kleinen Geschäftsleute den Ausschlag; sie sind dort wehrlos dem terroristischen Druck der besitzenden Klasse preisgegeben. Sie wurden herangeföhrt und mühten gegen die Sozialdemokratie zu stimmen.

Auch unsere Genossen arbeiteten mit aufopferndem Eifer, um die sozialdemokratischen Wähler möglichst vollzählig an den Wahlisch zu bringen. Vielfach sah man Frauen mittätig, sie kämpften Schulter an Schulter mit den Männern, um diese Wahl zu einer einbrendsvollen Kundgebung des arbeitenden Volkes für die Sozialdemokratie zu gestalten. Lange vor Schluß der Wahlhandlung, noch ehe die Sonne sank, stand es fest, daß Dresche geschlagen war in die Freisinnfestung Berlin.

Punkt 8 Uhr wurde die Wahlhandlung für beendet erklärt. Mit feierhafter Eile wurde jetzt in den einzelnen Kreisen von unseren Genossen an der Zusammenstellung der Ergebnisse gearbeitet; denn schon füllten sich die Säle, in denen die sozialdemokratischen Wähler auf die Verkündung des Wahlausfalles warteten. Dreiundzwanzig Versammlungen waren für Groß-Berlin einberufen worden. Die Ergebnisse der Wahlen in Groß-Berlin, die ein neues und kräftiges Vordrängen der Sozialdemokratie bedeuten, wurden überall von unseren Genossen mit begeistertem Jubel aufgenommen.

## 7 sozialdemokratische Mandate.

Bei der gestrigen Landtagswahl hat die Sozialdemokratie folgende Wahlkreise erobert:

5. Berliner Landtagswahlkreis.

6. " " "

7. " " "

9. " " "

11. " " "

Rixdorf-Schöneberg.

Außerdem siegte unsere Partei in Linden (Hannover).

## Berliner Wahlkreise.

1. Landtagswahlkreis.

Resultate noch nicht bekannt.

2. Landtagswahlkreis.

1. Abteilung: Wahlmänner

Sozialdemokraten . . . . . —

Freisinnige . . . . . 125

Konservative . . . . . 9

2. Abteilung: Wahlmänner

Sozialdemokraten . . . . . 10

Freisinnige . . . . . 140

Konservative . . . . . 3

Stichwahlen . . . . . 10

3. Abteilung: Wahlmänner

Sozialdemokraten . . . . . 88

Freisinnige . . . . . 24

Konservative . . . . . 12

Stichwahlen . . . . . 25

Insgesamt: Wahlmänner

Sozialdemokraten . . . . . 98

Freisinnige . . . . . 289

Konservative . . . . . 24

Stichwahlen . . . . . 31

### 3. Landtagswahlkreis.

1. Abteilung: Wahlmänner

Sozialdemokraten . . . . . 3

Freisinnige . . . . . 148

Konservative . . . . . 2

2. Abteilung: Wahlmänner

Sozialdemokraten . . . . . 85

Freisinnige . . . . . 117

Konservative . . . . . —

3. Abteilung: Wahlmänner

Sozialdemokraten . . . . . 151

Freisinnige . . . . . 14

Konservative . . . . . —

Insgesamt: Wahlmänner

Sozialdemokraten . . . . . 188

Freisinnige . . . . . 279

### 4. Landtagswahlkreis.

1. Abteilung: Wahlmänner

Sozialdemokraten . . . . . —

Freisinnige . . . . . 161

Konservative . . . . . —

2. Abteilung: Wahlmänner

Sozialdemokraten . . . . . 23

Freisinnige . . . . . 189

Konservative . . . . . —

3. Abteilung: Wahlmänner

Sozialdemokraten . . . . . 157

Freisinnige . . . . . 7

Konservative . . . . . —

Insgesamt: Wahlmänner

Sozialdemokraten . . . . . 180

Freisinnige . . . . . 307

### 5. Landtagswahlkreis.

1. Abteilung: Wahlmänner

Sozialdemokraten . . . . . 24

Freisinnige . . . . . 149

Konservative . . . . . 3

Stichwahlen . . . . . 4

2. Abteilung: Wahlmänner

Sozialdemokraten . . . . . 104

Freisinnige . . . . . 71

Konservative . . . . . —

3. Abteilung: Wahlmänner

Sozialdemokraten . . . . . 83

Freisinnige . . . . . —

Konservative . . . . . —

Insgesamt: Wahlmänner

Sozialdemokraten . . . . . 311

Freisinnige . . . . . 220

Konservative . . . . . 3

Stichwahlen . . . . . 4

### 6. Landtagswahlkreis.

1. Abteilung: Wahlmänner

Sozialdemokraten . . . . . 16

Freisinnige . . . . . 230

Konservative . . . . . —

2. Abteilung: Wahlmänner

Sozialdemokraten . . . . . 127

Freisinnige . . . . . 111

Konservative . . . . . —

3. Abteilung: Wahlmänner

Sozialdemokraten . . . . . 247

Freisinnige . . . . . 4

Konservative . . . . . —

Insgesamt: Wahlmänner

Sozialdemokraten . . . . . 300

Freisinnige . . . . . 345

### 7. Landtagswahlkreis.

1. Abteilung: Wahlmänner

Sozialdemokraten . . . . . 17

Freisinnige . . . . . 200

Konservative . . . . . —

2. Abteilung: Wahlmänner

Sozialdemokraten . . . . . 126

Freisinnige . . . . . 96

Konservative . . . . . —

3. Abteilung: Wahlmänner

Sozialdemokraten . . . . . 225

Freisinnige . . . . . 3

Konservative . . . . . —

Insgesamt: Wahlmänner

Sozialdemokraten . . . . . 368

Freisinnige . . . . . 209

### 8. Landtagswahlkreis.

1. Abteilung: Wahlmänner

Sozialdemokraten . . . . . 4

Freisinnige . . . . . 237

Konservative . . . . . 4

2. Abteilung: Wahlmänner

Sozialdemokraten . . . . . 60

Freisinnige . . . . . 222

Konservative . . . . . —

Stichwahlen . . . . . 16



8. Abteilung:		Wahlmänner
Sozialdemokraten	289	
Freisinnige	26	
Konservative	—	
Stichwahlen	9	
Insgesamt:		Wahlmänner
Sozialdemokraten	362	
Freisinnige	535	
Konservative	4	

**9. Landtagwahlkreis.**

1. Abteilung:		Wahlmänner
Sozialdemokraten	44	
Freisinnige	130	
Konservative	8	
2. Abteilung:		Wahlmänner
Sozialdemokraten	154	
Freisinnige	86	
Konservative	2	
Stichwahlen	2	
3. Abteilung:		Wahlmänner
Sozialdemokraten	198	
Freisinnige	—	
Konservative	—	
Insgesamt:		Wahlmänner
Sozialdemokraten	394	
Freisinnige	166	
Konservative	8	
Stichwahlen	10	

**10. Landtagwahlkreis.**

1. Abteilung:		Wahlmänner
Sozialdemokraten	21	
Freisinnige	287	
Konservative	3	
2. Abteilung:		Wahlmänner
Sozialdemokraten	143	
Freisinnige	162	
Konservative	—	
3. Abteilung:		Wahlmänner
Sozialdemokraten	271	
Freisinnige	52	
Konservative	—	
Insgesamt:		Wahlmänner
Sozialdemokraten	435	
Freisinnige	501	
Konservative	3	

**11. Landtagwahlkreis.**

1. Abteilung:		Wahlmänner
Sozialdemokraten	50	
Freisinnige	108	
Konservative	—	
In Stichwahl	2	
2. Abteilung:		Wahlmänner
Sozialdemokraten	143	
Freisinnige	23	
Konservative	—	
3. Abteilung:		Wahlmänner
Sozialdemokraten	150	
Freisinnige	1	
Konservative	—	
Insgesamt:		Wahlmänner
Sozialdemokraten	353	
Freisinnige	132	
Stichwahlen	2	

**12. Landtagwahlkreis.**

1. Abteilung:		Wahlmänner
Sozialdemokraten	27	
Freisinnige	49	
Konservative	25	
2. Abteilung:		Wahlmänner
Sozialdemokraten	74	
Freisinnige	222	
Konservative	—	
In Stichwahl	10	
3. Abteilung:		Wahlmänner
Sozialdemokraten	276	
Freisinnige	88	
Konservative	45	
Nationalliberale	43	
In Stichwahl	54	
Insgesamt:		Wahlmänner
Sozialdemokraten	377	
Freisinnige	359	
Konservative	70	
Nationalliberale	43	
In Stichwahl	64	

**Umgegend Berlins.**

**Landtagwahlkreis Nixdorf-Schöneberg.**

1. Abteilung:		Wahlmänner
Sozialdemokraten	83	
Freisinnige	108	
Konservative	127	
Nationalliberale	8	
Stichwahlen	24	
2. Abteilung:		Wahlmänner
Sozialdemokraten	147	
Freisinnige	60	
Konservative	19	
Nationalliberale	3	
Stichwahlen	51	

3. Abteilung:		Wahlmänner
Sozialdemokraten	310	
Freisinnige	8	
Konservative	—	
Stichwahlen	12	
Insgesamt:		Wahlmänner
Sozialdemokraten	490	
Freisinnige	176	
Konservative	146	
Nationalliberale	27	
Stichwahlen	63	

**Härstenwalde.**

Sozialdemokraten	35	Wahlmänner
Konservative	5	
Liberal	41	

**Frankfurt-Debus (Teilergebnis)**

Wahlmänner	
Sozialdemokraten	61 (25 in Stichw.)
Liberal	247
Konservative	223

**Breslau (Stadt).**

Sozialdemokraten	325	Wahlmänner
Liberal	531	
Konservative u. Zentr.	859	

**Girschberg-Schönau.**

Sozialdemokraten	5	Wahlmänner
Nationalliberale	189	
Freikonservative	189	
Freisinn	195	

**Rögnitzberg (Stadt) (Teilergebnis)**

Sozialdemokraten	115	Wahlmänner
Konservative	14	
Liberal	687	

**Stettin.**

Sozialdemokratie	232	Wahlmänner
Liberal	554	

**Altona (Stadt).**

Sozialdemokraten	222	Wahlmänner
Freisinn	192	
Nationalliberale	65	
Freikonservative	87	

**Pinneberg-Elmsborn.**

Sozialdemokraten	89	Wahlmänner
Freikonservative	217	
Freisinn	84	

**Wandbbsf.**

Sozialdemokraten	90	Wahlmänner
Nationalliberal	70	
Freikonservativ	130	

**Geestmünde.**

Sozialdemokraten	65	Wahlmänner
Freisinn	25	
Nationalliberale	110	

**Harburg.**

Sozialdemokraten	95	Wahlmänner
Nationalliberale	209	
Freisinn	30	

**Süd-Dithmarschen (Teilergebnis)**

Sozialdemokraten	6	Wahlmänner
Freisinn	73	
Freikonservative	83	

**Sollingen.**

Sozialdemokraten	323	Wahlmänner
Nationalliberale	637	
Sozialliberale	26	
Zentrum	127	
Christlichsoziale	21	

**Wiesfeld-Hersford (Teilergebnis)**

Sozialdemokraten	226	Wahlmänner
Nationalliberale	346	
Konservative	433	

**Wohum (Stadt und Land) (Teilergebnis)**

Sozialdemokraten	110	Wahlmänner
Nationalliberale	256	
Zentrum	223	

**Frankfurt-Rain (Teilergebnis)**

Sozialdemokraten	218	Wahlmänner
Freisinn	421	
Nationalliberale	167	
Zentrum	10	

**Viaden (Hamtober).**

Sozialdemokraten	231	Wahlmänner
Nationalliberale	180	

**Gilsbeheim (Stadt und Land):**

Sozialdemokraten	48	Wahlmänner
Zentrum	89	
Nationalliberale	203	

**Halle a. d. Saale.**

Sozialdemokrat	132	Wahlmänner
Nationalliberal	623	
Freisinnig	413	
Freikonservativ	214	

**Erfurt (Stadt und Land).**

Sozialdemokraten	44	Wahlmänner
Konservative	173	
Nationalliberale	229	

**Blansfelder Gebirgskreis.**

Sozialdemokraten	19	Wahlmänner
Konservative	263	
Freikonservative	268	

Potsdam. Freikonservativ gewählt.  
 Jansch-Wetzlg. 3 Konservative gewählt.  
 Spandau (Land). Konservativ gewählt.

Dortmund (Land). Stichwahl zwischen Zentrum und Nationalliberale.  
 Krefeld. Zentrum gewählt.  
 Vorken-Neckinghausen. Zentrum gewählt.  
 Kassel (Stadt). Nationalliberal gewählt.  
 Düsseldorf (Stadt und Land). Zentrum gewählt.  
 Gummersbach. Nationalliberal gewählt.  
 Gattungen-Witten. Nationalliberal gewählt.  
 Mülheimerhöhe (Stadt und Land). Zentrum gewählt.  
 Wittlich-Berncastel. Zentrum gewählt.  
 Jüterbog-Luckenwalde. Konservativ gewählt.  
 West- und Ostprignitz. Zwei Konservative gewählt.  
 Tempin-Ruppin. Zwei Konservative gewählt.  
 Angermünde-Prenzlan. Konservativ gewählt.  
 Meppen. Zentrum gewählt.  
 Rangsdorf-Regenwalde. Zwei Konservative gewählt.  
 Stuhm-Marienwerder. Zwei Freikonservative gewählt.  
 Schrowa. Zwei Polen gewählt.  
 Celle (Stadt). Nationalliberal gewählt.  
 Schlesingen-Ziegenrück. Freikonservativ gewählt.  
 Stade-Bremervörde. Nationalliberal gewählt.  
 Jork-Reddingen. Konservativ gewählt.  
 Larnowik-Deutzen. Zentrum gewählt.  
 Ratibor (Stadt und Land). Zentrum und Pole gewählt.  
 Kattowik. Zentrum gewählt.  
 Deutzen (Stadt). Zentrum gewählt.  
 Kattowik-Bohrze. Zentrum gewählt.  
 Königshütte (Stadt). Zentrum gewählt.  
 Posen (Stadt). Freisinn gewählt.  
 Neustadt-Falkenberg. Zentrum gewählt.  
 Glogau-Lüben. Konservativ gewählt.  
 Frankstadt-Lissa. Konservativ gewählt.  
 Wöngrowitz. Konservativ und Freisinn gewählt.  
 Remel-Heidelburg. Konservativ und Nationalliberal gewählt.  
 Thorn-Kulm. Konservativ und Freisinn gewählt.  
 Deutsch-Krone. Konservativ gewählt.  
 Jälichau-Krossen. Konservativ gewählt.  
 Lübben. Konservativ gewählt.  
 Preußisch-Holland-Mehningen. Konservativ gewählt.  
 Wiesbaden (Untertammskreis). Nationalliberal gewählt.  
 Kachen (Stadt und Land). Zentrum gewählt.  
 Neuhans-Dickels. Bund der Landwirte gewählt.  
 Guxum. Nationalliberal gewählt.  
 Marienburg-Godlar. Konservativ gewählt.  
 Elbersfeld-Barmen. Nationalliberal und Freisinn gewählt.  
 Garmkau-Kolmar. Konservativ gewählt.  
 Trier. Zentrum gewählt.  
 Wittenstein-Siegen. Nationalliberal gewählt.  
 Köln (Stadt). Zentrum gewählt.  
 Emden-Norden. Nationalliberal gewählt.  
 Bunzlau-Löwenberg. 3 Konservative gewählt.  
 Badrum. Stichwahl zwischen Zentrum und Nationalliberal.  
 Mülheim (Ruhr). Stichwahl zwischen Zentrum und Nationalliberal.  
 Gelsenkirchen. Zentrum gewählt.  
 Randow-Greifenhagen. Konservativ gewählt.  
 Hörde. Soz. 180, Natl. 300 Wahlmänner.  
 Dortmund (Stadt). Soz. 80, Zentrum 244, Natl. 356 Wahlmänner.  
 Rees (Regierungsbezirk Düsseldorf). Freigen (Zentrum) gewählt.  
 Hülsfeld-Gersfeld. Drimenberg (Zentrum) gewählt.  
 Apenrade-Sonderburg. Rissen (Däne) gewählt.  
 Herzogtum Lauenburg. Wentorp (freil.) gewählt.  
 Hersfeld-Rotenburg. Freikonservativ gewählt.  
 Tiedenburg. Stichwahl zwischen Zentrum und Freikonservativ.  
 Norddithmarschen. Nationalliberal gewählt.  
 Angerburg-Lützen. Konservativ gewählt.  
 Rastenburg-Gröden. Konservativ gewählt.  
 Maguit-Pillkallen. Konservativ gewählt.  
 Stallpöden-Goldap. Konservativ gewählt.  
 Gishorn-Henningen. Konservativ gewählt.  
 Leer. Konservativ gewählt.  
 Zeitz. Konservativ gewählt.  
 Uelzen. Konservativ gewählt.  
 Reife. Zentrum gewählt.  
 Osterode. Konservativ gewählt.  
 Osterburg-Stendal. Konservativ gewählt.  
 Göttingen. Nationalliberal gewählt.  
 Verden-Rotenburg. Freikonservativ gewählt.  
 Meserich-Bomst. Konservativ gewählt.  
 Dören-Jälich. Zentrum gewählt.  
 Gronau-Asfeld. Freikonservativ gewählt.  
 Segeberg. Konservativ gewählt.  
 Samter-Schwerin a. W. Konservativ gewählt.  
 Nothenburg-Hoyerswerda. Konservativ gewählt.  
 Hameln. Nationalliberal gewählt.  
 Northeim-Einbeck. Freikonservativ gewählt.  
 Greifswald-Grümmen. Konservativ gewählt.  
 Bonn. Zentrum gewählt.  
 Aleve. Zentrum gewählt.  
 Limburg. Zentrum gewählt.  
 Lablan-Wehlan. Konservativ gewählt.  
 Gumbinnen-Insterburg. Konservativ gewählt.  
 Striegau-Schweidnit. Konservativ und Zentrum gewählt.  
 Schwab. Freikonservativ gewählt.  
 Gnesen. Freikonservativ gewählt.  
 Altenkirchen-Neuwied. Konservativ und Zentrum gewählt.  
 Kothem-Wayen. Zentrum gewählt.  
 Stolzenau-Neustadt. Konservativ gewählt.  
 Braunsberg-Heilsberg. Konservativ und Freisinn gewählt.  
 Giese. Zentrum gewählt.  
 Schleswig (Stadt). Konservativ gewählt.  
 Langensalza-Weigensee. Konservativ gewählt.  
 Osnabrück. Nationalliberal gewählt.  
 Kreuznach-Simmern. Nationalliberal gewählt.  
 Koblenz (Stadt und Land). Zentrum gewählt.  
 Adelnau. Zentrum gewählt.  
 Moers. Freikonservativ gewählt.  
 Dypeln (Stadt und Land). Zentrum und Polen gewählt.  
 Gleiwitz. Konservativ: 140, Zentrum: 233 Wahlmänner.  
 Welle-Idburg. Nationalliberal: 76, Zentrum: 125 Wahlmänner.



**Altenstein-Rössel.** Zentrum gewählt.  
**Kendzburg.** Konservativ gewählt.  
**Kurich-Wittmund.** Konservativ gewählt.  
**Kreuz-Grevenbroich-Coesfeld.** Zentrum gewählt.  
**Magdeburg (Stadt).** Sozialdemokratie 31, Nationalliberal 454  
 Wahlmänner.  
**Lüneburg-Winsen.** Sozialdemokratie 25, Nationalliberal 165,  
 Konservativ 100 Wahlmänner.  
**Kruswalle-Friedeberg.** Konservativ gewählt.  
**Lyd-Johannisburg.** Konservativ: 521 Wahlmänner.  
**Sensburg-Dreßdorf.** Konservativ gewählt.  
**Lingen.** Konservativ gewählt.  
**Nienburg-Hoya-Sulingen.** Nationalliberal gewählt.  
**Schleswig-Friedrichstadt.** Konservativ gewählt.  
**Lauenburg-Budow-Stolp.** Konservativ gewählt.  
**Kendzburg.** Nationalliberal gewählt.  
**Kordhausen.** Freisinn gewählt.  
**Hannover-Stadt.** Sozialdemokraten 277, Nationalliberale 697  
 Wahlmänner.  
**Hildesheim.** Sozialdemokraten 42, Nationalliberale 257, Zentrum  
 und Bund der Landwirte 68 Wahlmänner.  
**Hamelu.** Nationalliberal gewählt.  
**Harburg.** Konservativ gewählt.  
**Frankenberg-Kirchhain.** Konservativ gewählt.  
**Tondern.** Kall. gewählt.  
**Pinneberg.** Freikonservativ gewählt.  
**W.-Stadbach-Reydt.** Zwei Zentrum gewählt.  
**Dann-Prüm.** Zwei Zentrum gewählt.  
**Staarburg-Merzig.** Zwei Zentrum gewählt.  
**Waldenburg-Reichenbach.** Freikonservativ gewählt.  
**Landsberg (Warthe).** Zwei Konservative gewählt.  
**Sagan-Sprottau.** Zwei Konservative gewählt.  
**Pyritz-Saarg.** Konservativ gewählt.

## Aus Industrie und Handel.

### Landwirtschaftliche Buchführung.

In der „Deutschen Landwirtschaftlichen Presse“ veröffentlicht ein Herr Konrad Plehn einen Artikel über Getreideertragskosten und Bodenrente. Nach seiner Berechnung erwirtschaftet er auf seinem Gut in Westpreußen auf leichtem Sandboden eine Bodenrente von durchschnittlich 16 Mark pro Morgen. Dieses für leichten Boden immerhin günstige Resultat würde sich aber ganz anders stellen, wenn die Getreidepreise nicht viel zu niedrig eingesezt wären. Plehn berechnet Roggen mit nur 6,25, Weizen mit 7,70, Hafer mit 6,60, Gerste mit 6,50, Erbsen mit 6,40 Mark pro Zentner.

Diese Preise sind gegen die durchschnittlichen Marktpreise der letzten drei Jahre um etwa 30 Proz. zu niedrig. Plehn begründet dies so:

„... weil es ungewiß ist, ob die etwas höheren Preise von 1906 und 1907 nicht wieder niedrigeren Preisen Platz machen und wir besser damit rechnen, daß in einigen Jahren eventuell auch eine allmähliche Herabsetzung der Zölle eintritt.“

Diese Begründung ist echt agrarisch. Weil also immerhin die Möglichkeit besteht, daß in einigen Jahren eventuell eine allmähliche Herabsetzung der Zölle eintritt, wird eine erst jetzt folgende Rentabilitätsberechnung auf der Grundlage niedrigerer Preise als die tatsächlichen basiert.

Derartige Rentabilitätsberechnungen haben bei der Forderung der Erhöhung der Getreidezölle eine Rolle gespielt. Die „Deutsche Landwirtschaftliche Presse“ ist ein Fachblatt, was nicht vergesen werden darf. Daraus kann man sich ein Bild machen, wie zuverlässig ähnliche Berechnungen sind, die in den Organen des Bundes der Landwirte aufgemacht werden.

Wenn es sich darum handelt, das Einkommen der Landarbeiter zu berechnen, werden natürlich ganz andere Preise für das Deputatgetreide eingestellt. So berechnet in dem letzten Heft der „M. d. D. L. W.“ ein Gutbesitzer das dem Arbeiter verarbeitete Getreide im Durchschnitt mit 8 Mark pro Zentner und die Kartoffeln mit 1,50 Mark pro Zentner.

In ihren Rentabilitätsberechnungen werden jedoch Kartoffeln nur mit 1 Mark eingestellt. Die Agrarier verstehen sich auf doppelte Buchführung ganz ausgezeichnet.

### Schutzzöllner gegen Schutzzölle.

Zu den entragtesten Schutzzöllnern gehören unsere Eisen- und Stahlindustriellen. Was sie selbst lieben, hoffen sie aber anscheinend bei anderen. Die Zeitschrift „Stahl und Eisen“ (Nr. 22), redigiert von dem bekannten Syndikatsanwalt und Hochschützölnner Dr. Deumer, veröffentlicht einige Daten über die finanzielle Lage der japanischen Stahlwerke. Unter anderem liest man da:

„Der jetzige Generaldirektor des Werkes, General Nakamura, hat vor der Budgetkommission offen zugegeben, daß die finanzielle Lage des Werkes eine sehr schwierige sei: die Herstellungskosten für Kohlen seien und blieben sehr hohe und man könne keine Verringerung der Ergebnisse erwarten bei einem Einfuhrzoll von 5 Proz. des Wertes auf Roheisen. Erst wenn nach Ablauf der jetzigen Verträge im Jahre 1912 eine Erhöhung des Einfuhrzolls auf Roheisen usw. möglich wäre, könnte man eine Steigerung des Absatzes der Regierungswerke zu lohnenden Preisen erwarten. Was allerdings die Werften und die wachsende Schiffbauindustrie zu einer derartigen Finanzpolitik sagen werden, läßt der Leiter des Staatswerkes unbedacht.“

Was die Interessierten zu der Schutzpolitik sagen werden, glauben wir verraten zu können. Sie werden vermutlich dasselbe sagen, was die verarbeitende Industrie bei und von der Preispolitik der zollgeschützten Rohmaterial- und Halbzeugfabrikanten sagt, nämlich es sei unerhört, undenkbar, schändlich, die Schutzzölle dazu zu benutzen, die einheimischen Konsumenten auszulündern, die Entwicklung der Verfeinerungsindustrie zu hemmen.

### Müller für Identitätsnachweis.

Der Hannover-Braunschweigische Zweigverband Deutscher Müller verfaßt ein Zirkular folgenden Inhalts:

Schon seit längeren Jahren befinden sich die im Lande gelegenen, auf die Verarbeitung inländischen Getreides angewiesenen Mühlen in einer äußerst schwierigen Lage.

Es mag zugegeben werden, daß dieser Zustand teilweise durch das Entstehen immer größerer Mühlen an den Schiffsfahrstrahlen und Hafenplätzen, die infolge ihrer günstigen geographischen Lage durch die leichte Bezugsmöglichkeit ausländischen Getreides den Binnenlandsmühlen überlegen sind, hervorgerufen ist, hauptsächlich sind die ungünstigen Verhältnisse für die binnenländischen Mühlen aber dadurch entstanden, daß infolge der Aufhebung des Identitätsnachweises deutsches Getreide mit voller Zurückvergütung von 55 Mark pro Tonne (1000 Kilogramm) Weizen und 50 Mark pro Tonne Roggen in das Ausland gesandt werden kann.

Aber nicht genug damit. Es sind außerdem für Getreide, welches nach dem Auslande geht, nach Ausnahmetarife eingeführt, wonach 10 Tannen Getreide, nach einem Seehafen gesandt, bei einer Entfernung von z. B. 200 Kilometer 31 Mark, 300 Kilometer 62 Mark, 600 Kilometer 92 Mark billiger verfrachtet werden als nach den Tarifen, die für das Inland gelten.

Bei Transporten nach der trockenen Grenze (der Schweiz z. B.) ist die Differenz noch größer. Hier kosten 10 Tannen Getreide, etwa aus der Mitte der Provinz Hannover nach Basel verfrachtet (Entfernung zirka 640 Kilometer), nach dem Ausnahmetarife 122 Mark. Fracht weniger als nach den für das Inland geltenden Tarifen. Außerdem ist es möglich, für ausgeführten Weizen und Roggen nicht nur die gleiche Fruchtgattung, sondern auch Gerste, Hafer, Buchweizen, trockene Hülsenfrüchte, Raps, Rübsen, Erdöl (Petroleum), totes Kaffee einzuführen. Infolge dieser Verhältnisse entwickelt sich oft ein starker Export deutschen Getreides, und konnten z. B. in der Zeit vom 1. August 1906 bis 31. Juli 1907 zirka 3½ Millionen Doppelzentner Weizen und 3 Millionen Doppelzentner Roggen nach Rußland, Finnland, Skandinavien, der Schweiz usw. ausgeführt werden.

Ein solcher Export würde nun verständlich sein, wenn wir in Deutschland mehr Brotfrucht produzierten, als wir zur eigenen Ernährung nötig haben. Dieses ist aber durchaus nicht der Fall, vielmehr bedarf Deutschland zu seiner Versorgung einer jährlichen Einfuhr von etwa 24 Millionen Doppelzentner Weizen und etwa 7 Millionen Doppelzentner Roggen.

Es muß deshalb einem jeden einsichtigen National-Ökonomen unverständlich sein, aus welchem Grunde der Export deutschen Getreides künstlich gefördert wird und unwirtschaftlicherweise Frachtkosten vergewendet werden.

Für die im Lande gelegenen Mühlen ist die schleunige Beseitigung dieser bestehenden Einrichtungen mit aller Entschiedenheit zu fordern, denn diese Mühlen — zirka 30 000 Betriebe —, in denen Hunderte von Millionen Kapital investiert sind, in denen viele Tausende von Arbeitern ihr Brot finden, bedürfen unbedingt eines Schutzes, der um so gerechtfertigter sein dürfte, als diese Mühlen keine besonderen, andere Erwerbsgruppen belastende Maßnahmen verlangen, sondern lediglich dagegen protestieren, daß ihre Existenzmöglichkeit ungerechtfertigt vernichtet wird, welches sich sicher bezweigen wird, wenn ihnen das für ihre Betriebe notwendige Getreide mit Hilfe von volkswirtschaftlich und sozialpolitisch schädlichen Begünstigungen auch ferner entzogen wird.

Für das gesamte Brot konsumierende Publikum sind die geschädigten Einrichtungen insofern von Bedeutung, als dadurch eine regelmäßige gesicherte Versorgung des Konsums zu normalen Preisen — ja bei politischen Verwicklungen überhaupt — in Frage gestellt werden kann. So war der deutsche Markt im Juli und August 1907 so stark von Getreide entblößt, daß die Ernteverzögerung, die im Herbst 1907 infolge ungünstiger Witterung eintrat, eine Preissteigerung hervorrief, die im Interesse der Volksernährung bedenklich erscheinen mußte. Auch gegenwärtig ist Deutschland mit Getreide wieder so knapp versehen, daß wir dem Auslande ziemlich willenslos in die Hände gegeben sind.

Es ist deshalb, nachdem die Landwirtschaft durch die seit dem 1. März 1906 eingeführten Zölle von 55 Mark pro Tonne Weizen und 50 Mark pro Tonne Roggen genügenden Schutz gefunden hat, nicht nur im Interesse der binnenländischen Mühlen, sondern auch in Rücksicht auf die Brot konsumierende Bevölkerung dringend zu fordern, daß der Identitäts-Nachweis wieder eingeführt wird und alle Ausnahmetarife für den Getreideexport aufgehoben werden, damit jede Begünstigung der Ausfuhr deutschen Brotgetreides aufhört.

## Soziales.

### Von der Land- und Forstwirtschaft im Fürstentum Ruch j. 2.

Das kleine Fürstentum hatte nach dem sechsten erschienenen Geschäftsbericht seiner Verfassungsgenossenschaft im Jahre 1906 noch 10 234 betriebspflichtige landwirtschaftliche Betriebe, die im Jahre 1907 auf 10 209 zurückgegangen sind! Die Landwirtschaft geht trotz hoher Agrarzölle zurück, weil sie ja der großen Mehrzahl der Betriebe gar nicht zugute kommen. Dies bestätigt und auch der vorliegende Bericht. Versichert sind:

3345 landwirtschaftliche Betriebe bis 1 Hektar Feld, 1384 über 1—2 Hektar, 2103 über 2—5 Hektar, 1648 über 5—10 Hektar, 1271 über 10—20 Hektar, 383 über 20—50 Hektar, 15 über 50 bis 75 Hektar, 60 über 75 Hektar.

Die Verfassungsgenossenschaft zählt als Kleinbetriebe bis 5 Hektar, als Mittelbetriebe über 5—75 Hektar, als Großbetriebe über 75 Hektar Fläche. Danach sind vorhanden: 6832 Kleinbetriebe, 3317 Mittelbetriebe, 60 Großbetriebe.

Die Flächen der betriebspflichtigen Betriebe des Fürstentums betragen:

Landwirtschaftliche Flächen	46 150 Hektar	= 59,4 Proz.
Forstwirtschaft	31 401	= 40,5
Gärtneret	87	= 0,1

Unfallanzeigen wurden im Jahre 1907 292 erstattet gegen 317 im Vorjahre, davon entfielen 88,4 Proz. auf die Landwirtschaft. 75 Prozent dieser Unfälle erledigten sich vor Ablauf der 14. Unfallwoche! Nur in einem Falle hatte die Verfassungsgenossenschaft das Heilverfahren innerhalb der ersten 13 Wochen des Unfalls übernommen und hierfür ganze — 85 Mark verausgabt!

Von den Entschädigten waren 24,3 Prozent Betriebsunternehmer, also Kleinbauern, 35,2 Prozent Familienangehörige derselben, 0,8 Prozent Facharbeiter, 39,7 landwirtschaftliche Arbeiter. Der Bericht bemerkt hierzu: „Es zeigt sich also, daß über die Hälfte (55,9 Prozent) der Aufwendungen wieder in die Kreise derjenigen zurückfließt, welche die Beiträge zu leisten haben.“ Wie man doch die Kleinbauern zu beruhigen versteht!

Dafür müssen sie sich aber gefallen lassen, daß auch ihre genauen Personalien im „Verzeichnis der Renteneinpfänger“ des Berichtes alle Jahre zu lesen sind. Name, Stand, Alter, Wohnort und Höhe der Rente in Prozenten und Geldwert wird da ganz genau angegeben! Im Alter unter 16 Jahren stehen 8,9 Prozent der Verletzten. Interessant ist auch der Bericht des technischen Aufsichtsbekannt der Verfassungsgenossenschaft, welcher wie folgt beginnt: „Da von der Genossenschaftsversammlung für Revisionen im Jahre 1907 die Summe von 500 Mark zur Verfügung gestellt worden war und die Anstellung des Unterzeichneten auf Bezug von Diäten a 15 Mark pro Tag nebst Fortkommen zur Bebung gemacht wurde, so konnten demnach 33 Reisetage zu Revisionszwecken zur Ausführung kommen, die in der Zeit vom 7. November bis 10. Dezember erfolgten.“ Der Beamte konnte deshalb nur 29 Ortschaften mit 724 Betrieben (von 10 209) besichtigen! Der Beamte führt die einzelnen Mängel der Betriebe näher an und erklärt: „Viele Landwirte haben sich selbst Schutzvorrichtungen an Maschinen angefertigt“, die aber doch etwas „zu primitiv und für die Dauer ungeeignet“ wären — „es zeigen die getroffenen Einrichtungen das Bestreben der Verfertiger, pro forma etwas anzubringen, um bei einer Revision etwas vorzuweisen. Diese schlechten und unbrauchbaren Ausführungen verraten doch zu deutlich die Absicht, diese Vorrichtungen nach erfolgter Revision wieder zu entfernen.“

Deshalb hatten auch die schlauen Bauern nur 500 Mark für Revisionszwecke bewilligt, die für 33 Tage ausreichen mußten! Der Beamte erklärte noch zum Schluß: „Im allgemeinen ist noch zu bemerken, daß in 12 Betrieben (von 724 der Betriebe) nichts zu beanstanden war“ — „es gibt aber auch genug solcher Landwirte, die nachlässig und leichtsinnig darüber hinwegsehen und Unkenntnis, schlechten Willen und Schaffigkeit zeigen.“

„In kleinen Mühlen herrschen oft noch sehr primitive Zustände. Kaufbräden und Stege sind selten mit festem Seitengeländer versehen und tiefe Mühlgänge oft gar nicht oder nur mit morschen Stangen umfriedigt.“ „Verbandsmaterial, Verbandslästen, Einrichtungen für Krantransporte dürften nur auf wenigen größeren Gütern vorhanden sein.“ „In bezug auf Schlafräume und Aborte

bestehen Mißstände, die oft den primitivsten sanitären Anforderungen nicht entsprechen!“

Deshalb hatte man auch dem aufmerksamen Beamten nur 500 Mark für 33 Reisetage zur Verfügung gestellt.

## Aus der Frauenbewegung.

### Hoffnungslos liberal.

Unser Artikel „Frauenrechtlerische Verschommenheit“ hat die Herausgeberin des Organs der liberalen Frauen, „Die Frauenbewegung“, Frau M. Couer zu einer heftigen Antwort veranlaßt. Als Widerlegung können wir sie nicht gelten lassen. Wir nehmen vielmehr gern Notiz davon als Bestätigung unserer Ansicht. Frau Couer schreibt u. a.:

„Es ist z. B. schwer, bei dem wüsten Getriebe in der sozialdemokratischen Presse den Grundsatz aufrecht zu erhalten, um der hartnäckigen Arbeiterkastei willen, nicht nach links zu schlagen. Wir wenigstens wollen nicht die Luft erweitern und die Gegensätze verschärfen, die unser Volk zerreißen. Das ist unser Patriotismus. Leicht macht es uns die Arbeiterkastei nicht durch ihre führenden Organe, jedoch, das wird uns nie zwingen, Brutalität mit Brutalität zu beantworten. Nur, um ein Beispiel unter vielen anzuführen. Der „Vorwärts“ hält der Herausgeberin dieser Zeitschrift eine große Philippika über ihren Artikel „Freie Bahn“ unter dem geschmackvollen Titel: „Frauenrechtlerische Verschommenheit“ und wünscht Glück zu der „unauslöschlichen Verbindung mit einem politischen Reichnam“, — dem Liberalismus nämlich. So viel sollte man doch von dem führenden Organ des Sozialismus erwarten, daß es Kenntnis von der Existenz verschiedener Weltanschauungen hat. Wir bürgerlichen Frauen haben dasselbe Recht wie die Sozialisten, uns zu einer bestimmten Weltanschauung hindurchgerungen zu haben. Wir hoffen noch auf die Wiedergeburt des Liberalismus und empfehlen auch der Sozialdemokratie, auf eine Erneuerung ihrer Ideale hinzuwirken. Es tut hüben und drüben in gleicher Weise not.“

Wenn Frau Couer der Ansicht ist, man müsse jede Weltanschauung als konsequent und klar anerkennen, dann befindet sie sich eben auf dem Irrwege. Wir haben sie nicht persönlich angegriffen; nur ihre Taktik beleuchtet. Wenn sie sachliche Kritik nicht mehr vertragen kann, dann beweist sie eben, daß ihre Sache unter der Kritik leidet. Sie scheint auch selbst das Gefühl zu haben, daß sie für eine verlorene Sache kämpft. Sehr resigniert läßt sie sich in demselben Artikel also vernehmen:

„Müßig ist es zu prophezeien, jedoch kann man sich ein Zukunftsbild vorstellen, wo nur noch diese beiden Weltanschauungen auf Tod und Leben miteinander ringen. Bis dahin (!) aber wollen wir noch auf die Wiedergeburt des Liberalismus hinarbeiten.“

Was Frau Couer sich vorstellt, ist und der Zukunft sichere Gewißheit. Und andere Leute, die sich noch gegen die Logik der Tatsachen sträuben, werden schließlich durch diese selbst ihre Vorstellungen als der Dinge natürlicher Lauf bestätigt finden.

### Frauenstimmrecht.

Rom, 2. Juni. Der mit der Prüfung des Gesetzentwurfes betr. die Gewährung des Stimmrechtes an die Frauen beauftragte Ausschuss befürwortet eine Lösung der Frage in für die Frauen günstigem Sinne.

### Kein Verbot der Frauen-Nachtarbeit in Schweden.

Die schwedische Regierung hat gemäß der internationalen Konvention ein Verbot der Frauen-Nachtarbeit in industriellen Betrieben vorgeschlagen. Der Gesetzgebungsausschuss des Reichstags in seiner Mehrheit lehnte jedoch den Regierungsvorschlag ab, weil die industrielle Frauenarbeit in Schweden lange nicht so stark verbreitet sei als in den großen Ländern, die sich der Konvention angeschlossen haben. Ein Ansuchenmitglied, der Stockholmer Bürgermeister Lindhagen, hatte sich ebenfalls gegen das Verbot entschieden, besonders auch weil die Frauen selbst, und sogar die Mehrheit der sozialdemokratischen Frauenkonferenz von 1907, dagegen waren. Diesen Standpunkt werden unsere Genossinnen jedenfalls wieder aufgeben. Lindhagen schlägt aber doch vor, eine Untersuchung über die schädlichen Wirkungen der industriellen Nachtarbeit sowohl für Männer wie für Frauen zu veranlassen. Vier Mitglieder des Ausschusses waren für den Regierungsvorschlag. — Die erste Kammer lehnte das Verbot der Frauen-Nachtarbeit ohne formelle Abstimmung ab. In der zweiten Kammer waren es neben dem Finanzminister unsere Parteigenossen Christiernson und Branting, die entschieden für den Regierungsvorschlag eintraten, doch wurde er auch hier verworfen, und zwar mit 114 gegen 73 Stimmen. Lindhagens Vorschlag wurde auch abgelehnt, mit 108 gegen 71 Stimmen. Jedenfalls suchte die Mehrheit mit Recht, eine solche Untersuchung werde ergeben, daß Schweden alle Ursache hat, der internationalen Konvention beizutreten.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Spandau. Im dritten Pfingstfeiertags Ausflug nach den Nischbergen (Freund).

## Verfammlungen.

Der Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen hielt am Sonntag im großen Saal des Gewerkschaftshauses eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der zu dem bevorstehenden Verbandstag Stellung genommen wurde. Der Referent Strehle empfahl im Namen der Ortsverwaltung einen Antrag an den Verbandstag, den Absatz 3 des Paragraphen 11 im Streitreglement zu streichen. Im übrigen sprach der Redner für einige Verbesserungen der Verbandseinrichtungen und des Statuts, hielt es jedoch nicht für angebracht, hierzu bestimmte Anträge zu empfehlen. Es handelte sich hierbei um Anregungen für den Verbandstag, aus denen die Delegierten selbst praktische Schlüsse ziehen sollen. Besonders kommen in Betracht: eine Staffellung der Beiträge, so daß für Orte und Bezirke im Reich, wo die Lohnverhältnisse besonders schlecht sind, geringere Beiträge als in Städten mit besseren Lohnverhältnissen eingeführt werden; dann Verbesserung der Bestimmungen über das Sterbegeld, besonders durch Herabsetzung der Karenzzeit, und ferner Ergänzung des Streitreglements hauptsächlich zur besseren Regelung der Maßregelungsunterstützung. — Wie die Diskussion ergab, war die Generalversammlung mit diesen Anregungen und ihrer Erörterung einverstanden. Weitere Anträge zum Verbandstage waren nicht eingebracht. — Es folgte die Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag. Die Wahl der Delegierten geschieht durch Urabstimmung. Die Zahlstelle hat fünf Delegierte zu wählen. Die Vertrauensmännerkonferenz brachte acht Kandidaten in Vorschlag. Ihre Kandidatur wurde von der Generalversammlung gutgeheißen.

Sodann wurde nach kurzer Debatte gegen eine Stimme beschlossen, eine Urabstimmung darüber zu veranstalten, ob für die Generalversammlungen der Zahlstelle das Vertretersystem eingeführt werden soll. Die Fürsprecher dieses Antrages gehen von der Ansicht aus, daß es für die Mitglieder in den entfernt liegenden Orten allzu kostspielig und zeitaufwendig ist, sich bei dem jetzigen System so zahlreich an den Generalversammlungen zu beteiligen, daß sie den ihnen zukommenden Einfluß ausüben können. —

Nachdem seit der vorigen Versammlung eine Untersuchung über das unsolidarische Verhalten einer Anzahl von Mitgliedern bei dem Streik in dem Akkumulatorenwerk zu Oberhonnevielde stattgefunden hatte, empfahl nun die Ortsverwaltung folgende Personen auszuscheiden: Wilh. Lübbe, Will. Stenemwald, Wilh. Rude, Franz Gill, Franz Borgwald, Otto Müller, Paul Thebe, Franz Patek, Karl Zimmer, Fritz Denkowsky, Hugo Pirre, Ernst Behling, Erich Niemann, Karl Wegner, Otto Lange, Josef Balkowial. Demgemäß wurde einstimmig beschlossen.



Gemeinderatswahlen im Reichslande.

Am 28. Juni finden in Elsaß-Lothringen die allgemeinen Wahlen zu den Gemeinderäten statt. Die Zahl der Gemeinden beträgt insgesamt 1705. In den Gemeinden, die 20 oder weniger Wahlberechtigte haben, findet keine Wahl statt, denn dort bilden die sämtlichen Wahlberechtigten den Gemeinderat.

Die Zahl der zu wählenden Gemeinderatsmitglieder richtet sich nach der Zahl der Einwohner. In Gemeinden bis zu 500 Einwohnern sind 10 Mitglieder zu wählen. Diese Zahl steigt mit der Bevölkerungsgröße der Gemeinden bis auf 36, die in den Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern zu wählen sind.

Die Wahlen erfolgen nach der Gemeindeordnung vom Jahre 1895 auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts. Wahlberechtigt sind die männlichen Einwohner, die die Reichsangehörigkeit besitzen, das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben und in der Gemeinde „seßhaft“ sind. Das letzte Erfordernis ist erfüllt bei mindestens dreijährigem Wohnsitz in der Gemeinde (eine besonders die Arbeiterschaft treffende, das Wahlrecht beschränkende Bestimmung, die im alten französischen Wahlrecht nicht vorhanden war) oder bei einjährigem Wohnsitz in der Gemeinde, sofern der Wahlberechtigte gleichzeitig ein Wohnhaus besitzt, oder ein stehendes Gewerbe oder die Landwirtschaft selbständig betreibt oder ein öffentliches Amt ausübt, oder Religionsdiener, Lehrer an öffentlichen Schulen, oder Rechtsanwalt ist.

Man sieht aus diesen Bestimmungen, daß das Gemeindevahlrecht im Reichslande wohl ein einseitiges ist, als die Klassen- und Berufswahlrechte Norddeutschlands, daß aber auch hier unter der deutschen Verwaltung dem Hausbesitzertum, der agrarischen Bevölkerung und der Beamtenklasse besondere Rechte eingeräumt worden sind.

Die Sozialdemokratie hatte bisher in 16 Städten Vertreter in den Gemeinderäten, und zwar in Bischweiler, Bühl, Colmar, Gebweiler, Habsheim, Hünningen, Illkirch-Grafenstaden, Marckirch, Rasmünster, Rülshausen, Oberhofen, Ostwald, St. Ludwig, Schiltigheim, Straßburg und Sulz bei Gebweiler. Außer in den eben genannten Orten wird die Sozialdemokratie, soweit bis jetzt bekannt geworden ist, noch in folgenden Gemeinden in den Wahlkampf eintreten: Barr, Betseld, Bischheim, Elbsheim, Hagenau, Hünheim, Keistenholz, Reg, Oberhünheim, Nixheim, Saargemünd, St. Kreuz und Wangenau; insgesamt also in 29 Orten.

Die Richtlinien des Kampfes hat die sozialdemokratische Landeskonferenz im Jahre 1907 durch eine Resolution festgelegt, wonach im ersten Wahlgange nur rein sozialdemokratische Listen aufgestellt werden sollen, die Taktik bei den Nachwahlen aber den einzelnen Orten vorbehalten bleibt. Leider scheint nicht überall nach dieser Richtschnur vorgegangen zu werden. In Marckirch z. B. wollen die Genossen auch solche Kandidaten aus dem Bürgertum unterstützen, die sich auf das Aktionsprogramm der Marckircher Genossen verpflichten. In Reg bestand Neigung, Gewerkschaftskandidaten unter dem Protektorat des Gewerkschaftsrates aufzustellen, doch fand dieser Plan im Startell selbst starken Widerstand, und er wurde vereitelt.

Der Kampf richtet sich überall gegen die Sozialdemokratie. Überall ist fast ein vollständiger Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien vom Zentrum bis zu den linksliberalen und demokratischen Parteien zu beobachten. Besonders tritt dies in den drei großen Städten in Erscheinung, wo die Sozialdemokratie infolge starker Vertretung und geschickten Auf-

tretens schöne Erfolge erzielt hat. In Straßburg ist nach langwierigen Verhandlungen am Freitag das Bündnis des Bürgertums perfekt geworden. Nicht weniger denn acht Parteien und wirtschaftliche Interessengruppen bilden hier den ordnungsparteilichen Kuddelmudel: Liberale, Demokraten, Zentrums, Mittelständler, Bürgerwahlverein, Beamtenverein und zwei Bezirksinteressenvereine. Organisationen, die sich sonst nicht leiden können, ziehen Arm in Arm gegen die Sozialdemokratie. Die 36 Mandate hat man folgendermaßen verteilt: Zentrum 11, Liberale 12 und alle anderen Gruppen insgesamt 13 Mandate. Arbeiterkandidaten werden bei den Liberalen nicht aufgestellt. Ein hierauf bezüglicher Vorschlag fand keinen Anklang.

Der Koalition der bürgerlichen Parteien kommt die Wahlkreisgeometrie des Bezirkspräsidenten zu Hilfe. Bisher war die Stadt bei Gemeinderatswahlen in vier Innenbezirke und in drei Vorortbezirke eingeteilt. Infolge der sozialen Verteilung der Bevölkerung war es der Sozialdemokratie möglich, in den stark mit Arbeitern durchsetzten Vierteln die für die einzelnen Bezirke festgesetzten Mandate zu erobern, so daß sie zuletzt über 16 Sitze im Gemeinderat verfügte. Jetzt hat nun der Bezirkspräsident entgegen dem Beschlusse des Gemeinderats die vier Innenbezirke in einen Bezirk zusammengelegt. Man hofft durch die bedeutende Zahl der Beamtenwähler der neuen Stadtviertel die Arbeiterstimmen in den alten Stadtvierteln zu erdrücken und die Sozialdemokratie in ihrem Besitz zu schwächen. Unsere Partei hat also einen harten Kampf in Straßburg zu bestehen. Bürgerliche Parteien und Regierung bieten ihre gesamte Macht auf. Dabei arbeitet die Gesellschaft wie die Maulwürfe im Dunkeln.

In Rülshausen ist die Situation die gleiche. Bis zu den Ergänzungswahlen im Jahre 1906 hatten die Sozialdemokraten im Gemeinderat die Majorität. Bei diesen Ergänzungswahlen gelang es den bürgerlichen Parteien mit Hilfe des steuerlichen gemacht indifferenter Bürgertums die Sozialdemokraten in die Minderheit zu drängen. Und jetzt versucht man, ihren Besitzstand nochmals erheblich zu schmälern. Liberale Demokraten und Zentrumsparteiler beteiligten sich an dem ebenen Geschäft. 31 Mandate beanspruchten die bürgerlichen Parteien, deren hat man 15 dem Zentrum eingeräumt. Die übrig bleibenden 5 Sitze will man gnädig den Sozialdemokraten überlassen, die bei den letzten Reichstagswahlen das Reichstagsmandat eroberten.

Eigenartig ist die Situation in Colmar, wo der als Demokrat betrachtete frühere Reichstagsabgeordnete Blumenthal Bürgermeister ist. Lebt schon das Verhalten dieses „Vollmannes“ in der Kommune und den Colmarer Arbeitern gegenüber, daß seine demokratischen Anschauungen auf recht schwachen Füßen stehen, so zeigt sein Verhalten bei der bevorstehenden Gemeinderatswahl, daß ihm die Demokratie nur Mittel zum Zweck war und noch ist. Die Liberalen von Colmar erklärten nämlich vor einigen Monaten, daß sie in dem Programm zu den Gemeinderatswahlen auch die Forderung eines Berufsbürgermeisters aufnehmen wollen. Da sah Blumenthal seine Stellung gefährdet und damit auch sein Mandat als Landes- und Reichstagsabgeordneter. Um diesem Mandatsverlust vorzubeugen, schloß der „Demokrat“ und „Kulturkämpfer“ sofort Frieden mit den Merkmalen und bildete mit diesen ein Kompromiß für die Wahlen. Die bösen Liberalen sind davon ausgeschlossen. Die Sozialdemokraten aber gehen selbständig vor.

Unsere Partei geht mit Energie in den Kampf. Gestützt auf ein klares, vollständig ausgearbeitetes Programm und unabhängig von unzuverlässigen Bundesgenossen, hofft sie am 28. Juni auf gute Erfolge.

Der Streik in der Provinz Parma.

Rom, den 30. Mai. (Eig. Ver.)

Der erste Monat des großen Agrarstreiks geht zu Ende und noch scheint keine der beiden kämpfenden Parteien aus Abzügen zu denken. Die Organisation der Agrarier spürt mühselig ihre alte

Taktik fort: das Vieh zu beschützen und Streikbrecher anzuwerben. Aber sie hat bei beiden Unternehmungen wenig Glück. Sobald Vieh aus dem Streikgebiet in einer anderen Provinz eintrifft, erklären die dortigen Gewerkschaften, daß sie ihrerseits den allgemeinen Agrarstreik proklamieren würden, wenn das Vieh nicht zurückgewiesen würde. Auf dieser Grundlage ist der allgemeine Ausstand in der Provinz Piacenza entstanden, der von Anfang an sehr drohende Formen annahm und an Bedeutung den von Parma zu übertreffen drohte, als eine Order des Parmener Streikkomitees sein Ende verfügte. Wenn einzelne Grundbesitzer dem Vieh aus Parma Aufnahme gewährten, so wird über sie der Boykott verhängt. Das ist dem Ingenieur Bocchi in Novi geschehen. Der Bürgermeister der Stadt, ein Parteigenosse, hatte den Ingenieur brieflich aufgefordert, im Interesse der öffentlichen Ordnung das Vieh zurückzuführen. Dafür ist unser Genosse seines Amtes enthoben worden, aber der Boykott wird auf das strengste durchgeführt.

Auch das Anwerben der Streikbrecher verläuft mit Hindernissen, da die Gewerkschaften einen ausgezeichneten Nachrichtendienst organisiert haben. Sobald man erfährt, daß die Grundbesitzer in der Vendée irgend eines Gebirgs als Arbeitswillige ausgegraben haben, so werden Arbeiter und Organisatoren auf die Stationen geschickt, die der Zug passieren muß. Durch Ueberredung sucht man da die Streikbrecher zu gewinnen, ohne sich jedoch gelegentlichen Erpressungsversuche ihrerseits zugänglich zu zeigen. Auf der Station von Casal Maggiore hat dieser Tage, wie wir schon telegraphisch berichteten, ein solcher Kampf um zweihundertunddreißig Streikbrecher stattgefunden. Die antwortenden Polizisten mühten es erleben, daß die Solidarität des Sieg über die Interessen davon trug. Nur acht Streikbrecher stiegen in die zu ihrem Empfang bereit gehaltenen Automobile. Die übrigen folgten den organisierten Arbeitern in die Arbeitskammer, wo sie mit Jubel begrüßt und mit dem Willen für die Rückreise versehen wurden. In verschiedenen Orten ist es vorgekommen, daß die Angeworbenen, von der Schlechtigkeit ihres Vorhabens überzeugt, auf eigene Kosten die Rückreise antraten und sogar noch Geld für die Streikenden sammelten. Bis zur Tollkühnheit ließen sich organisierte Arbeiter von Brescia hinreißen. Sie hatten gehört, daß ein Zug mit einem Streikbrechertransport vorbeifahren würde und hielten diesen Zug an, indem sie sich vor die in voller Fahrt befindliche Lokomotive warfen. Wenige Meter vor der lebendigen Mauer kam der Zug zum Stehen und die Arbeiter setzten es durch, daß sie alle Waggons absuchen durften, um sich zu überzeugen, ob Streikbrecher mitfahren. Die Durchsuchung ergab aber ein negatives Resultat.

Außer eigentlichen Streikbrechern haben aber die Grundbesitzer die Schar der „freiwilligen Arbeiter“, die sich aus bürgerlichen Kreisen rekrutieren. Diese jungen Leute, die sich hauptsächlich bald mit den Dreihundert des Leonidas, bald mit den Tausend von Marjala vergleichen, haben mehr Lust, sich mit den Arbeitern als mit der Arbeit herumzuschlagen. Ein Redakteur des „Avanti“ hat sich den Spatz gemacht, einen dieser Helden durch die Wechselfälle eines Arbeitstages zu verfolgen: Früh morgens zog er auf dem Zweirad aus, eine große Eichel ostentativ an der Seite. Statt auf den Wiesen, die des Schnitters harren, landete der Herr aber in einem Wirtschaftshaus, stärkte sich ausgiebig, fuhr mit der blindenden Eichel weiter zum nächsten Wirtschaftshaus und absolvierte sein Tagespensum, ohne einem Großhalm etwas zuleide getan zu haben. Aber auch die, die wirklich arbeiten wollen, werden mit der Feldarbeit nicht gut fertig. Sicher ist, daß über zwei Drittel des Heus auf den Wiesen versengt und unbrauchbar geworden ist. Gerade die Größe des bereits erlittenen Schadens bestärkt die Besitzer in ihrem Widerstand. Bis jetzt haben gegen 100 Grundbesitzer mit der Arbeitskammer affidiert. Diefen werden Arbeiter gestellt. Nur auf zwei Tage hat die Arbeitskammer auch bei ihnen die Arbeit einstellen lassen, aus einem nicht klar ersichtlichen Grunde, vielleicht, um die Disziplin ihrer Massen darzutun.

Die Taktik der Arbeitskammer ist im allgemeinen klar und durchsichtig. Die Organisation will verstehen, daß sich die Streikenden

Notizen.

— Theaterchronik. Im Schiller-Theater O. wurde am Dienstag der Ministerialdirektor, ein nicht mehr ganz junges Lustspiel von Biösch und Carré aufgeführt. Die amüsanten und auch ein wenig satirischen Szenen, in denen das Protektionswesen herhalten muß, fanden, trotzdem dieses Genre heute auf in pikantester Sauce geboten zu werden pflegt, dank der guten Inszenierung und flotten Darstellung — bei 30 Grad Felsud! — freundliche Aufnahme.

— Kunstprädikate in München. Leo Wuy, das bekannte Mitglied der Malergruppe „Scholle“ hat angeblich auf höhere Weisung seinen lebensgroßen Alt: Am Spiegel aus dem Scholle-Saal des eben eröffneten Münchener Glaspalastes zurückgezogen. Derartige Fälle sind in der freien Kunststadt München nicht neu. Auch Seebog und Feldbauer haben dort schon das Schamgefühl höherer Rader verlegt.

— Der dritte Internationale Kongress für Behandlung Geisteskranker findet vom 7. bis 11. Oktober dieses Jahres in Wien statt. Die Sitzungen werden sich mit sämtlichen Fragen, die mit der Pflege von Geisteskranken in Verbindung stehen, zu beschäftigen haben, und aus diesem Grunde werden nicht allein Mediziner, sondern auch Rechtsanwält, Ingenieure, Beamte und Pädagogen willkommen sein. Generalsekretär des Kongresses ist Professor A. Witz in Wien, der mit der Entgegennahme der Anmeldungen und Veröffentlichungen beauftragt ist.

— Ein Sühnedenkmal für einen Dichter ist am Montag in Paris enthüllt worden. Der also Geehrte ist der Dramatiker Henry Becque, dessen Hauptwerke „Die Raben“ und die „Parisierin“ die Pariser bourgeoisie-Gesellschaft des ersten Jahrzehntes der dritten Republik mit unbarmherziger Wahrschaffigkeit schildern. Becque ist halberblind, vom Publikum und von der Kritik mißhandelt, 1899 gestorben. Jetzt hat man ihm in der Literaturgeschichte einen Ehrenplatz zugewiesen und auf der Straße einen Denkstein mit offiziellem Text gesetzt. Die längste Rede hielt Alfred Capus, dessen Gesellschaftskomödien harmherziger und einträglich sind.

— Erholungs- und Altersheime für Künstler. Der von der deutschen Kunstgenossenschaft nach München einberufene Deutsche Künstlertag nahm eine Resolution an, welche sich für die Schaffung von Erholungs- und Altersheimen für deutsche Künstler durch die deutsche Kunstgenossenschaft ausspricht.

— Ein Dauerredner. In dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten ist ein neuer Rekord geschaffen worden: Ein Redner hat fast 19 Stunden hintereinander gesprochen. Im Senat zu Washington hielt Sonnabend der Senator La Follette eine Rede, die 18 Stunden und 30 Minuten dauerte; La Follette sprach mit einer Geschwindigkeit von 60 Worten in der Minute und ließ im ganzen 690 000 Worte dem Geboge seiner Zunge entfließen. Seine Rede wurde, gedruckt, den Umfang eines dreibändigen Romans (Durchschnittsform) haben. Der Senator sprach, um seine Stimme nicht zu sehr anzustrengen, immer leise, so daß man nur in einer Entfernung von wenigen Metern ihn verstehen konnte.

Kleines feuilleton.

Dem Pariser Kabarett. Aus Paris schreibt man uns: Draußen in der Vorstadt ist am Montag eine einsige Pariser Verästeltheit gestorben: der Volkslänger Paulus, der Ende der achtziger Jahre die patriotischen Kleinbürger für den General Boulanger begeistert hat. Wenn in Frankreich nach dem alten Wort alles mit einem Chanon enden soll, so hat die politische Laufbahn des „bravo général“ so eigentlich erst mit dem — übrigens recht temperamentvollen Gassenhauer begonnen, der die chauvinistische Sentimentalität und Eitelkeit durch die Versicherung in Bewegung brachte, daß es jaust Herr Boulanger sei, den Frankreich nötig habe. An Paulus lag es nicht, daß die Epoche des von den Nebanarchisten der großstädtischen Menge verkürzten Schimmelreiters statt mit den Siegesdrummen eines triumphierenden Helden wie ein Hausmeißerroman mit den tribulativen Revolvergeschüssen eines gealterten Viehhäbers ausging. Paulus selbst, der bei allem tönen patriotischen Furor ein guter Geschäftsmann war, hatte indes nicht verabsäumt, so lange der von ihm mit gepflanzte Ruhmesbaum in Saft stand, Früchte eilends herunter zu schütteln, und so konnte er es ertragen, daß mit dem „General“ auch das Glück des patriotischen Breitenkreises verwich. Schließlich ist er freilich doch an den Bettelstab geraten.

Nichts ist irrtümlicher als die in Deutschland sehr verbreitete Meinung, daß etwa das Pariser Kabarett von heute eine Stätte rückwärtssozialer und politischer Satire sei. Eine Zeitlang mochten die jungen Literaten vom Montmartre aus Daleshammer und Originalitätssucht einer anarchisierenden Mode folgen und auch ein Publikum finden, das sich gern blaffen ließ. Heute sind die begabteren Chanonniers entweder in den großen auf Fremdenzuspriechen rechnenden und schon darum indifferenten Unternehmungen tätig oder in den Kabarets mit gut zahlendem und elegantem Bourgeoispublikum, das nicht Lust hat, sich die Behaglichkeit durch revolutionäre Töne stören zu lassen. So herrscht denn fast überall eine leise reaktionär-nuancierte Fronde-Stimmung vor, die hauptsächlich aus einer Bewägung der Regierung und der Kammer in ihren führenden Personen ihre Effekte holt. Da kann man vielleicht Anspielungen auf alte und neue private Abenteuer des Herrn Triand hören, daneben mehr oder minder geistlose Ausfälle gegen die Sozialisten und ebenso unvermeidlich, wie bei deutschen Coupletängern die Polemik gegen den schlechten Straßenbahnverkehr, stellt sich eine Strophe über die Grabesinnende des Herrn Briffon ein. Eine Ausnahme bildet nur der Chanonnier Montóhus, der sich in einem eigenen Kabarett am Boulevard de Strasbourg in Liedern und Szenen von antikerischer und bog sozialistischer Tendenz an ein volkstümlicheres Publikum wendet. Im Café-Konzert aber herrscht die Jote und der Schmachtfegen im Verein. Ein Kreis „revolutionärer Chanonniers“ hat sich vorgenommen, ihre Herrschaft wenigstens in den Arbeiterbezirken zu brechen, und man hatte denn auch Gelegenheit zu sehen, daß eine unverkennbare Empfänglichkeit diesen bescheidenen Versuchen entgegenkam. Im ganzen aber scheint es nicht, daß das politische Chanon,

das in der französischen Geschichte jahrhundertlang, entflammend und verpottend, in den Volksmassen Verbeirheit verrichtet hat, den Einflüssen des Kapitalismus auf die wirtschaftlichen Bedingungen der großstädtischen Vergnügungsbütten, auf die Stimmungen des Publikums wird widerstehen können.

Der Radiumschatz der Wiener Akademie ist jetzt in die Hände der Forscher gelangt, denen dieser wertvolle Besitz zugebacht worden war. Es ist ja genug über die unerhörte Kostbarkeit dieses Stoffes geschrieben worden, und dabei haben sich auch einige in solchen Dingen scheinbar unvermeidliche Uebertreibungen eingeschlichen. Es war davon die Rede, daß 1 Gramm Radium 150 000 W. kostete, und das ist denn doch ein wenig zuviel. Die Wiener Akademie der Wissenschaften hat für die 3 Gramm Radium, die jetzt zur Verteilung gelangt sind, 30 000 Kronen ausgegeben. Allerdings war der Preis für das Rohmaterial, nämlich die Pechblende, zur Zeit des Einkaufs vor drei Jahren in den Minen von Joachimsthal in Böhmen besonders niedrig, so daß für die 10 000 Kilogramm, die zur Herstellung jener 3 Gramm Radium verbraucht wurden, nur 10 000 Kronen gezahlt wurden. Die Verarbeitung kostete dann noch weitere 20 000 Kronen und nahm übrigens die ganze Zeit von 3 Jahren in Anspruch. Das Ergebnis war gewissermaßen 2,6 Gramm Radiumbrühe, aber das bedeutet schon einen Fortschritt, denn die Mittel zur Gewinnung sind so weit verbessert worden, daß man ungefähr die dreifache Menge von Radium aus einer gegebenen Masse von Rohmaterial herausziehen kann als früher. Der größere Teil, nämlich 1,8 Gramm, bekam der Wiener Chemiker Terner, das übrige Gramm der Londoner Radiumforscher William Ramsay. Dieser schickte einen vertrauten Schüler und Mitarbeiter, Doktor Weiß, eigens nach Wien, damit dieser das winzige Präparat persönlich nach England herüberbrächte. Ramsay will dies Gramm Radium dazu benutzen, um seine Forschungen über die Entwicklung von Helium aus Radium fortzusetzen.

Humor und Satire.

— Der zurückgenommene Schimpf. Endlich hatten sie ihn soweit. Das fatale Wort des Ministers Kolowzems: „Gott sei Dank haben wir kein Parlament!“ durfte nicht ungeführt bleiben. Die beleidigte Duma forderte Genugtuung und der boreilliche Minister entschloß sich, um einer verheerenden Kritik vorzubeugen, zu folgender Entschuldigung: „Als ich die bewußte Aeußerung tat, war ich das Opfer einer rätselhaften Verstreung; ich hatte Ruhland ganz einfach mit Preußen vertauscht.“

— Vossheit (Schriftsteller, der es liebt, seine Wörter mit Fremdwörtern zu spiden): „Mein letzter Roman ist in verschiedene Sprachen übersetzt worden!“ — Belanuter: „Auch ins Deutsche?“

— Auch ein Wunsch. Maler (zum Parvenu): „Warum wollen Sie dieses Stillleben nicht, das ist doch sehr nett?“ — Ich nehme es für den Preis, aber da müssen Sie mir noch meine Leidspeise, Hummer mit Mayonnaise dazu malen!“

— Kein Wunder. „Ich habe eine schlaflose Nacht gehabt, kein Auge hab' ich zugemacht.“ — Wie wollen Sie schlafen, wenn Sie die Augen nicht zumachen.“ (Meggendorfer Blätter.)



zur Gewalt hinreichend lassen. Als z. B. die ersten Exmittierungen des Hofgefindes und der Arbeiter im Jahresvertrag vorgenommen werden sollten, hatten die Behörden viel Militär aufgebaut in Erwartung gewaltsamen Widerstandes der Streikenden. Dagegen fand man, daß die, deren Exmission stattfinden sollte, bereits ihr Häuschen verlassen hatten. Wenn so die Arbeitskammer kollektive Gewalttätigkeiten zu verhindern sucht, so fordert sie doch in ihren Bulletins die Streikenden auf, der individuellen Gewalt Gewalt entgegenzustellen. Der frechen Provokation, die einzelne Besitzer gegen ihr Gefinde an den Tag legen, soll dadurch ein Riegel vorgeschoben werden.

Einen streitbaren Bundesgenossen finden die Agrarier in den Gerichten. Diese haben durch wahrhaft preussische Urteile Partei für „Ordnung und Recht“ genommen. So wurden am 27. Mai in Piacenza zwei Arbeiter, die einen Streikbrecher durch Drohungen zum Niederlegen der Arbeit gezwungen haben sollen, zu je 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Ein Parteigenosse, der einen Landarbeiter einschärft, die Arbeit während des Streiks tun zu lassen, erhält fünf Monate Gefängnis. Es versteht sich von selbst, daß die eifrigen Richter nicht Zeit haben, sich des längeren bei der Beweisaufnahme aufzuhalten. Die Herren schlagen zu, gleichgültig, wo es hintrifft.

Ein Ende ist nicht abzusehen. Die Arbeiter haben Mittel, um auszuhalten, haben die Kraft, Streikbrecherzufuhr zu verhindern und werden durch die Verschickung der Kinder von Tag zu Tag kampffähiger. Die Unternehmer haben bereits so kolossale Verluste erlitten, daß sie von der Fortdauer der heutigen Situation nicht mehr allzuviel zu befürchten scheinen. Jedenfalls haben wir einen der größten Landarbeiterstreiks unseres Zeitalters vor uns.

## Parteitag der „Socialist Party“ Nordamerikas.

New York, 19. Mai 1908. (Fig. Ver.)

Vom 10. bis zum 17. Mai tagte in Chicago der Konvent der Socialist Party (sozialistische Partei), der von 218 Delegierten (darunter ein Repräsentant aus Kalifornien) aus allen Teilen der Union besetzt war. Zu den Hauptaufgaben des Parteitages gehörte

die Aufstellung der Kandidaten für die Präsidentschaftswahl im November. Eugene V. Debs wurde zum Präsidentschaftskandidaten nominiert, William C. Dawson, der als Kandidat in Aussicht genommen war, erklärte zu Beginn des Konvents, unter keinen Umständen eine Nominierung anzunehmen, und Benjamin Hanford kandidiert für das Amt des Vizepräsidenten. Beide waren auch bei der Präsidentschaftswahl im Jahre 1904 die Kandidaten der Partei. Debs, ein früherer Eisenbahner, genießt in den Kreisen der amerikanischen Arbeiterschaft ob seiner Unerbittlichkeit, die er im Kampfe für seine Massenangehörigen bewiesen und die ihm (ein hier festerer Fall) eine längere Gefängnisstrafe eingebracht hat, hohes Ansehen, und Benjamin Hanford, der als Schriftsteller arbeitet, ist seiner Beredsamkeit halber selbst bei seinen politischen Gegnern in den Gewerkschaften beliebt. Beide sind padende Redner, und ihre Kandidaturen dürften deshalb als recht glückliche bezeichnet werden.

### Mitgliedschaft und Massenverhältnisse der Partei.

Nach dem Bericht des Nationalsekretärs Washburn J. Barnes bestanden am 1. Mai 1908 2076 Parteiorganisationen mit 40398 Mitgliedern. Im Jahre 1903 gab es in den Vereinigten Staaten 15 975 organisierte Parteigenossen, im Jahre 1904 20 763, im Jahre 1905 23 927, im Jahre 1906 26 784, im Jahre 1907 29 270. Seit Jahren ist also ein ständiges Wachsen der Mitgliedschaft zu konstatieren, und am stärksten war die Zunahme im verflohenen Jahre. Außer der Socialist Party gibt es unabhängige fremdsprachige Parteiorganisationen, so eine italienische mit 1064 Mitgliedern, welche erst kürzlich beschlossen hat, bis auf weiteres unabhängig zu bleiben und sich weder der sozialistischen Partei noch der sozialistischen Arbeiterpartei (De Leonische Richtung) anzuschließen.

Vereinnahmt hat der Parteivorstand im letzten Jahre 34 216,40 Dollar, und verausgabt wurden 33 650,93 Dollar. Trotz der Krise sind die Aussichten auf erhöhte Einnahmen und für das Aufbringen der Mittel zur Entfaltung einer regen Wahlagitatio n günstige.

### Die Gewerkschaftsfrage.

Wie von vornherein zu erwarten war, führte die Stellung der Partei zu den Gewerkschaften zu lebhaften, zeitweise erregten Debatten. Einzelne Delegierte wünschten die Gewerkschaftsfrage ganz ausgeschieden zu sehen, weil die Partei sich in ihrer Agitation sowohl an organisierte als auch an unorganisierte Arbeiter wendet. Andere, namentlich Vertreter aus den Weststaaten, verlangten eine Erklärung des Parteitages zugunsten der Industriebereiberbünde. Wenn es auch kaum einem Zweifel unterliegt, daß die Mehrzahl der Delegierten die Industriebereiberbünde für die zweckmäßigere und bessere Form der gewerkschaftlichen Organisation hielt, so war doch keine Neigung vorhanden, durch eine Stellungnahme zu deren Gunsten die auf der Grundlage von Gewerksvereinigungen organisierte Federation of Labor, die größte Organisation in den Vereinigten Staaten, zu brüskieren. In diesem Sinne ist auch die „Adresse an die amerikanische Arbeiterschaft“ gehalten, die der Parteitag mit 128 gegen 48 Stimmen annahm. Die einleitenden Sätze der Adresse lauten:

„Die organisierte Arbeiterbewegung ist das natürliche Ergebnis des unter dem kapitalistischen System zwischen Unternehmer und Lohnarbeiter herrschenden Gegensatzes. Die Socialist Party erkennt die Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung auf dem wirtschaftlichen Gebiete genau so an, wie sie selbst ihre Selbständigkeit auf politischem Gebiete versteht. Sie hat das Vertrauen, daß die Schule der Erfahrung in der organisierten Arbeiterschaft baldigt die wirkungsvollste Organisationsform zur Entwicklung bringen wird. In dem geschlossenen Vorgehen der verschiedenen Unions mit der Socialist Party in der Robert-Dawson-Protestbewegung glaubt sie Grund zu der Hoffnung zu sehen, daß eine innigere Solidarität zwischen den wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterschaft zustande kommen werde. Welche Flügel der Bewegung erstreben ja nur das eine: die Emanzipation der Arbeiterklasse. Die Socialist Party unterstützt die organisierte Arbeiterschaft in allen ihren Kämpfen gegen kapitalistische Unterdrückung und wird mit ihr für alle Bestrebungen, von den Kapitalisten eine Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterklasse zu erzwingen, eintreten.“

Nach Aufzählung verschiedener gewerkschaftsfeindlicher Gerichtsentscheidungen der jüngsten Zeit fährt die Adresse fort:

„In diesem kritischen Augenblick ermahnt die Socialist Party alle organisierten Arbeiter, nicht zu verzagen, daß sie noch immer das Wahlrecht zur Verfügung haben, und daß die intelligente Anwendung ihrer politischen Macht absolut notwendig ist, um ihre Organisation vor Verfallung zu bewahren. Die ungerichteten Entscheidungen des Ober-Bundesgerichts können widerrufen, der willkürliche Gebrauch der Willkürgevoht kann unterbunden, die Besetzung der Arbeitergerichte kann durch die geschlossene und einigte Aktion der Arbeiterklasse am Wahltage verhindert werden. Arbeiter der Vereinigten Staaten, bedient Euch Eures politischen Armes in Verbindung mit Euren wirtschaftlichen Arme zur Verteidigung und zum Angriff! Schart Euch zur Unterstützung Eurer Klasse zusammen! Stimmt, wie Ihr streikt, gegen die Kapitalisten! Nieder mit militärischer und richterlicher Anmaßung! Vorwärts! in geschlossener Front unter dem Banner der organisierten Arbeiterschaft und der Socialist Party gegen kapitalistische Unterdrückung, um dadurch für Euch, Eure Frauen und Kinder sofortige Hilfe zu schaffen, um das Rohen des Tages der völligen Befreiung von der kapitalistischen Ausbeutung zu beschleunigen!“

### Einwanderungsfrage.

Mit großer Spannung hatte man der Stellungnahme des Parteitages zu der Resolution des Stützpunkter Parteitages über die Einwanderungsfrage entgegengeesehen. Bei der Diskussion darüber sprachen sich die Delegierten des Westens und des Südens (so auch der Repräsentante aus Kalifornien) im allgemeinen gegen jede Beschränkung der Einwanderung aus, während die des Ostens und der mittleren Weststaaten ein eingehendes Studium der Frage wünschten, bevor die Partei einen, für ihre fernere Entwicklung bedeutsamen Beschluß faßt. Dieser Unentschiedenheit entsprach die zur Annahme gelangte Resolution über die Einwanderungsfrage. Sie besagt:

„Der Parteitag der Socialist Party erklärt, daß das Grundprinzip der Sozialismus der Kampf zwischen der ausgebeuteten und der ausbeutenden Klasse und daß das politische sozialistische Bewußtsein beherrschende Moment das wirtschaftliche Interesse der Arbeiter ist. Im Einklang mit diesem Prinzip erklärt der Parteitag der Socialist Party, daß sich die Arbeiterklasse gegen alle Gefahren, die ihr wirtschaftliches Interesse bedrohen, schützen muß. Die Masseneinführung von Arbeitern, die durchschnittlich auf einem niedrigeren Lebenshaltungsniveau stehen als die des eigenen Landes, kann ebenso gut eine große Gefahr für die Arbeiter bedeuten wie ein großer Anreiz für die Nation. Diesen Arbeitern das Recht abzustreiten, sich gegen diese Masseneinführung von Leuten mit niedrigerer Lebenshaltung zu schützen, hieße ein bürgerliches Ideal über den Klassenkampf stellen. Dieses Prinzip zwingt uns, aller Einwanderung entgegenzutreten, die von bürgerlicher Seite unterstützt oder künstlich vermehrt wird, ebenso wie wir uns gegen alle Kontraktarbeiter zur Wehre setzen müssen. Doch hat diese Stellungnahme der Socialist Party nichts zu tun mit irgend einer bestimmten Gesetzgebung, die sich auf die Ausschließung einer besonderen Klasse als solcher bezieht.“

„Die Frage der Massenunterschiede, die in dieser Sache, die den Nationalkonvent beschäftigt, eine gewichtige Rolle spielt, und die zu einer Agitation unter einem Teil unserer Mitarbeiter für den Anschluß aller Staaten führte, ist noch nicht genügend geklärt, um jetzt schon entschieden werden zu können. Wir empfehlen dem Nationalkonvent deshalb, bei der hohen Bedeutung, welche die Frage für die große Mehrheit unserer Arbeiterklasse hat, ein Spezialkomitee zu erwählen, das die Frage der Einwanderung untersuchen und studieren soll, das von Zeit zu Zeit Daten über die Frage in der Parteipresse zu veröffentlichen hat und dadurch die Partei selbst zum Studium der ganzen Frage anregen soll. Ein ausführlicher Bericht soll alsdann dem nächsten Konvent vorgelegt werden.“

### Die Agrarfrage.

Im Gegensatz zur Debatte über die Einwanderungs- und Gewerkschaftsfrage war die Diskussion über die Frage der Stellung der Partei zu den Farmern (Bauern) nur eine kurze. Es lagen zwei Resolutionen dazu vor, die sich laut den Berichten der Parteiklätter in den einleitenden Sätzen nicht wesentlich voneinander unterscheiden. Die Resolution, welche die Zustimmung der Mehrheit des Parteitages fand (die Delegierten aus den Industriestädten stimmten dagegen!), hatte folgenden Wortlaut:

„Die Socialist Party erstrebt den Aufbau, nicht die Zerföhrung, und da sie für den Fortschritt eintritt und Begnerin des Rückschritts ist, verpflichtet sie sich, den Kleinbauern zu beschützen, vor allem durch die Bergesellschaftlichung der nationalen Industrien im Interesse der Konsumenten und nicht im Interesse profitgieriger Interessenten. Wir empfehlen daher, daß der Farmer die Oekonomie des sozialistischen Kooperativsystems in dessen Gegensatz zu dem individuellen Konkurrenzsystem studiere und in dem Kampfe um seine Existenz seine politische Macht mit der Partei seiner Klasse vereinigt. Wir konstatieren jedoch zugleich, daß irgend ein Versuch, sich den Farmern gegenüber zu irgend etwas anderem wie der vollständigen Bergesellschaftlichung der Industrien der Nation zu verpflichten, unsozialistisch sein würde.“

### Keine Vereinigung mit der sozialistischen Arbeiterpartei.

In Bezug auf die Verschmelzung der sozialistischen Partei mit der ziemlich bedeutungslosen sozialistischen Arbeiterpartei hat der Konvent in Chicago nur bestätigt, was die Mitgliedschaft der Socialist Party im allgemeinen vorher schon rekoliviert hatte. Die Einleitung von Schritten zu Einigungsbearbeitungen im gegenwärtigen Zeitpunkt wurde mit 131 gegen 48 Stimmen abgelehnt, dagegen wurden die Mitglieder der sozialistischen Arbeiterpartei aufgefordert, sich der Socialist Party anzuschließen.

### Frauenfrage.

Die Genossinnen der Vereinigten Staaten glauben, daß die Partei die Frauenbewegung bzw. die Agitation unter den Frauen bisher vernachlässigt hat. Der Parteitag beschloß, daß den Wünschen der Genossinnen Rechnung getragen wird, und bestimmte, daß eine Spezialkommission sich die Organisierung der Frauen zur Hauptaufgabe zu machen hat.

### Die „Plattform“ der Partei.

Den Schluß der Parteitagverhandlungen bildete die Annahme der „Plattform“ (Wohlauftrag und gleichzeitig Programm der Partei). Auch bei diesem Punkte gab es ziemlich ausgedehnte Debatten, weil aber an der bisherigen „Plattform“ keine besonders einschneidenden Änderungen vorgenommen worden sind, und der redigierte Wortlaut des Programms zur Stunde noch nicht vorliegt, erübrigt sich heute eine Berichterstattung darüber.

Künftig finden die Parteitage nicht wie bisher alle vier Jahre, sondern alle zwei Jahre statt.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Juni 1908.

### Schwabach'sche Wahlagitatio n.

Die Agitatoren des aus dem Reichstag hinausgestürzten Herrn Geheimrats Schwabach legen bei der Agitation für dessen Nachwahl im Kreise Remel-Dehring ihre unfaulehren Wahlmänner unversoren fort. Mit Schnaps- und Bierpenden scheint man etwas vorfichtiger geworden zu sein; desto mehr aber unnebelt die Schwabach-Clique das Hirn des politisch rückfälligen Itauischen kleinen Landbesizers und Arbeiters durch Flugblätter und Zeitungsartikel.

In welsch widerlicher Weise die Unerfahrenheit dieser ländlichen Leute ausgenutzt wird, zeigt folgende Notiz der Nr. 43 der „Reinwiska Zeitung“, einem von Schwabach'schem Gelde unterstützten Itauischen Blättchen:

„Die Befreiung der Sitauer. In den Bildern Moses sieht geschrieben: Und als die Kinder Israels in Aegyptenland sehr unterdrückt waren, erhoben sie ihre Stimme und senzten zu Gott, und Gott erbarmte sich über sie und sandte Moses aus einer fernem Stadt, damit er sein Volk befreie, und wie Moses mit Pharao sprach und die Aegypter sie nicht lassen wollten, denn sie hatten großen Nutzen von ihnen. So, liebe Sitauer, stehen wir heute in unserer Not wie die Kinder Israels. Gott wird unser Seufzen erhört haben, daß er uns solch einen Mann wie den Herrn Geheimrat Schwabach aus der fernem Stadt Berlin hergeschickt hat, der jetzt sagt: Laßt ihr deutschen Konservativen und Agrarier, gebt den Sitauern Gerechtigkeit. Wenn gesagt wird, Herr Geheimrat Schwabach habe unseren Kreis aufgeregt, dann muß aus Moses Israel aufgeregt haben. Jetzt sieht man, wie sie nicht loslassen wollen; sie haben sich mit vielen Jungen bewaffnet und einen Protest erhoben, aber sie werden mit ihrem ganzen Heer im Roten Meer ertrinken müssen, aber Gott wird dem Herrn Geheimrat Schwabach den Sieg verleihen. Meine Lieben, bedenken wir, was leidet den Herrn Schwabach? Können wir ihm was geben, daß dieser Herr, der alles hat und nichts bedarf, der solche Reichenmacht, so viel Male nach Remel gereist ist, so viel Versammlungen abgehalten hat, bis zu drei an einem Tage. Wollten wir

uns einen mieten, wieviel müßten wir da bezahlen, was treibt ihn? Er könnte ja zu Hause bleiben und schlemmen wie andere Reichen, und sich um nichts kümmern. Aber nein, er will sich abmühen zum Besten der Reichheit. Jetzt wollen die ägyptischen Zauberer uns irren machen. Männer, haltet wir, was wir sehen und erfahren haben. Man braucht nicht noch Herrn Schwabach's Arbeiten zu erwähnen und die Arbeiten, die er für unsre Gegend ausgeführt hat, zu beschreiben, denn das wird schon jedem bekannt sein.“

Und auch wir Arbeiter wollen ihm helfen, er wird auch uns nicht dergelien, wenn wir in unserer Not auch eine Forderung aufstellen. So wäre es wohl auch zu erwähnen, daß auch die fremden Arbeiter mehr gezwungen würden, auf dem Lande Arbeit zu suchen, denn dort ist ja immer Arbeitermangel. Wenn daher Herr Schwabach für uns im Land- und Reichstage eintreten kann, wird er auch unserer Not abhelfen und noch viel mehr, was nötig ist, und möglich sein wird, ausdrücken. Daher, Brüder, wollen wir Mann bei Mann stehen und uns von keinem verführen und aufweizen lassen.

### Die Arbeiter aus Schmelz.

Die tollste Gemeinheit in diesem fingierten „Eingefandni“ ist die, daß hier wieder, wie bei der Stichwahl 1907 in betrügerischer Weise im Namen der Schmelzer Arbeiter, die zum größten Teil der Sozialdemokratie angehören, gelogen wird. Dabei wird geschäht die augenblich in Remel herrschende Mißstimmung über die in der Industrie jetzt viel beschäftigten fremden Arbeiter ausgenutzt und in Aussicht gestellt, daß Herr Schwabach im Reichstag dafür sorgen werde, daß diese fremden Arbeiter gezwungen würden, auf dem Lande Arbeit zu suchen.

### Ein diplomatischer Bürgermeister.

Vor einiger Zeit berichteten wir, daß der Polizeiwachtmeister Wagner in Rulm a. d. W. den Vortragenden in einer Versammlung mitten in der Rede unterbroch und dessen Namen und Wohnung wissen wollte. Als der Herr Polizeiwachtmeister zur Ruhe ermahnt wurde, löste er einfach die Versammlung auf.

Die Beschwerde gegen den Polizeibeamten wurde erst nach einer Mahnung von dem Bürgermeister in folgender Weise beantwortet:

An den Parteisekretär Artur Crispian, Danzig.

Sie haben unter dem 16. April d. J. den Antrag gestellt, den Polizeiwachtmeister Wagner wegen der Aufzählung der am 12. April d. J. stattgehabten Versammlung zu rektifizieren.

Ich halte, da Sie eine bezügliche Bitte um Nachricht über das Veranlaßte nicht ausgesprochen haben, keinen Anlaß, Ihnen hiervon Mitteilung zu machen.

Kunmehr eröffne ich Ihnen, auf Ihr Schreiben vom 22. d. M., daß die Auflösung der Versammlung im Vereinsgesetz keine Stüge findet und daß ich dem Wachtmeister Wagner hiervon am 24. April d. J. Kenntnis gegeben habe.

Zu einer Rektifizierung des Beamten sehe ich mich nicht veranlaßt.

### Der Bürgermeister.

(Name unleserlich.)

Dem Wachtmeister ist zwar vom Bürgermeister bestätigt, daß er das Vereinsgesetz nicht kennt, er ist aber nicht rektifiziert worden! Das versteht sich, wer kann. Rektifizieren bedeutet doch zurechtweisen. Aber derart ist nun mal der echte preussische Stuss; die Autorität des Schutzmannes muß in jedem Falle gewahrt bleiben.

Auch dieser Fall lehrt wieder, wie nötig eine gesetzliche Bestimmung ist, nach welcher ein Beamter festbar gemacht werden kann, wenn er anderen durch gräßliche Nachlässigkeit Schaden zufügt. Wer die Gesetze nicht kennt, die er ausüben soll, macht sich zweifellos einer gräßlichen Nachlässigkeit schuldig. Leider reichen, wie wiederholt festgelegt worden ist, die heute geltenden Gesetze nicht aus, den Herrn Polizeiwachtmeister zum Schadenersatz heranzuziehen.

### Ein Opfer Eulenburg's.

Die „Dresdener Neueste Nachrichten“ veröffentlichen einen recht interessanten Beitrag zur Charakteristik des Fürsten Philipp zu Eulenburg. Ihre Mitteilung betrifft den Tod des 1902 gestordenen Geheimrats Pierson, des Stellvertreters des damaligen Generalintendanten der königlichen Schauspiele in Berlin, Grafen Hochberg. Das Dresdener Blatt erzählt:

Der Geheimrat Pierson, der die Geschäfte der Generalintendantur unter dem Grafen Hochberg führte, fühlte sich eines Tages von schrecklichen Gerüchten eingeholt wie ein geheimes Bild und kamte den Urheber der Gerüchte nicht, die den ehrenwerten Mann an maßgebender Stelle ganz grundlos verleumdeten. Geheimrat Pierson war herzleidend und diese Gerüchte wirkten wie das schlimmste Herzgift. Dem Grafen Hochberg waren sie bekannt. Er wußte auch, wer der Urheber war. Dem bedrängten Mann, der durch eine Verleumdung um seine Lebensarbeit, um mehr noch, um seinen guten Ruf kommen sollte, nannte er den Namen des allmächtigen Fürsten Philipp zu Eulenburg. Pierson wußte, was der Name bog. Ein Name schwerer als Bismarck's dringende Warnungen vor seinem Träger. Ein Unangenehmer. Ein Unantastbarer. Was vermochte auch der Geheimrat Pierson gegen den Liebenberger Schloßherrn, dem der deutsche Kaiser arglos vertraute, den Wilhelm II. mit seiner Freundschaft auszeichnete, den eines Rakels zu bezichtigen nur ein Hirnverbraunter oder ein hochfester Reider wagen konnte. Dem schwer geschädigten, pflichttreuen Mann blieb keine Wahl. Er wagte es, stellte den Fürsten, verlangte, daß er bekenne, ihn verleumdet zu haben. Der Troubadour von Liebenberg war nie ein Freund so kräftiger Sprache. Damals ging's ihm wie schon oft. Des ehrlichen Mannes wützigsternde Kunde machte ihn krank. Die Krankheit des Fürsten zog sich hin. Der Termin rückte heran, an dem Pierson kagen mußte, wenn die Antragsfrist wegen des Vergehens der verleumderischen Verleumdung nicht ablaufen sollte. Am 24. Dezember 1901 war der Zeitpunkt da. Pierson erhob die Anklage. Der Schwerekrante gegen den allmächtigen Mann, der damals auch „krank“ war. Eine Krankheit, die den Patienten von munterer Jagd nicht abhält und munterem Schwören.

Philipp zu Eulenburg nahm seine Verleumdung schriftlich mit Bedauern zurid. Der Verleumdungsprozess unterblieb. Der todkranke Mann hatte nichts mehr davon zu erhoffen. Das verleumderische Gerücht mußte durch eine Amtsunteruchung aus der Welt geschafft werden. Solche Unteruchung muß langsam gehen. Schritt um Schritt, Biffer um Biffer. Langsamer als es ein gebrochener Herz erträgt. Als Pierson tot war, bestätigte die preussische Oberrechnungskammer, daß er ein Rechtskassener, daß seine Verwaltung tadellos war. Zu spät für den, dessen letztes Wort, Minuten ehe ihm die Augen brachen, Eulenburg's Name war.

Doch die Geschichte ist noch nicht zu Ende. Auch Philipp Fürst zu Eulenburg erhielt ein Zeugnis. Graf Hochberg hatte sich angeeekelt von ihm gewandt. Noch einer wußte um die Sache: Richard Wilhelm Ludwig Fürst zu Dohna-Schlobitten. Der hatte mit Bedauern gesehen wie ein wackerer Mann sit unter schwerer Verleumdung. Als Fürst Philipp zu Eulenburg bekennen mußte, galt diesem Fürsten die billige Entschuldigun nicht als Sägne. Er schrieb dem Liebenberger Schloßherrn einen Brief, den die Richter bei der Beurteilung von Eulenburg's Charakter — den sie kennen lernen müssen — nicht übersehen dürfen. Ein Brief, der den Gewaltigen einen Verleumder nannte, ihn niedriger Bestimmung so deutlich zick, daß es nur eine Antwoort darauf gab. Die Antwoort kam nicht. Der allmächtige Vorkassierer war „krank“. So krank, daß er nur mit wenigen Worten auf geduldigem Papier sich zu wehren vermochte. Und gesündete von diesem Brief, wie von dem letzten Seufzer des bedauernswerten Ehrenmannes, dessen Namen nun auch Gerechtigkeit widerfahren wird.



## Militärjustiz.

Aus Halle a. S. berichtet man uns unterm 2. Juni: Die militärischen Dienstinteressen waren heute vor dem Kriegsgericht wieder einmal gefährdet, als gegen den Leutnant Wilhelm v. Seoulien vom Füsilier-Regiment Nr. 88 verhandelt wurde. Der Angeklagte war Adjutant bei dem 8. Bataillon und ist wegen Mißhandlung seines Vorgesetzten nach dem 1. Bataillon versetzt worden. Er nahm vor der Anklagebank auf einem Stuhle Platz und wurde der Mißhandlung, des Mißbrauchs der Dienstgewalt, der Verleumdung Untergebener usw. beschuldigt. Die Verhandlung, die von früh 8 bis abends nach 6 Uhr dauerte, war nicht öffentlich. Es war aber schon vor der Verhandlung öffentlich bekannt geworden, daß der Leutnant mit seinem Vorgesetzten ein sehr böses Spiel trieb. Die Vorgesetzten wurden ihm schließlich entzogen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Mißhandlung, vorchriftswidriger Behandlung in mehreren Fällen usw. zu 21 Tagen Stubenarrest und verkündete öffentlich, daß er den Vorgesetzten Rosenkranz geschriege, mit dem Reissold geschlagen und nachts im Bett mit Wasser beschüttet habe. Die Verleumdung wurde darin erblickt, daß der Vorgesetzte dem Leutnant belämmen mußte, er nämlich der Vorgesetzte, sei ein unerschämter Galunke.

## Oesterreich.

### Der Streik der Studenten.

Wien, 3. Juni. (Privatdepesche des „Vort.“)

Die Schließung der Innsbrucker Universität, die die Regierung unter dem Druck der Alerikalen vornahm, hat wie der Punkt im Pulverfaß gewirkt. Die freirechtlichen Studenten, Deutsche wie Tschechen, haben den Universitätsstreik beschlossen. Auch die technischen Hochschulen schlossen sich dem Streik an. In Graz, Prag und Brünn sind die Hochschulen bereits geschlossen und die übrigen dürften morgen nachschließen.

Erbitterung ruft das schwächliche Verhalten der deutsch-bürgerlichen Parteien hervor, die aus feiger Rücksichtnahme für die verbündeten Christlichsozialen das Verhalten der Regierung entschuldigen.

## Frankreich.

### Arbeitermord.

Paris, 2. Juni. Heute nachmittag entstand in Vigneux bei Paris zwischen streikenden Steinbrucharbeitern und Gendarmen, welche die am Streik nicht beteiligten Arbeiter in Schutz nahmen, ein Handgemenge, wobei die Gendarmen umzingelt wurden und „gezwungen“ waren, von der Waffe Gebrauch zu machen. Ein Streikender wurde getötet, sechs wurden verletzt, davon einer schwer, von den Gendarmen wurden vier, zum Teil erheblich, verwundet.

Soweit die offiziöse Nachricht. Die „Petite République“ gibt dagegen nach einem Telegramm des „D. L.“ folgende Darstellung:

Der Streik von Vigneux dauert bereits seit einem Monat. Die Arbeiter der Sandgruben, meist fremde Staatsangehörige, hatten Lohnerhöhung und gewisse Erleichterungen verlangt, die die Gesellschaft, der die Sandgruben gehören, abgelehnt hatte. Aber bisher war der wirtschaftliche Kampf auf beiden Seiten ruhig geführt worden. Außer einigen kleinen Reibereien war nichts Bemerkenswertes vorgefallen. Alles deutete darauf hin, daß der Streik bald beendet werde. Da kamen vor einigen Tagen die Arbeitgeber auf den Gedanken, einige Sägemaschinen, die den Sand des Seineschlusses aus Ufer schaffen, wieder in Gang zu setzen. Man holte Arbeiter von anderswärts herbei und ließ diese Arbeiter durch Gendarmen bewachen.

Von nun an kam es wiederholt zu Streitigkeiten. Gestern früh wurde ein Gendarm von einem Arbeiter getötet und beschimpft. Man verfolgte ihn, aber es gelang ihm, zu entfliehen. Nachmittags drangen 12 Gendarmen ins Café in der Avenue du Parc, das in Vigneux als Stammsaal für Streikende gilt. Mehr als 300 Arbeiter, unter ihnen Frauen und Kinder, waren im Saale und vor dem Hause versammelt. Die Gendarmen erkannten in der Menge den Mann wieder, mit dem sie vormittag den Streik gehabt hatten und wollten ihn arrelieren. Die Arbeiter verweigerten seine Anwesenheit, es kam zu Drohungen und, wie die Gendarmen sagen, zu Steinwürfen. Auch ein Schuß soll gefallen sein. Zeit nicht nur, daß die Gendarmen mit Revolvern und mit Lebel-Gewehren die Leute in das Haus zurückdrängten und Schüsse auf die Menge abgaben. Die Gendarmen sagen jetzt aus, sie hätten nur gegen die Decke geschossen, aber ein Toter und sechs Verwundete beweisen, daß die Kugel auch andere Ziele gesucht haben. Angeschrien ertönte, die Arbeiter versuchten durch die Fenster zu fliehen, aber zwei Gendarmen hatten auch die hintere Seite des Hauses gedeckt und empfangen die Fliehenden mit Flintenschüssen. Diese Handlungsweise wird sich schwer verteidigen lassen, wenn es, wie es scheint, zu einer Kammerdebatte über diesen Vorgang kommen sollte. Auch die Gendarmen wurden hart bedrängt; vier von ihnen wurden durch Schläge mit Flaschen ernstlich verletzt. Die Stimmung der Bevölkerung richtet sich gegen die Behörden. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Die „Petite République“ ist ein regierungsfreundliches Organ. Um so schwerer wiegt es, daß diese Darstellung auf das Klarste beweist, daß die unerschämten Provokationen der Gendarmen es waren, die einen Zusammenstoß geradezu herbeiführen mußten. Dann aber haben die Gendarmen wie tolle Mörder gegen die Unbewaffneten und Fliehenden gewütet.

Herr Clemenceau hat nur noch das blutige Blatt des Arbeitermordes zu seinem Ruhmeskranz gefügt. Nun hat er auch dies errungen. —

## Italien.

### Die Scharfmacher gegen die streikenden Landarbeiter.

Rom, 3. Juni. Mehrere Abgeordnete der Provinz Parma haben gestern die Regierung über die Ausbreitungen der Streikenden in der Umgegend der Stadt Parma interpelliert. Der Unterrichtsminister des Innern Socia erklärte, die in Frage stehenden Handlungen seien Akte gegen die Arbeits- und Bewegungsfreiheit gewesen, und ihre Urheber seien bereits vor Gericht zur Verantwortung gezogen. Die Regierung habe bereits eine Note an den Präfekten von Parma gerichtet, worin ihm genaue Instruktionen erteilt werden, um die Wiederholung ähnlicher Schritte zu verhindern.

## Spanien.

### Gegen das Duell.

Madrid, 2. Juni. Im Senat brachte der Justizminister eine Gesetzesvorlage ein, nach der das Duell abgeschafft und an dessen Stelle ein zivil- beziehungsweise ephrengerichtliches Verfahren treten soll. —

### Beseitigung des Ausnahmezustandes.

Madrid, 2. Juni. Der Ministerrat beschloß, die konstitutionellen Garantien in den Provinzen Barcelona und Girona wieder herzustellen. Das Dekret wird morgen vom König unterzeichnet werden. Die Aufhebung der konstitutionellen Garantien erfolgte bekanntlich zu Ende des vergangenen Jahres aus Anlaß der Bombenexplosion in Barcelona am Vorabend des Weihnachtstages. —

## England.

### Budgetdebatte.

London, 2. Juni. Unterhaus. Nach zweitägiger Debatte ist die zweite Lesung des Finanzgesetzes angenommen worden, nachdem der Oppositionsanzug, der eine Erweiterung auf Grundlage der Besteuerung forderte, mit 867 gegen 124 Stimmen abgelehnt worden war. Die Redner der Opposition kritisierten das Budget hauptsächlich aus dem Grunde, weil die Bekämpfung der Mittel für die Alterspensionen und für weitere Schiffbauten im nächsten Jahre nicht vorgesehen seien. Premierminister Asquith verteidigte die Budgetvorlage nachdrücklich, betonte die außerordentliche Verminderung der Staatsschuld und erklärte, daß der Freihandel England eine finanzielle Festigkeit gegeben habe, auf die England stolz sein könne, und die das Land in den Stand setze, ferneren Ausgaben zu begnügen.

### Der erkrankte Adressat.

London, 3. Juni. Lord Tweedmouth, der unter Campbell Bannerman Marineminister war und dem Kabinett Asquith als Präsident des Geheimen Rats angehörte, ist schwer erkrankt. Es haben sich bei ihm schwere geistige Störungen gezeigt. Das Ausscheiden aus dem Kabinett ist bald zu erwarten. Lord Tweedmouth hat bekanntlich als Marineminister jenen aufsehenerregenden Brief vom deutschen Kaiser empfangen.

## Rußland.

### Erstliche Unordnungen.

Petersburg, 2. Juni. Die Duma verhandelte in ihrer heutigen Abend Sitzung über eine Interpellation wegen des Brandes auf den Obuchowschen Krugstahlfabrikanten am 26. April d. J. Nachdem der Gehilfe des Marineministers u. a. die Erklärung abgegeben hatte, daß zehn Beamte wegen gesetzwidriger Untätigkeit gerichtlich belangt worden seien, sprachen sich Redner aller Parteien für die Annahme einer vom Referenten Jurischewitsch (Extreme Rechte) eingebrachten Resolution aus, die das Vorhandensein ernstlicher Unordnungen, auf welche der Feuerschaden und die dadurch bedingten Verluste zurückzuführen seien, anerkennt und die Bildung einer Regierungskommission zum Zweck der Revision der Krugstahlfabrikanten und Ausarbeitung wirksamer Maßregeln zur Verhütung von Feuerschäden für notwendig erachtet. —

### Die Arbeiterfreundlichkeit der Herrenduma.

Als der Vertreter der Petersburger Arbeiter, Genosse Poletajew, während der Debatte über den Etat des Handelsministeriums in der Duma erklärte, daß die russische Arbeiterklasse von dieser Duma nichts erwarte und nur auf ihre eigene Kraft, auf ihre ökonomische und politische Organisation rechte, entgegnete der Oktoberist Dmitriusow, daß die Arbeiterfrage zweifellos in der dritten Duma ihre Lösung finden werde, wenn nur die Arbeiter Geduld haben und nicht wieder zu revolutionären Mitteln greifen würden, die die friedliche Lösung dieser Frage nur verzögern könnten. Es verging aber kaum ein Tag, und die Parteigenossen des Herrn Dmitriusow demonstrierten ihre „Arbeiterfreundlichkeit“ in so schlagender Weise, daß der wahre Charakter ihrer Bestrebungen keinem Zweifel mehr unterliegt.

Bei der Erörterung der Frage, ob die sozialdemokratische Interpellation wegen der Verfolgung der Gewerkschaften in der Duma verhandelt werden sollte, sprach sich nämlich die oktoberistische Majorität der Interpellationskommission mit 10 gegen 8 Stimmen gegen die Besprechung der Interpellation aus. Besonders interessant waren hierbei die Argumente, die der Vertreter der Majorität, der Oktoberist Golobow, gegen die Interpellation vorbrachte. Mit zynischer Offenheit erklärte er, daß die allerorts stattfindende polizeiliche Schließung der Gewerkschaften nicht ungesetzlich sei, weil der verstärkte und außerordentliche Schutz der Administration dieses Recht verleihe. Wollte man — so fügte dieser Apologet des verhärteten Schutzes höhnisch hinzu — der Administration dieses Recht nehmen, so müsse man ein Gesetzesprojekt betreffend die Abschaffung des Ausnahmezustandes überhaupt in der Duma einbringen. Und was die Inhaftierung wegen ungesetzlicher Auslegung des Vereinsgesetzes seitens der Administration betreffe, so sei die Erörterung dieser Frage Sache des Senats und nicht der Reichsduma.

Vergebens wiesen die Vertreter der Opposition darauf hin, daß man mit solchen Argumenten jede Interpellation unmöglich machen könne. Die Wodbrüder verhängten sich hinter dem Ausnahmezustand, um dem Vertreter der Arbeiterklasse die Möglichkeit zu stellen, die Gewaltpolitik der Regierung an den Pranger zu stellen. Die feige Furcht der „führernden“ Dumapartei vor den Anklagen des Proletariats kennzeichnet besser wie alles andere die gepriesene „Arbeiterfreundlichkeit“ der Herrenduma. —

## Marokko.

### Ein Dementi.

Paris, 2. Juni. Eine Note der „Agence Havas“ stellt formell in Abrede, daß die Mitteilung an die Signatarmächte der Algeirasafte betreffend die Instruktionen für General d'Amade infolge von Reklamationen Deutschlands erfolgt sei. —

## Aus der Partei.

Vom Fortschritt der Presse. Die „fränkische Tagespost“ zu Nürnberg gibt bekannt, daß sie mit der bevorstehenden Aenderung ihres Formats auch eine Vereinerung ihres Inhalts erhalten wird. Eine Unterhaltungsbeilage soll fünfmal wöchentlich erscheinen. Außerdem soll als Wochenbeilage „Der Volkshilfner“ erscheinen, ein Organ für alle Bildungsbestrebungen. Ueber seine Aufgaben sagt die „Tagespost“, es solle „unter Mitarbeit hervorragender Kräfte eine Zeitschrift herausgegeben werden, die den Zweck verfolgt, nach einem einheitlichen Plan in systematischem Aufbau, in einfacher und leichtester Form, ohne Voraussetzungen irgendwelcher Art, aber mit dem ganzen Ernst redlicher Fortschrittsarbeit, die Massen des Volkes in die Wissenschaft einzuführen. Diese Zeitschrift soll erliegen, was die Volksschule verlangt: eine allmähliche wissenschaftliche Vorbereitung für die heutige tätige Welt des politischen und sozialen Lebens, damit jeder befähigt wird, über ihre Mittel selbstständig nachzudenken, ihre Aufgaben zu erkennen und an ihrer Lösung in freier Selbsttätigkeit mitzuwirken. Diese Zeitschrift, die zum Ausbilden bestimmt ist, wird sich so nach und nach zu einem großen umfassenden Arbeiter- und Volkseuchbuch gestalten, das ein stetiger guter Begleiter und Führer durch die Wirrnis des heutigen Daseins sein wird.“

Die Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei Sachsen wird vom Zentralkomitee zu Montag, den 10. August, nach Plauen einberufen. Die Tagesordnung umfaßt neben den geschäftlichen Angelegenheiten auch die Punkte: Die Wahlrechtsfrage. Referent: Richard Nitzge. Das Vereins- und Versammlungsrecht. Referent: Richard Lipinski.

Sozialdemokratische Kommunalkonferenz in Schweden. Am Mittwoch, dem Tage vor der Eröffnung des Parteitagess der schwedischen Sozialdemokratie, fand im Volkshaus zu Stockholm eine Konferenz der Gemeindevorsteher der Partei statt. Es waren 23 Vertreter aus 17 Städten und Orten anwesend. Der wichtigste Punkt der Verhandlungen war das kommunalpolitische Programm der Partei, das allgemein als mangelhaft und verbesserungsbedürftig bezeichnet wurde. Nach gründlicher Aussprache darüber wählte man ein Komitee, das Vorschläge zur Revision des kommunalpolitischen Programms ausarbeiten soll, um sie dem Parteitag zu unterbreiten. Sodann wurde über die Frage beraten,

auf welche Weise ein Zusammenarbeiten der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher am besten geregelt werden kann. Der Referent Fredrik Nilsson sprach sich dafür aus, daß ein Zusammenschluß der Gemeindevorsteher des ganzen Landes geschaffen werde. Durch regelmäßig wiederkehrende Kommunalkonferenzen, verbunden mit Vorlesungen und praktischen Kommunalkonferenzen, sowie durch Schaffung einer Aufklärungs- und Vermittlungsstelle könne viel geleistet werden, um die Gemeindevorsteher der verschiedenen Orte miteinander in Verbindung zu bringen und sie besser für ihr Amt auszurüsten. — Die Konferenz wählte dann einen Interimsvorstand für die Organisation der Gemeindevorsteher, deren konstituierender Kongreß Anfang nächsten Jahres abgehalten werden soll.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Redakteurfreuden. Am Dienstag hat Genosse Leopold vom „Volkshilfner für Halle“ eine Gefängnisstrafe von sieben Monaten angetreten.

Strasfants der Presse. Wegen Verleibung einer Gemeindevorwaltung wurde Genosse Burgemeister von der „Oberfränkischen Volkszeitung“ zu Hof zu 80 Mark Geldstrafe verurteilt.

## Gewerkchaftliches.

### Neues vom Streikbrecherjagd.

In Heroldsberg bei Nürnberg wurde der Maurer Heid von seinem Berufskollegen Wedel mit einer Patte über den Kopf geschlagen, so daß er sich die Junge blutig blü. Heid rief im Zorn: „Das hast Du gewiß gern getan, Dich krieg ich schon.“ Er machte Anzeige, der jedoch keine Folge gegeben wurde. Dafür bekam er aber eine Anklage wegen eines Vergehens gegen den berichtigten § 153 der Gewerbeordnung. Damals standen nämlich zufällig die Maurer in einer Lohnbewegung, und ebenso zufällig gehörte der schlaglustige Wedel zu den Arbeitswilligen. Obwohl während der ganzen Affäre kein Wort von der Lohnbewegung gefallen war, sollte Heid durch die obenerwähnte Keulung den Wedel zur Teilnahme am Streik haben zwingen wollen? Das Schöffengericht Erlangen mußte auf Freisprechung erkennen, aber der Fall zeigt wieder einmal mit voller Deutlichkeit, welchen Schutzes sich die möglichen Elemente erfreuen und wie leicht Anklagen wegen Verurteilung erhoben werden.

### Deutsches Reich.

Der Streik der Töpfer in den Deutschen Steingewerker Krauschwitz u. Lugnik ist beendet. Die Arbeiter mußten angesichts der ungünstigen Konjunktur einen Vergleich eingehen. Es wurde ein gemeinsamer Tarif geschaffen, was für Lugnik ein Vorteil bedeutet, da dort bisher nach Willkür gezahlt wurde. Der Tarif ist auf 2 Jahre abgeschlossen, außerdem wurde die Organisation anerkannt. Leider verhinderte die schlechte Konjunktur, daß alle Streikenden wieder eingestellt werden konnten. Die in den Werken nicht mehr Beschäftigten finden werden von der Organisation weiter unterstützt. Die Firma hat sich indessen verpflichtet, bei Neueinstellungen zunächst die alten Leute zu berücksichtigen.

In Freimaldau (Bezirk Biegnitz) sind circa 80 im Zentralverband organisierte Scheidenlöcher in den Angriffstreit eingetreten, weil das Unternehmertum die geforderten Löhne nicht bewilligen wollte. Diese Arbeiter bezogen bisher wohl die niedrigsten Löhne ihrer Branche in ganz Deutschland. In der Brauergewerkschaft hat sich bisher die Krise wenig bemerkbar gemacht. Die Konjunktur ist im Gegenteil eine günstige zu nennen, so daß ein baldiger guter Ausgang des Kampfes zu erwarten ist.

### Unternehmerterrorisimus.

Welches Geschrei über sozialdemokratischen Terrorisimus würde in der kapitalistischen Presse wohl werden, wenn Arbeiter an ihre Arbeitgeber oder deren erste Hausmacht die kategorische Forderung stellen würden: „Maus aus dem Unternehmerverband!“ Sicher würde man die Staatsanwaltschaft an ein halbes Duzend Strafparagrafen erinnern, auf Grund deren man gegen die Terroristen vorgehen solle. Ueber den terroristischen Gemetzel der Direktion der Hamburger Straßenbahngesellschaft hat sich die mit feinen Unternehmerannoncen gespeicherte bürgerliche Presse Hamburgs noch nicht aufgeregt, wohl weil sie die Meinung vertritt, der wirtschaftlich Schwache müsse sich fügen.

Die Direktion der 10 Prozent-Gesellschaft erklärte der am Montag bei ihr vorstellig gewordenen Kommission, welche die Wiedereinstellung der sechs gemahregelten Beiratsmitglieder verlangte, „noch sei sie Herr im Hause, denn sonst würde sie sich mit Haut und Haaren dem Transportarbeiterverbande verschreiben“. Also erst Bericht auf die Verbandszugehörigkeit, dann kommt ihr weiter im Interesse der Abwenden- und Antienemtschluder bei miserabler Bezahlung — das Fehlende zahlt das Publikum in Gestalt von Zurrgebern — Dienste tun, bis ihr dienstunfähig seid und wir Euch nicht mehr bedürfen! Das ist der Standpunkt der „humanen“ Direktion, auf den aber die Gemahregelten nicht eingegangen sind. Sie weisen dieses ungeheuerliche Annehmen als mit ihrer Ehre und Ueberzeugung unvereinbar zurück. Das Verlangen der Direktion auf Gefinnungsverkauf müßte die schärfsten Maßnahmen der Angestellten zur Folge haben. Die Gemahregelten erklären jedoch, auf das zweifelhafte Vergnügen, bei der Straßenbahngesellschaft beschäftigt zu sein, zu verzichten, und raten dringend davon ab, daß die Kollegen irgend etwas in ihrem Interesse unternehmen.“ Die Gemahregelten sprechen die Erwartung aus, daß alle Kollegen sich dem Transportarbeiterverbande anschließen werden.

Diese würdige und charakterliche Erklärung hat großen Eindruck auf alle Angestellten gemacht und wird nicht verfehlen, diese in Scharen der Organisation zuzuführen. So hat sich der Brutalitätsakt als ein Teil von jener Kraft erwiesen, die das Böse gewollt, aber das Gute gebracht hat.

### Meißner und Hamburger Gewerkschaftskongreß.

Mit dieser Frage beschäftigten sich die vereinigten Gewerkschaften Nürnbergs. Nach erschöpfender Diskussion wurde beschlossen, dem Bureau des Hamburger Gewerkschaftskongresses folgende Resolution zu übermitteln:

Die Delegierten der Gewerkschaften Nürnbergs haben sich einstimmig dahin ausgesprochen, daß die Meißner in der von der Generalkommission mit dem Parteivorstand vereinbarten Form unmöglich durchgeführt werden kann. Die einzelnen Orte können nicht das Risiko tragen, das ihnen durch diese Beschlüsse auferlegt wird. Praktisch bedeutet dieser Beschluß die Vereinfachung der Arbeit an dem ersten Mai. Die versammelten Delegierten der Nürnberger Gewerkschaften erkennen nicht die Schwierigkeiten, welche die Meißner schon bisher den Gewerkschaften und der Partei verursacht hat. Die Gewerkschaftsvertreter fordern deshalb zum mindesten eine klare Stellungnahme vom Gewerkschaftskongreß in Hamburg und eine einheitliche Kundgebung entweder für oder gegen die Arbeitsruhe am ersten Mai mit der Maßgabe, daß im Falle Arbeitsruhe im Rahmen der Beschlüsse der internationalen Kongresse begünstigt werden sollte, das Risiko der Zentralverbände zu tragen haben, d. h. die Kosten aus den Hauptplätzen zu decken sind. Die Generalkommission ist zu beauftragen, dahin zu wirken, daß die der Partei durch die Meißner erwachsenden Kosten ebenfalls von der Zentralkasse getragen werden.“

Die Lohnbewegung der Tapezierer in Meß endete nach fünfwöchiger Dauer mit einem Erfolge der Arbeiter. In der Mehrzahl der Betriebe wurde die Arbeit mit einer Arbeitszeiterhöhung von 3 Stunden pro Woche und einer wöchentlichen Lohnerhöhung von 1,80 bis 2 R. aufgenommen. Ein Tarifabschluß kam nicht zustande.



## Was ist die Ursache

dass Salamander-Stiefel von den Angehörigen aller Gesellschaftsklassen getragen werden?  
Die Einen sagen: es ist ihre Güte!  
Die Andern sagen: es ist ihre Billigkeit!

## Was sagen Sie?



Einheitspreis für  
Damen u. Herren M. 12<sup>50</sup>  
Lernausführung M. 16<sup>50</sup>  
Fordern Sie Musterbuch V!

# SALAMANDER

Schuh-Ges. m. b. H.

Centrale W. Friedrichstr. 182  
C. Klötger, 47  
S.W. Friedrichstr. 221

## Hut-Arnold

Dresdenerstr. 116  
(Klein Laden) am Granienplatz

## Hut u. Mützen

Engros-  
Geschäft



Einzelverkauf  
zu auffallend  
billigen aber  
festen Preisen



Stiefe Herrenhüte v. 2,00-7,00  
Weiche do. v. 1,50-6,00  
Herren-Mützen v. 0,40-2,50  
Kinder-Mützen v. 0,40-3,00  
Herren-Strohöhüt v. 0,50-13,50  
Kinder-Strohöhüt v. 0,40-3,00  
Garn-Damenhüte v. 1,00-5,25  
Nur fehlerfreie moderne Ware

# Abgerissen

u. unmodern an Garderobe brauchen Sie bei unseren Preisen nicht zu gehen. Wir empfehlen getragene

## Monatsgarderobe

in feinsten Werkstätten gearbeitet, von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere nur Wochen gebrauchte

Monats-Anzüge 7, 10, 14, 18 M.  
Monats-Paletots 5, 8, 12, 16 M.

J. Wand Hauptgeschäft:  
Große Frankfurter Str. 116

2. Geschäft: Chausseestr. 89  
3. Geschäft: Chausseestr. 86

Bekanntestes Spezial-Geschäft für Monatsgarderoben Berlins.

## Jenensia-Räder!

10 Jahre Garantie! Teilzahlung!  
Adler-Räder!



Phänomen-Räder!  
Groskurths Social-Räder von M. 56.— an!

Auswahl in gebrauchten Rädern!  
Motorzweiräder! Fahrradzubehör spottbillig!  
R. Groskurth, Berlin C., Münzstraße 23.

## Fritz Kapphahn

Berlin NW.,

Waldstr. 19, Ecke Wielefstraße.

Erste Bezugsquelle für Kolonialwaren,

□□□□ Konserven u. Fleischwaren! □□□□

Billiges Konserven-Angebot:

2 Pfd.-Dos. Karotten 33 Pf. 2 Pfd.-Dos. Stangen Spargel (24 Stk.) 1,35  
2 " " Kohlrabi 30 " 2 Pfd.-Dos. Pfefferlinge 0,48  
2 " " Sellerie 48 " 2 Pfd.-Dos. gem. Gemüse 0,53  
Braunschweiger Schlackwurst Pfd. 1,25.

5 Prozent Rabatt auf alle Waren.

# Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. — Sektion der Putzer.

Achtung!

Putzer!

Achtung!

Heute Donnerstag, abends 6 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59, gr. Saal:

## Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Alwin Körsten über „Hilf, Lohn und Kolonnen-Vertrag“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht der Kollegen, für den Besuch der Versammlung zu agieren und pünktlich zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.

J. V.: E. Schulze

# BAER SOHN

Chausseestr. 29-30  
11 Brückenstr. 11  
Gr. Frankfurterstr. 20

Soweit Vorrat  
Knaben-  
Wasch-  
Anzüge

7.- 6.- 5.- 4.-  
3.- 2.50 2.- 1.50  
90 Pf.



Soweit Vorrat  
Knaben-  
Wasch-  
Blusen

von 50 Pf. an  
Knab.-Wasch.-Hosen  
von 70 Pf. an.

Knaben-Anzüge  
Norfolk-Anzüge  
Jünglings-Anzüge  
Schüler-Anzüge

schönste Moden einfacher und luxuriöser Genres 2<sup>50</sup>  
18.- 15.- 12.- 9.- 6.- 5.- 4.-  
Falten-Joppen-Formen Praktischste Stoffe 6<sup>M.</sup>  
18.- 14.- 12.- 10.- 9.- 8.- 7.-  
Moderne gemusterte Stoffe allerneuest. Geschmacksrichtungen 9<sup>M.</sup>  
33.- 30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 15.- 12.-  
Gute Waschstoffe in den verschiedensten Joppen-Formen 2<sup>M.</sup>  
12.- 10.- 8.- 6.- 5.- 4.- 3.- 2.50

Stroh-Hüte von 70 Pf. an — Knaben-Mützen von 35 Pf. an

Der Haupt-Katalog No. 34 (neueste Moden 1908) kostenlos und portofrei.

# Brennabor

Das Rad der Weltmeister und aller vorsichtigen Sportsleute



Brennabor-Werke, Brandenburg a. H.

Filiale Berlin W., Kronenstraße 11, nahe Friedrichstraße.

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Baustellen und Landparzellen

□ R. von 4 Mark an

nabe Bahnh. Fredersdorf

Auskunft täglich im Passillon am Bahnhof und bei 20012<sup>M.</sup>  
Nieschalke & Nische  
Berlin, Neue Königl. 16.

Speise-Eis-Händler!  
Feinste Frucht-Essenzen

hocharomatisch zu Speise-Eis, sowie zugehörige Substanzen am billigsten u. besten zu kaufen bei Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4.

## Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis (Bezirk 72).

Am Montag, den 1. Juni, verstarb durch Unfall unser Mitglied, der Bauarbeiter

**Franz Grahl**

Winterfeldstraße 27.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 4. Juni, nachmittags 6 Uhr, vor der Leichenhalle des Neuen Jüdisch-Abteilerkirchhofes aus statt. 210/20

Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

## Sozialdemokratischer Wahlverein Bezirk Weißensee.

Den Parteigenossen hiermit die traurige Nachricht, daß unser Bezirkskassierer, der Genosse Maurer

**Gustav Liebenow**

am Dienstag früh am Gehirnschlag plötzlich verstorben ist.

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Heinersdorfer Straße 37 aus, nach dem Gemeinde-Friedhofe, Roßstraße 49 statt.

Parteilosen! Die langjährige treue Pflichterfüllung unseres verstorbenen Freundes, sein ehrenwerter und freundlicher Charakter sichern ihm ein bleibendes Andenken. Zeigt durch rege Beteiligung am Begräbnisse Eure Teilnahme.

18/2 Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied und Chorführer

**Gustav Liebenow**

am 2. Juni plötzlich verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 4. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Neu-Weißensee, Heinersdorfer Weg 37, aus statt.

Gesangverein „Lorbeerkranz“, W. d. A.-E.-B.

## Kranken - Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Bau- und gewerbliche Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend.

Nachruf.

Am 20. Mai verstarb unser Mitglied, der Bauarbeiter

**Friedrich Jaenike**

(Ewinenländer Straße 52) im 39. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

37/3 Der Vorstand.

## Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau

**Franziska Canto**

geb. Leben am Dienstag, den 2. Juni, nachmittags verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle der Begräbnisstätte in Treptow, Neue King-allee, statt.

Paul Canto.

## Dankfagung.

Für die überaus große Teilnahme und die vielen Kranzspenden, sowie die trostreichen Worte des Reichstagsabgeordneten Herrn Jüdel bei der Beerdigung meines lieben Vaters

**Robert Meyer**

sage ich allen Genossen, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Gesangverein Berliner Männerchor 1905, dem Wahlverein Bezirk 164 dem Spar- u. Kreditverein „Brüderchaft“, der 33. Schulkommission, der 43. Armenkommission und dem 43. Gemeindevorstand meinen aufrichtigen Dank.  
Frau Pauline Meyer.

Von der Reise zurück 1135/14<sup>M.</sup>

**Dr. Eugen Haagen.**

# Servus

Bestes Leder & Schuh-Putzmittel  
Überall zu haben in Dosen zu 10 und 20 Pf.



Berliner Nachrichten.

Die Wahlmänner-Stichwahlen

finden am Mittwoch, den 10. Juni, zu denselben Tageszeiten wie gestern statt, also für die

2. Abteilung in der Zeit von vormittags 9 bis mittags 12 Uhr, für die

1. Abteilung von nachmittags 1 bis 2 Uhr, und für die

3. Abteilung von nachmittags 3 bis abends 8 Uhr.

Auch hierzu werden die beteiligten Urwähler vom Magistrat Wahlkarten wie bei der Hauptwahl zugestellt erhalten.

Die Zukunft der Peptonfutterwerke.

Die Anwohner des Zentralviehhofes atmeten im Vorjahre auf, als sie hörten, daß die Peptonfutterwerke, die durch ihren Betrieb einen mörderischen Gestank verbreiteten und die ganze Umgebung zu einem Krankheitsherd machten, geschlossen wurden. Diese Maßnahme des Polizeipräsidenten, die auf Ansuchen der städtischen Behörden veranlaßt war, fand allseitigen Beifall in der Bevölkerung. Inzwischen sind Versuche mit neuen Systemen gemacht worden, durch deren Anwendung angeblich der Gestank beseitigt sein soll. „Sein soll“, sagen wir; absolut fest steht das nicht. Es ist sogar mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß dem doch nicht ganz so ist. Jetzt handelt es sich für die städtischen Behörden darum, ihre Zustimmung zu der neuen Betriebsart zu erteilen.

Man sollte im Hinblick auf die Gesundheitsverhältnisse der Anwohner des Viehhofes nun meinen, daß die städtischen Behörden, die hierbei in Frage kommen, es sehr genau nehmen mit der Verantwortung, die sie hierbei übernehmen. In Wirklichkeit scheint aber das gerade Gegenteil der Fall zu sein. Das Kuratorium des Schlacht- und Viehhofes, das zur Beschlußfassung über diese wichtige Angelegenheit zusammenberufen war, war nicht einmal beschlußfähig, um regelrecht verhandeln zu können. Ein Stadtrat und zwei Stadtverordnete waren amesend, also ganze drei Mann von 11 Mitgliedern. Angesichts der Wichtigkeit der Frage verlangte Senosse Hoffmann die Einsetzung einer Kommission zur näheren Prüfung der neuen Fabrikationsart. Herr Fischbeck, der Herrscher des Schlacht- und Viehhofes, winkte ab, er wolle ohne viel Federlesens das Wort haben, denn es ist ja „bloß auf sieben Jahre“. Durch Anweisung der Beschlußfähigkeit konnte kein Beschluß zustande kommen. Herr Fischbeck läßt aber so leicht nicht locker. Obwohl zu heute abend 5 Uhr die Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung angefangen ist, beruft er auf dieselbe Stunde eine neue Kuratoriumssitzung ein, um die Zustimmung der Mitglieder des Kuratoriums zu erlangen. Er scheint sicher zu sein, daß alle übrigen Herren ohne viel Ueberlegen Ja sagen, so daß in einigen Minuten die Sache „erledigt“ ist.

Die Anwohner des Viehhofes mögen beizeiten gegen das Attentat auf ihre Gesundheit und auf ihre Gesundheit Stellung nehmen, ehe sich der „neue Betrieb“ ganz wie die so oft erprobten „neuen Systeme“ zum Entsetzen der Anwohner und der auf dem Viehhof tätigen Personen „bewährt“. Sie allein haben darunter zu leiden. Die städtischen Behörden aber übernehmen eine Verantwortung, deren Folgen sich nicht absehen lassen. Jetzt wäre der Zeitpunkt dagewesen, mit diesem Pestherd endgültig aufzuräumen, später wird es zu spät sein.

An der Börse.

Wer gegen Mittag die Burgstraße im Zentrum der Stadt entlang geht, dem werden die zahlreichen, elegant gekleideten und behäbigen Gestalten, die alle einen bestimmten Typus verraten, auffallen, wenn sie in lebhaften, erregten Gesprächen vorbeischießend oder in nervöser Hast ihrem Ziele zusteuern. Dieses Ziel ist die Börse. Autos, Kutschen und Droschken fahren nacheinander vor und statisch beleibte Herren, mit schweren, goldenen Uhrketten auf der dicken Weste entsteigen ihrem Innern, eiligt hinter den Eingangstüren verschwindend.

Für wen der Kurszettel ein Buch mit sieben Siegeln ist und wer von den Vorgängen an der Börse keine Vorstellung hat, der ist einfach erstaunt, wenn er zum ersten Mal das Treiben dort gewahrt.

Für drei Fehnpennigstücke, die laut Bekanntmachung für Wohltätigkeitszwecke verwandt werden, öffnen sich uns die Porten dieses geheimnisvollen Gebäudes. Ueber eine Treppe gelangen wir nach der Galerie, die sich um den Niesensaal, der durch Marmorsäulen in drei Räume getrennt ist, zieht. Raum daß wir die Tür zum „Allerheiligsten“ geöffnet haben, umfängt uns ein ohrenbetäubendes Stimmengewirr, das dem Losen der sturmgepeitschten See gleicht. Zwischenhindurch klingen gellende Pfeiltöne und dröhnende Stentorstimmen. Man glaubt in einem Riesentollhaus zu sein. Ein unentwirrbarer Menschenmäuel schiebt und drängt sich ruhelos hin und her. Unser Blick fällt auf einen Wald von halben und ganzen Gläsern, die wie Gummibälle umherschwirren. Dazwischen irren auch jüngere Herren und einzelne Bedienstete mit Papieren und Zetteln hindurch und suchen die gewünschten Personen. Ueberall haben sich viel Gruppen gebildet, die mit ausgereiteten Armen und heißen Gesichtern auf einen Mann losfahren. „Das sind die wilden Kasser!“ belehrt uns ein Kundiger an unserer Seite, während die bereideten Kasser hinter der Barriere verschängt sind und mit unerschütterlicher Ruhe ihres Amtes walten. In den Nischen an der Wand sitzen junge Schreiber beim blendenden Schein der elektrischen Lampen und ihre Feder gleitet fix und flink über das Papier. Auf den Bänken haben sich einige ältere Herren niedergelassen, eifrig ins Gespräch vertieft, mit einem Ohr aber immer nach den Gruppen horchend, damit ihnen auch nichts entgeht. Andere wandern engumschlungen, an der Seite hin, ab und zu auf den Zuruf eines Bekannten reagierend. Und sie kennen sich alle da, als wären sie nur eine große Familie. Und Nerben scheinen sie auch nicht zu besitzen, sonst könnten sie sich diesen Höllenspektakel auf die Dauer nicht mit ansehen. „Hier würde ich verrückt werden in kurzer Zeit!“ erklärt in unserer Nähe eine Dame von den spärlichen Zuschauern, die gleich uns sich auch einmal diesen Herzensabbath ansehen wollten. Und wir pflichten der Sprecherin im stillen bei. Da muß man über Nerben wie Schiffstake verfügen, wenn man es in diesem Wirrwarr lange aushalten will.

In den großen Fenstern herein lacht die heitere Mai-sonne und grüne Baumkronen winken verlockend herüber. Wir verlassen das Gebäude und atmen erleichtert auf, als uns wieder die prächtige Mailuft umfängt.

Berliner Treppen.

An den technischen Hochschulen, die eigentlich der Sammelpunkt der tüchtigsten Lehrkräfte sein sollten, herrschen oft wegen Mangels an guten Lehrern die trostlosesten Zustände, ähnlich wie an den Universitäten, wo unter dem Schatten vereinzelter hervorragender Männer eine Menge ganz unbedeutender Köpfe als Professoren ihr hochmütiges Dasein führen.

Diesen trostlosen, verwaorlosten Zuständen ist es zu danken, daß im Bauwesen wie in allen Wissenschaften gewisse eingewurzelte Dummheiten durch ganze Menschenalter hindurchgeschleppt werden. Zu den Wunderwerken echt bautigerhafter Profitgier und Raumbausucht gehören die für Versteigerer und Architekten berechneten Berliner Vorder- und Hintertreppen. Jeder Zentimeter Baufläche einer Großstadt und seiner Vororte soll ausgenutzt werden, deshalb werden die meisten Treppen so unbequem wie möglich mit hohen Steigungen und gefährlichen Wendestufen konstruiert. Das geschieht selbst da, wo ein vornehm gesinnter Bauherr diese Raumniderei gar nicht verlangt. Die meisten Architekten verstehen es eben nicht, eine bequem steigbare Treppe selbst auf beschränktem Raum unterzubringen. Sie geben sich oft gerade mit der Treppe die geringste Mühe.

Das ganze Treppenklettern sucht der Birt schon beim Eintritt in sein Haus mit einer Lüge zu entschuldigen. Wohnräume, die eine Treppe hoch liegen, werden als Hochparterre bezeichnet, und wenn man schweigend und leuchtend drei Treppen hoch geht, liegt es, liest man ganz gemächlich mit großen Buchstaben geschrieben: Zweite Etage. Dieses kindische Lügenmanöver kennzeichnet schon äußerlich unser ganzes Wohnungselend Alles äußerer Schein und innere Unwahrheit. Dabei gehört wirklich gar nicht so arger Mehraufwand an Fläche dazu, um eine erträgliche Treppe zu bauen. Nur Gedankenlosigkeit, Dummheit und Unerfahrenheit sind die Grundübel unserer großstädtischen Bautechnik, die es verhindern, dem müden Mieter der oberen Stockwerke und vor allen Dingen den schwächeren Frauen durch mäßige Stufensteigungen die Erreichung ihrer Wohnhöhlen zu erleichtern. Bei alledem werden diese abscheulichen Zirkustreppen noch mit der antichristlichen Aufschrift geziert: „Nur für Herrschaften!“ Wie sieht es nun erst mit den Treppen „nur für Dienerschaften“, d. h. mit den Hof- und Hintertreppen aus?

Hier lautet die alt eingewurzelte akademische Lehrmarotte: Hintertreppen, Dienst- und Kellertreppen brauchen nicht so bequem konstruiert zu sein, sie können mit höheren Stufensteigungen als die Vordertreppen angelegt werden. Ein Lehrer, der solche Niederträchtigkeit lehrt, verdient mit einer Nippe auf dem Rücken einmal 24 Stunden zum Brennmaterialschleppen verurteilt zu sein. — Also gerade die Treppen, die am meisten belaufen, am stärksten beansprucht werden durch das Lastentragen, dürfen am unbequemsten, am schwersten bestiegbar angelegt werden. — Diese alte dumme Herrentregel ist besonders hübsch zur Anwendung gekommen bei den steinernen Nebentreppen im roten Berliner Rathaus, das sich ja durch so viele verpfuschte Anlagen auszeichnet.

Man muß dieses verrottete Dogma von der Konstruktion der Hintertreppen mit allem Ernste bekämpfen, denn die schlimmsten Anwendungen und Auswüchse sind die Berliner Fabrikgebäude-treppen, und nebenher als kurze Verbindungen zweier Geschosse die Wendeltreppen. — In Fabriken soll auch der Zentimeter gespart werden. Natürlich wird da geknappt, wo es am wenigsten passend ist, an den Treppenanlagen.

Die Arbeitgeber können sich wirklich freuen. Ueberall werden die lebhaftesten Anstrengungen für Volksgesundheitspflege, für Arbeiterheil- und Heimstätten gemacht, damit nur ja die Herren Fabrikanten durch lange Arbeitszeit, schlechte Löhne und Schwindelstufen mit hohen Stufensteigungen immer wieder tüchtig Schwindsuchtskandidaten nachschicken können! Ein prächtiger kapitalistischer Streiklauf zur dauernden Unterstüßung der Proletariatkrankheiten.

Nebenbei findet man sowohl in Herrschaftstreppehäusern wie auf Dienst- und Hintertreppen wegen zu geringer Lüftung gerade in den obersten Stockwerken oft den abscheulichsten Geruch und Dunst, den man gerade dort mit erschöpfter, tiefer Atmung in sich aufnehmen muß. So werden die Treppenhäuser auf einfachste Art die Anstehungsherde für alle möglichen Krankheiten. Die kleinen farbigen Fensterchen wirken viel zu wenig, besonders wenn die Haustür dauernd geschlossen gehalten wird; die Ausatmungs- und Ausdünstungsstoffe bleiben zu lange im Treppenschacht. — Es sollten hauptsächlich bestimmte Fensterlüftungsmasse vorgeschrieben sein. Eine besondere Art unbequemer Treppen findet man in Warenhäusern und Caféhäusern. Der Jubrang zu den Fahrstühlen würde lange nicht so lebhaft sein, wenn die Warenhaus-treppen nicht durch ihre hohen Stufensteigungen dem Publikum das Leben sauer machten.

In Caféhäusern findet aber keine Erleichterung durch Aufzüge statt. Hier müssen die Kellner für jede Tasse Kaffee, für jedes Stück Kuchen die Treppen auf und ab rattern. Speisenaufzüge werden ausdrücklich von diesen Caféhäuserpächtern abgelehnt, weil angeblich die Kontrolle erschwert wird.

Auf diesem Gebiete wäre eine Reform dringend wünschenswert.

Neue Turnhallen für die Gemeindefschulen.

So lautet die Forderung eines Artikels, den die Pädagogische Zeitung, das Organ der Berliner Gemeindefschullehrer, veröffentlicht. Darin wird der gegenwärtig bestehende Zustand, daß in der Regel je zwei oder mehr Schulen gemeinschaftlich eine Turnhalle benutzen, als unhaltbar nachgewiesen. Der Verfasser (Lehrer R. Krüner-Berlin) nimmt Bezug auf die Ergebnisse einer Umfrage, die von der Turnvereinigung Berliner Lehrer im Jahre 1900 veranstaltet worden ist. Seitdem sind allerdings nun schon acht Jahre hingegangen, aber die Verhältnisse dürften sich inzwischen kaum sehr geändert haben. Uebrigens ist jenes ältere Material vielfach ergänzt durch Beispiele aus neuerer und neuester Zeit.

Wenn mehreren Schulen nur eine einzige Turnhalle zur Verfügung steht, so müssen fast immer auch mehrere Klassen gemeinschaftlich turnen. Meist werden zwei Klassen vereinigt, manchmal aber sind auch schon drei oder gar vier Klassen gleichzeitig in eine Halle hineingesteckt worden. Turnen zwei Klassen gemeinschaftlich, so ist die Halle mit 100 bis 200 Kindern gefüllt. Wo noch eine dritte Klasse oder gar eine vierte hinzukommt, da erhöht sich die Zahl entsprechend. Die stärkste Leistung, die bekannt geworden ist, bestand in der Hineinpferdung von 248 Kindern in eine einzige Turnhalle. Das war nicht etwa nur eine einmalige Ausnahme, sondern dauerte so ein halbes Jahr hindurch an. Da muß es ja für die Kinder wie für die Lehrer „ein Vergnügen eigener Art“ gewesen sein, zu turnen. Oft müssen übrigens ganz verschiedene Klassenstufen zu gemeinsamem

Turnen vereinigt werden. Es ist schon dagewesen, daß eine 3. und eine 6. Klasse, eine 2. und eine 8. Klasse, eine 1. und 5. Klasse zusammen unterrichtet wurden. Sogar der Fall ist vorgekommen, daß eine 2. Mädchenklasse mit einer 7. Knabenklasse in dieselbe Turnhalle hineingesteckt wurde. Die untersten Klassen müssen manchmal überhaupt darauf verzichten, eine Turnhalle zu benutzen. Sie können in dem Turnhallen-Stundenplan beim besten Willen nicht berücksichtigt werden, weil die Turnhalle schon von den übrigen Klassen voll in Anspruch genommen ist. Die Kinder solcher untersten Klassen genießen dann den Turnunterricht in der Form, daß sie bei schlechtem Wetter in den Klassenzimmern oder auf den Fluren einige gymnastische Bewegungen ausführen. Besonders schlimm sind die Zustände in den Wietzschulen, deren Zahl ja in den letzten Jahren immer mehr zugenommen hat. Auch die Höfe können da selten zum Turnen oder zu Turnspielen benutzt werden, weil sie meist viel zu klein sind.

Die Folge der Turnhallenüberlastung ist ein höchst bedenklicher Mangel an Sauerstoff. Wenn z. B. wie es vorgekommen ist, eine Turnhalle von vier Gemeindefschulen, außerdem von einer Mädchenfortbildungsschule und nebenbei auch noch von einer privaten Mädchenschule benutzt wird, dann kann man sich leicht denken, wie es in dieser Halle um die Beseitigung des Staubes steht. Die betreffende Halle wurde von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr, 8 Uhr, 9 Uhr abends benutzt, und zwar turnten von den vier beteiligten Gemeindefschulen immer gleich zwei Klassen zusammen. Wie sollte da der Schuldiener die Möglichkeit finden, zwischen zwei Turnstunden die Halle mal wieder ordentlich zu reinigen! Er mußte sich damit trösten, daß der Staub, den zu besorgen es keine Zeit hatte, von den Kindern weggeschluckt wurde. Uebrigens fehlt den Gemeindefschulenturnhallen trotz ihrer starken Belastung eine besondere Hilfskraft für die Reinigung. Der Schuldiener muß das so mitbedenken, obwohl es ihm in seiner Doppelschule ohnedies nicht an Arbeit fehlt. Die höheren Schulen haben es, wie in vielem, so auch hier, wieder mal besser als die Schulen für die Kinder des Volkes. Obwohl die Turnhallen der höheren Schulen viel weniger stark benutzt werden, sieht ihnen doch ein besonderer Turndiener zur Verfügung.

Durch die Zustände, die in den Gemeindefschulenturnhallen herrschen, wird der Segen der Leibesübungen sehr in Frage gestellt. Der Artikel des Lehrerbattes kommt zu dem Schluß, daß möglichst jede Gemeindefschule ihre eigene Turnhalle haben müsse, also für jede Doppelschule zwei Turnhallen nötig seien. Er verweist auf das Beispiel München, das in neuerer Zeit diesen Grundsatz anerkannt habe und ihn bei Errichtung neuer Schulbauten befolge. Die Forderung ist sehr berechtigt. Aber im Rathaus unserer Vaterstadt Berlin werden die Vorkämpfer des Freisinn wieder mal antworten: „Was von anderen Städten gemacht wird, brauchen wir noch lange nicht nachzumachen.“ Der Berliner Kommunalfreisinn macht nämlich nicht gern das Gute nach, das andere Städte ihm vormachen.

Die Bevölkerungszahl Berlins nimmt im Laufe eines Jahres leimwegs gleichmäßig zu. In manchen Monaten ist die Zunahme bedeutend, in anderen ist sie gering, in einigen tritt sogar eine vorübergehende Abnahme ein. Zu den Monaten, die Jahr für Jahr durch einen recht beträchtlichen Rückgang der Bevölkerungszahl ausfallen, gehört der März. Dafür bringen dann aber die Monate April und Mai einen um so größeren Zuwachs, so daß gewöhnlich der Rückgang aus März bald wieder ausgeglichen wird. Bisher wenigstens war es so die Regel gewesen. In diesem Jahre aber zeigt in Berlin die Bevölkerungsvermehrung ein so ungleichmäßiges und langsames Fortschreiten, daß alle Erfahrungen der früheren Jahre über den Haufen geworfen werden. Aus den vom Statistischen Amt zusammengestellten Tabellen, die jetzt für Monat April veröffentlicht worden sind, ergibt sich, daß der April diesmal nicht eine Zunahme, sondern eine Abnahme der Bevölkerungszahl gebracht hat. Das Amt berechnet für Anfang Mai die Bevölkerungszahl auf 2 100 489 Personen, für Anfang April war sie berechnet worden auf 2 101 833 Personen, mithin ist eine Verminderung um 1 344 Personen eingetreten. Dagegen hatte gebüßt werden können aus April 1907 eine Vermehrung um 3804 Personen, aus April 1906 eine Vermehrung sogar um 6435 Personen; man sieht, wie sehr in diesem Jahre der April die Erwartungen getäuscht hat. Eine Abnahme der Bevölkerungszahl im April, das ist für Berlin so sehr gegen alle Regel, daß wir sehr weit wieder zurückgehen müssen, um in einem der früheren Jahre dieselbe Erscheinung zu finden. Sie erklärt sich lediglich daraus, daß seit dem vorigen Jahr und zum Teil sogar schon seit dem vorvorigen Jahre die Zug- und Wegzugsverhältnisse Berlins sich sehr merklich geändert haben. Infolge des Beschäftigungsmangels haben die Zugzüge sich gemindert und andererseits die Wegzüge sich gemehrt. So ist es gekommen, daß der April in diesem Jahre nicht den gewohnten Zugüberschuß brachte, sondern mit einem beträchtlichen Wegzugsüberschuß abschloß. Das Statistische Amt berechnet, daß in dem diesjährigen April 2827 Personen mehr weg- als zugezogen sind. Dagegen waren im April des vorigen Jahres 2500 Personen mehr zu- als weggezogen, und der April vorvorigen Jahres hatte einen Zugüberschuß von sogar 4906 Personen gebracht. Dem gegenüber hat der Geburtenüberschuß sich wenig geändert; für April betrug er in diesem Jahre 1882, im vorigen Jahre 1804, im vorvorigen Jahre 1801.

Von einem „Linderleben“ Chef weiß abermals die Zeitschrift für weibliche Handlungsgehilfen zu berichten. Ein Strohhut-Engrosgehilfin in Berlin C engagierte durch den kaufmännischen Verband für weibliche Angestellte eine kaum 16jährige Kontoristin. Einer der Chefs, ein älterer Mann, verfolgte sie vom ersten Tage an mit feiner Liebenswürdigkeit, die sich trotz aller Abweisungen steigerte. Er erklärte ihr: „Wenn Sie durch meine Schule gehen, werde ich Sie zu einem erfahrenen Weibe machen, Ihnen ein Geschäft einrichten und Sie öfter besuchen.“ Auf den Einwurf, was denn seine Frau dazu sagen werde, erwiderte er: „Meine Frau ist krank.“ Leider verblieb das junge Mädchen auch noch nach den ersten Annäherungsversuchen in der Stellung, anstatt sich sofort an die richtige Quelle zu wenden, weil sie die Entlassung fürchtete. Selbstverständlich wurde sie trotzdem entlassen, als der Chef merkte, daß die jugendliche Angestellte für ihn nicht zu haben war. Der genannte Verband erfuhr von der Sache und stellte den Chef zur Rede. Nun hatte er die Frechheit, zu erklären, daß er aus „väterlichem Wohlwollen“ gehandelt habe. Der Verband behauptet, daß nach Lage der Sache, da die Beleidigte nicht sofort die Stellung verlassen hat, eine Beleidigungsklage ziemlich aussichtslos war. Die betreffende Firma konnte daher nur für die Stellenermittlung gespart werden. Das ist indes durchaus nicht die geringste Strafe. Warum wird der Wüstling nicht mit seinem vollen Namen an den Pranger gestellt? In Berlin C gibt es nicht allzu viele Strohhut-Engrosgehilfinen mit zwei Chefs. Durch das Unterlassen der Namensnennung werden also mehrere andere Firmen in Gefahr, die unbeteiligt sind, verächtigt. Wollen diese sich das gefallen lassen? Solche gemeingefährlichen Chefs, die sogar schon halbe Kinder, denen die Not das Arbeiten um Hundesohn zur Pflicht macht, unter ihre Wolllust zwingen möchten, verdienen nicht die mindeste Schonung.

Vier Personen beim Baden ertranken. Das Baden an verbotenen Stellen, das in diesem Jahre schon so viele Opfer geordert hat, haben wieder vier Personen mit dem Tode büßen müssen. In einem Blich dicht am Tegeler See, zwischen Waide



mannst und Zegel, fand der Mechaniker Paul Dirlad aus der Weitz. In dem Tod durch Ertrinken. D. wollte in dem Gewässer ein Bad nehmen und ist verunglückt über die Wasseroberfläche. Er sank plötzlich unter, bald darauf wurde seine Leiche geborgen. Im Tegeler See ist ein unbelannter etwa 30 Jahre alter Mann ertrunken. Er hatte an verbotener Stelle gebadet und beim Schwimmen verlor die Kräfte. Er sank in die Tiefe und ertrank. In der Nähe des Dorfkrans konnte die Leiche des Ertrunkenen ans Ufer gezogen werden. — In der Dahme wurde der Schlosser Alger beim Baden von einem Herzschlage getroffen, so daß er unterging und den Tod im Wasser fand. Die Leiche konnte noch nicht gelandet werden. — Auch der Finowkanal hat ein Opfer gefordert. Der Erdarbeiter Stecher ertrank in dem Kanal, in dem er ein Bad nehmen wollte.

Der Brunnenplatz vor dem neuen Amtsgerichtsgebäude in der Panitzstraße scheint überhaupt nicht mehr fertig werden zu sollen. Der Hauptteil vor der Front ist einigermaßen reguliert, indes fehlt es hier noch sehr an ausreichender Beleuchtung, und vor allem sind auf dem großen Komplex, der an Fläche den Dönhofsplatz übertrifft, gerade zwei Ruhebänke vorhanden. Deshalb nicht schon längst mehr Bänke aufgestellt sind, ist unerfindlich. Zu beiden Seiten des Gerichtsgebäudes steht noch immer der alte hässliche Holzganz, von dem schon mindestens die Hälfte von den Anwohnern als Brennholz fortgeschleppt ist. Innerhalb der Zaunreihe liegen Schutt- und Sandmassen, die die Schönheitswirkung des Ganzen stark beeinträchtigen. Man sollte doch hier endlich mal kräftig mit der Regulierung vorgehen, damit die ewigen Klagen aufhören. Recht ziehen sich die gärtnerischen Arbeiten schon ins dritte Jahr hinein.

Das Freibad Wannsee soll nunmehr unter Ausschluß des „Freibädervereins“ erhalten bleiben. Infolge des Wirwarrs in dieser Vereinigung hat der Forstfiskus nun mit dem Pächter Frankenthal einen vorläufigen Vertrag geschlossen, nach welchem das Eintrittsgeld von 10 Pf. bestehen bleibt. Dieses Eintrittsgeld soll die entstehenden Unkosten decken und die auf Veranlassung der Regierung getroffenen gegenwärtigen Einrichtungen verzinsen und amortisieren. Der Forstfiskus rechnet für das nächste Jahr mit einer Ermäßigung des Eintrittsgeldes und will den Charakter des Freibades gewahrt wissen. Der Vertrag mit Frankenthal wurde geschlossen, weil diesem Pächter von den früheren Vorständen des Freibädervereins große Veripfungen gemacht wurden, woraufhin er sich materiell interessierte. Wenn gleich der Forstfiskus für event. entstehenden Schaden dem Pächter des Vereins gegenüber keine Verantwortung hatte, so sprach er doch Willigkeitsgründe für den Vertragsabschluss mit ihm. Der Freibäderverein ist nach Lage der Dinge nunmehr vollständig aufgelöst. — Für das nächste Jahr sollen die Gemeinden Groß-Perles um die Deckung der Unkosten gebeten werden, damit kein Entree erhoben werden braucht.

Das Hochwasser betrafen gestern Nachmittag 5 Uhr an der Ecke Gohlwitzer und Turnstraße-Ecke der Beuststraße 5 wohnhafte Gottfried Bohn, als er eben im Begriff war, zum Wolltoll zu gehen, um sein Wollrecht auszuüben. In demselben Augenblick, als er bewußtlos zusammenbrach, kam ein Postwagen daher gefahren und überfuhr den Niedergefallenen. Bohn soll jedoch bereits vom Tode errettet worden sein, als der Postwagen über ihn wegfuhr.

Das Krolltheater hat sein Juni-Programm um einige neue Kräfte bereichert. Da ist zunächst die Wiener Soubrette Lola Riebl, nach der der japanische Equilibrist Arayama auftritt, der wirklich Neues bringt, nämlich ein „Spaziergehen“ auf 4 Meter hohen Bambusstangen. Nur ein Sohn des Landes der aufgehenden Sonne kann eine solche salbungsvolle Waghalsigkeit ausführen. Ein guter Bekannter von anderen Bühnen her ist der Humorist Edi Blum, der besonders im Witzreichen etwas los hat. Geradezu Kunterbultiges auf ihrem Gebiete leistet die aus Damen bestehende Nachfahrtruppe „Veronas“.

Zwei größere Brände riefen die Feuerwehr gestern früh nach der Kanonierstraße 40 und nach der Treskowstraße 88. An der ersten Stelle standen bei Anbruch der löschfähige Chemikalien. In der ersten Drögenkeller und an der zweiten Stelle die Dachkonstruktion in Flammen. Hier wie dort bedurfte es längerer Wassergebens, um die Gefahr zu beseitigen. Ob der Dachstuhlbrand wieder angelegt worden ist, konnte noch nicht festgestellt werden. — Außerdem wurde die Wehr nach dem Ostbahnhof in der Brombergstraße, dem Koabitzer Güterbahnhof, dem Nordbahnhof und nach dem Anhalter Güterbahnhof alarmiert. In allen Fällen handelte es sich um Preßkohlenbrände.

Zeugen gesucht! Die Personen, welche sich am Sonntag, den 31. Mai, auf dem Dampfer befanden haben, der am „Neuen Krug“ bei Wilhelmshagen in der Zeit von 1 bis 1/2 Uhr nachmittags ein Ankerboot zum Sinken brachte; ebenso diejenigen, die den Vorkall vom Ufer aus beobachtet haben, werden höflich gebeten, ihre Adressen bei H. Hoffmann, Oppelner Straße 26, anzugeben.

Die Eldenerstraße von der Prossauerstraße (ausschließlich Kreuzbaum) bis zur Samariterstraße (einschließlich Kreuzbaum) wird behufs Umplasterung vom 9. Juni ab bis auf weiteres für Fußwege und weiter gesperrt.

Zwei neue Dachstuhlbrände. Im Laufe des gestrigen Vormittags kamen im Norden der Stadt zwei neue Dachstuhlbrände zum Ausbruch, die allem Anschein nach wieder von verbrecherischer Hand angelegt worden sind. Zuerst ging der Dachstuhl des Hauses Gertr. 32 am Weitzplatz in Flammen auf. Die dritte Kompanie der Feuerwehr hatte angestrengt zu tun, um das Feuer zu unterdrücken. Kaum war hier die Gefahr beseitigt, als Feueralarm aus der Kagarethstr. 40 an der Malplaquetstraße einlief. Auch in diesem Falle bedurfte es längerer Wassergebens, um eine weitere Ausdehnung des Feuers zu verhüten.

Arbeiter-Samariterkolonne. Heute abend 9 Uhr findet der Unterricht in folgenden Abteilungen statt: 3. Abteilung in Schönberg bei Wielag, Grünwaldstr. 110; 4. Abteilung in Lichtenberg bei Ledmann, Samariterstr. 11; 6. Abteilung in Nordorf bei Ziel, Bergstr. 151/152. Vortrag über Verletzungen, Wundbehandlung und Blutstillung. Daraan anschließend praktische Übungen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

## Vorort-Nachrichten.

### Steglitz.

Aus der Gemeindevertretung. 30 Grad Celsius im Schatten und 23 Tagesordnungspunkte — war es da zu verwundern, daß Gewitterneigung herrschte? Unter vereinzelt Wetterleuchten schleppte sich die Beratung bis zum Punkt 18: „Erstüberprüfungen“ hin. Mit kurzen Worten und einer eilfertigen Entscheidung referierte Herr Schöffe Kante, als ob es sich um launige paar Pfennige handle, und beantragte schließlich im Namen der Unterausschüsse die Bewilligung der Liebersteinschen in der Gesamthöhe von 106 000 Mark. Die Hausbesitzermehrheit zückte mit keiner Wimper. Der Vorsitzende der Mieter machte einige schämevolle Bemerkungen, denen der Gemeindevorsteher mit allgemeinen Redensarten begegnete. Eine Resolution der Minderheit, die dem Gemeindevorstand aufgab, in Zukunft solche Liebersteinschen zu vermeiden oder aber der Vertretung rechtzeitig entsprechende Vorschläge zu machen, löschte die Gegner auf den Plan zur Verteidigung des Gemeindevorstandes. Hierdurch wurde Herr Oberst a. D. Gable wiederum Gelegenheit zum Erwähnen gegeben, und nun entlud sich das Gewitter über den Gemeindevorstand und die sonstigen Verantwortlichen mit elementarer Macht. An der Hand der Zusammenfassung der Liebersteinschen, von deren Einzelheiten die Allgemeinheit der Bürgererschaft nie etwas erfährt, wies der Redner

nach, wie hallos die Beteuerungen des Gemeindevorstandes und des Referenten seien, daß sich diese Liebersteinschen nicht vermeiden ließen. Es sei unbegreiflich, daß ein Staatsanwaltschaftsbescheid um rund 100 Prozent überschritten werden konnte oder daß eine höhere Schule für ihre Bäckerei und Geräte 6000 Mark, eine andere gar 8000 Mark mehr ausgegeben habe als ihnen etatsmäßig zustehende. Noch bedauerlicher sei, daß auch die Hausquanten, die den Schuldirektoren zur beliebigen Verwendung ohne Nachweisverpflichtung überwiesen werden, überschritten wurden, daß ferner Gelder für zwei Reisen verausgabt wurden, von denen die Gemeindevorstellung nichts weiß. Andere Ausgaben der höheren Lehranstalten seien unter den verschiedensten Titeln, mit denen sie rein gar nichts gemein hätten, versteckt. Der Redner verlangte von dem Gemeindevorstand mit Recht dafür zu sorgen, daß sich die Herren Schuldirektoren mit den bewilligten Mitteln einzurichten haben. Auch die Liebersteinschen in den anderen Etats zeigten das selbe Bild. Selen anscheinend doch sogar noch Liebersteinschen aus dem Etatsjahre 1906 bei den jetzigen Nachforderungen eingeschmuggelt worden. Fast Punkt für Punkt der fast 150 verschiedenen Nachforderungen sei zu beanstanden. Die Herren der Mehrheit sind jedoch anscheinend an diese Art der Geschäftsführung so gewöhnt, daß sie nichts Außergewöhnliches darin entdecken können — sie bewilligten die Liebersteinschen einstimmig und ließen die sechs Herren der Minorität allein für ihre Tadelresolution stimmen. — Zu Beginn der Sitzung wurde der neugewählte beiderlei Schöffe, Herr Stadtrat Fabarius aus Köpenick, in sein Amt eingeführt. Gemeindevorsteher äußerte dem Herrn in der Begrüßungsrede, in seinem neuen Amte die altpreussische Beamtentradition zu beherzigen, nach welcher jeder Beamte ein Diener der Einwohner sei. — Unsere Parteigenossen sind sicherlich über diese hehre Aufgabe der preussischen Beamtenhaft höchst erheitert, von der der gewöhnliche Sterbliche, der mal mit einem preussischen Beamten zu tun hat, leider wenig bemerken wird.

### Weißensee.

Einen alten treuen Parteigenossen, Gustav Liebenow, hat der Allbezügler Tod aus unseren Reihen gerissen. Mitten in der Parteiarbeit, im Kampfe für das entrechtete Proletariat, brach er zusammen. Gustav Liebenow war kein Redner, aber ein Organisator, der uns allen als Vorbild galt. Als Bezirksführer und Abteilungsleiter des 1. Bezirks mußte die Leitung ihm stets nachsagen, „hier klappt alles“. Seit einem Jahr war er Kassierer des Wahlvereins und gerade, als er auf dem Wege zum Kreisfahrrad behufs monatlicher Abrechnung war, ereilte ihn das Geschick. Eine schon längere Zeit andauernde Magenkrankheit zwang den Wackeren, der Arbeit fern zu bleiben. Zwar versprach er sich von einer vorläufigen statufindenden Operation Befundung, doch von plötzlichem Unwohlsein betroffen, brach er auf der Straße leblos zusammen. Gustav Liebenow war von Beruf Maurer und 64 Jahre alt. Sein Andenken wird von uns in Ehren gehalten, er hat es verdient, er war einer der Besten.

### Lichtenberg.

Die Frage der Einführung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zur Kommunalverwaltung und zum preussischen Landtag beschäftigte die am Vorabend der Landtagswahl tagende Stadtverordnetenversammlung. Unsere Genossen hatten dem Bureau der Versammlung folgenden Antrag unterbreitet:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lichtenberg ersucht die Königl. Staatsregierung, dem preussischen Landtag einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, der für alle Einwohner einer Gemeinde ohne Unterschied des Geschlechts, die das 21. Lebensjahr erreicht haben, die Gewährung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zur Kommunalverwaltung und zum preussischen Landtag vorsieht.“

Die Versammlung ersucht den Magistrat der Stadt Lichtenberg, dem Antrage und dem event. zustimmenden Beschluß der Stadtverordneten beizutreten zu wollen.“

Genosse Düweil begründete in längerer Ausführung den Antrag unter größter Aufmerksamkeit der Versammlung. Seine treffliche Begründung wurde jedoch schweigend entgegengenommen. Der Geburtdeser der freisinnig-liberalen Parung im Kreise Lieber-Varnim, der „Vollparteller“ Stadtverordneten-Vorsitzer Plonig mit dem konservativen Kandidaten zum Klassenparlament, Bürgermeister Bietzen in trauriger Gemeinschaft, umgeben von den kleinen und großen Agitatoren der herrschenden Sippe, fand nicht ein Wort der Entgegnung. Einem Delegierten der Grundbesitzervereine überließen es die Hüter der Bürgerrechte, in Tone ihrer Vereinsversammlungen auf die vorzüglichen und sachlichen Ausführungen unserer Genossen zu antworten. Das heutige Wahlrecht läßt uns für das Wohl der Allgemeinheit arbeiten! Unter der Herrschaft eines freieren Wahlrechts würde die Sozialdemokratie sich alles nutzbar machen. Das waren die Gründe, mit denen sie diese wichtige Frage abtaten. Und die namentliche Abstimmung zeigte, daß nicht eine bürgerliche Stimme für ein freies und direktes Wahlrecht zu haben war. 24 Bürger stimmten gegen die 18 anwesenden Sozialdemokraten. Auch die Behandlung des nachstehenden Antrages unserer Genossen zeigte, wie sehr den Herren des bürgerlichen Blods die Interessen der Stadt ans Herz gemachsen sind:

„Stadtverordnete dürfen weder direkt noch indirekt Arbeiten und Lieferungen für die Stadt übernehmen, auch nicht sich Provisionen zahlen lassen für Vermittlungen usw. bei irgendwelchen geschäftlichen Unternehmen, an denen die Stadt beteiligt ist.“

Auch Genosse Grauer fand bei Begründung des Antrages recht aufmerksame Zuhörer, aber keine Unterstützung. Nur ein Stadtverordneter, der als Baumunternehmer mit der Stadt böse Erfahrungen gemacht haben muß („man“ spricht davon, daß es umgekehrt sein soll), machte sich die Argumente unseres Redners zu eigen und erklärte den Antrag für gerechtfertigt. Einem der „Intellektuellen“ entschlüpfte die etwas umschriebene Frage: „Wie das die Sozialdemokraten in Zukunft halten wollten und — in logischer Konsequenz dieses Antrages dürften auch Beamte einer Krankenkasse nicht Stadtverordnete sein, denn der Magistrat sei ja — „Auffichtsbehörde!“ Es wurde unseren Genossen zur Gewißheit, daß selbst ein Arzt sich den Wirkungen einer Temperatur von 30 Grad Celsius im Schatten nicht immer entziehen kann. Trotz der eindringlichen Schlussworte unserer Genossen blieb es bei der Abstimmung wieder unseren Genossen vorbehalten, zugleich einer bürgerlichen Stimme für das Ansehen des Stadtverordnetenmandates einzutreten zu sein.

### Trebbin (Kreis Teltow).

Für gültig erklärt hat der Bezirksausschuß die am 22. November vorigen Jahres erfolgte Wahl unserer Genossen Schönsee, Roggenrot und Diebich. Als am 30. Dezember vorigen Jahres die Stadtverordnetenversammlung die Wahl für ungültig erklärte, leisteten sich die Bürgerlichen den gestrichelten Weg: „Das Diebische Morgenrot am Schönsee sei untergegangen“. Daß von einem Untergehen des Morgenrots nicht die Rede sein konnte, hätten unsere Genossen bewiesen, selbst wenn der Bezirksausschuß der Auflassung der bürgerlichen Stadtverordneten beigetreten wäre. Den Beweis hierfür werden sie erbringen, wenn die Ertragswahl für unsere verjagten Genossen Trebus vorgenommen wird.

### Wittenau-Vorsigwalde.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung wurde über die Verhandlungen mit der Großen Berliner Straßenbahn berichtet. Die Gemeinde Reinickendorf sollte einen Zuschuß von 250 000 Mark für die Verbindung von Ost- und West-Reinickendorf zahlen; da in der Stadtratsitzung die Fabel von Loewe in Frage kommt, so hat man sich nach weiteren Verhandlungen auf 150 000 Mark geeinigt. Von dieser Summe hat die Gemeinde Wittenau ein Drittel zu tragen, die Verzinzung übernehmen die Firmen L. Wöde, Terrain-A.-G. Wittenau, Terrain-A.-G. Vorsigwalde usw.

Eine Konzessionierung dieser neuen Linie auf 90 Jahre ist abgeschlossen worden, weitere Unterhandlungen, die Konzession bis 1900 zu bewilligen, schweben noch. Die Kanalierung der Bittestraße zum Preise von 8702 Mark wurde der Firma Goodson übertragen; das Material liefert die Gemeinde. Für die Einfriedung des Elektrizitätswerks werden 5000 Mark bewilligt. Die Kanalierung der Bittestraße zum Preise von 42 501,60 Mark wird dem Steinlegemeister Schier übertragen. Die Liebersteinschen durch die Verbreiterung der Nordbahn-Liebersteinschen entliehenen Kosten, der Drantenburger Straße von 19 auf 22 Meter, der Hermsdorfer Straße von 12 auf 18 Meter in Höhe von 25 000 bezw. 23 000 Mark, wurde dahin geregelt, daß die Breite der ersten Straße auf 19 Meter belassen, wegen der Hermsdorfer Straße nochmals mit der Eisenbahndirektion zu verhandeln ist.

Die Aufnahme eines Zuschußlehens in Höhe von 585 000 Mark wurde einstimmig beschlossen, daraufhin wurde die Grund- und Gebäudesteuer auf 298 Proz. der staatlichen Sätze, die Gewerbesteuer auf 288 Proz. festgelegt.

Die Kosten eines Anschlußgleises in Höhe von 84 707 Mark für das Elektrizitätswerk sowie des neuen Gaswerks wurden einstimmig bewilligt. Für die Sprengung sämtlicher Straßen soll diesen Sommer gefordert werden. Ferner soll dafür Sorge getragen werden, daß bei den Firmen, welche die Gemeindeforderungen ausführen, die hiesigen Steuerzahler bei der Anstellung zuerst berücksichtigt werden.

## Gerichts-Zeitung.

### Schulzustände Oberschlesien

waren im „Vorwärts“ (1906, Nr. 153 vom 7. Juli) erörtert worden in einer Zuschrift, die uns aus den Kreisen dortiger Lehrer zugegangen war. Gerügt wurde, daß im Kampf gegen die Polen die Schule gegen die Eltern mobil gemacht werde. Im Bezirk Opatowitz habe die Regierung die Lehrer durch ein vertrauliches Zirkular angewiesen, den Schülern zu verbieten, an Festlichkeiten der Polen sich durch Deklamationen polnischer Gedichte oder in ähnlicher Weise zu beteiligen. Den Lehrern werde sogar gemutet, im Wiederholungsfall die Kinder wegen Ungehorsam zu bestrafen. Das müsse, so hieß es in der von uns veröffentlichten Zuschrift, Erbitterung in den Herzen der Eltern und der Kinder hervorrufen. Hoffentlich würden aber unter den Lehrern nur wenige oder keine sich finden, die das Stodmeisteramt übernehmen. Im übrigen widerspreche die Verordnung auch den gesetzlichen Rechten der Eltern. Befragt wurde sobann, daß den Lehrern selber, die dort für das Deutschstum wirken sollen, durch kleinlichste Maßnahmen alle Begeisterung geraubt werde. Von manchen Kreis-Schulinspektoren würden die ihnen unterstellten Lehrer wie dumme Junglinge behandelt, und besonders zeichne sich da der Kreis-Schulinspektor Sch. aus Königschütte aus. Auch laufe die ganze Arbeit der Schule hinaus auf äußeren Drill. Wer den nicht mitmache, der bestehe bei den Revisionen nicht und werde bann geschurigt. Die Revisoren selber hätten in der Volksschule nie oder nur selten unterrichtet, ihren Anordnungen dürfe aber auch von erfahrenen Lehrern, die 20—40 Jahre im Schulleben stehen, nicht widersprochen werden. Wenn ein alter Lehrer das wage, so werde ihm sogleich geraten, sich pensionieren zu lassen.

Erwähnt wurde in jener Zuschrift ein Kreis-Schulinspektor Sch., hinterher meldeten sich aber zwei und meinten, daß sie beide durch die von uns veröffentlichte Kritik beleidigt worden seien. Beide tragen allerdings Namen, die mit Sch. beginnen, der eine heißt Schwarz, der andere Dr. Schmorzina. Wegen „öffentlicher Beleidigung“ der beiden Sch. hatte am Dienstag unser Genosse Redakteur Hans Weber sich vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I Berlin zu verantworten. Er erklärte, gemeint habe er nur Herrn Kreis-Schulinspektor Schwarz. Daß nicht ein Dr. Sch. oder gar beide Sch. gemeint sein konnten, gebe ja schon aus dem Wortlaut hervor. Die Angaben, die jene Zuschrift über das Wirken Schwarz gemacht habe, seien wahr. Durch ihre Veröffentlichung sei der Herr Schulinspektor nicht beleidigt worden. Das Verfahren gegen Weber schwebt schon seit längerer Zeit; ein Entschuldigungs-Antrag am Dienstag noch nicht zustande, weil Webers Verteidiger, Rechtsanwält Dr. Rosenfeld, zur Führung des Wahrheitsbeweises noch die Vernehmung einiger Lehrer beantragte. Von ihnen solle befunden werden, daß Schulinspektor Schwarz kleinlichste Maßnahmen getroffen habe, auf äußeren Drill der Kinder hingewirkt habe, die nicht gefügigen Lehrer durch kränkende Bemerkungen herabgesetzt habe, bei geringen Vergehren Geldstrafen über sie verhängt habe, und so weiter. Der Gerichtswart, Landgerichtsdirektor Lehmann, fragte, ob denn die nun fast schon zwei Jahre alte Angelegenheit noch weiter „verschleppt“ werden solle. Gegen diesen Vorwurf wandte sich in scharfen Worten Rechtsanwält Rosenfeld. Frühere Beweisanträge seien ihm abgelehnt worden, aber bei dem lebhaften Interesse, das die Lehrerschaft Oberschlesiens im Hinblick auf das Wirken des Kreis-Schulinspektors Schwarz dem Vorgehen des „Vorwärts“ und diesem Prozeß entgegenbringe, gebe immer wieder neues Material ein. Jedenfalls müsse doch die Wahrheit ermittelt werden. Das sei aber nur möglich durch sorgfältige Prüfung aller neuen Verbindungen. Das Gericht kam entgegen dem Wunsch des Staatsanwalts zu dem Beschluß, eine Vernehmung der als Zeugen vorgeschlagenen Lehrer und auch des Schulinspektors Schwarz sei erforderlich, demnach müsse die Sache vertagt werden. Landgerichtsdirektor Lehmann schloß die Sitzung mit dem Ausdruck des Unwillens und Verdrußes darüber, daß immer wieder Lehrer sich an den „Vorwärts“ wenden und ihm ihre Beschwerden vortragen. Ja, diese Lehrer!

### Eigenartige Irrfahrten und Abenteuer eines Defraudanten

kamen in einer Verhandlung zur Sprache, welche gestern die vierte Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Aus der Untersuchungsakte wurde der frühere Defraudant Benedikt B. vorgeführt, welcher sich wegen schwerer Urkundenfälschung und Unterschlagung verantworten mußte. Der Angeklagte ist der Sohn eines in Süddeutschland ansässigen Gelehrten. Nachdem er als Einjährig-Gebildeter hatte, kam er nach Berlin und erlangte hier eine Stellung in der Verwaltung eines großen kaufmännischen Geschäftes. Hier führte sich der Angeklagte zur völligen Zufriedenheit seiner Vorgesetzten, die ihm das größte Vertrauen schenkten. Am 6. Februar kam B. des Morgens nicht mehr in das Bureau. Erst als man festgestellt hatte, daß er auch aus seiner Wohnung verschwunden, nahm man eine Revision der dem Angeklagten anvertrauten Kasse vor. Es ergab sich, daß B. am Tage vorher auf einem Eintragungsformular die Unterschreibung seines Chefs gefälscht und an der Hauptkasse des Warenhauses den Betrag von 8000 Mark erhoben hatte. Auf die Anzeige der Geschäftigen hin wurde gegen den flüchtigen Defraudanten ein Steckbrief erlassen. Alle Recherchen nach dem Verschwinden blieben erfolglos. — Etwa eine Woche später ereignete sich, weit von Berlin entfernt, tief in den Bergen des Böhmerwaldes ein eigenartiger Vorfall. Eine Schaar mutiger und unternehmender Touristen hatte trotz der bitteren Winterkälte einen Ausflug auf den Arberberg unternommen. Unter vielen Mühen und Gefahren gelangten die Touristen in einer Schutzhütte an, die etwa 1000 Meter über dem Meeresspiegel liegt. Als sie den Raum betraten, fanden sie zu ihrer grenzenlosen Ueberraschung in der Schutzhütte einen fast zum Skelet abgemagerten Menschen vor, der halb bewußtlos aufrecht in einer Ecke stand. Der Aufgefundene gab mit mühsam fallender Stimme an, daß er der Wandbeamte Benedikt B. aus Berlin sei und schon seit sieben Tagen in der Hütte eingeschlossen sei, in die er in der Nacht hineingestiegen sei. Durch einen freiwilligen Hungertod aus Leben zu bringen. Dem unter so eigenartigen Umständen aufgefundenen Defraudanten wurde etwas Rotwein eingefloßt und er konnte zum Erlaumen aller den Abstieg allein unternehmen. Es wurde festgestellt, daß der Angeklagte tatsächlich sieben Tage ohne die geringste Nahrung oder Getränk in der Schutzhütte zugebracht hatte.



Ueber den Hergang dieses Vorfalles machte der Angeklagte vor Gericht folgende Angaben: Er sei schon während seiner Stellung in Berlin öfter schwermütig gewesen und habe sich mit Selbstmordgedanken getragen. In der Kälte habe er sich einmal seine Heimat angesehen und dann in den einsamen Bergen den Tod zu suchen, habe er sich zu der Unterbringung verurteilt lassen. Er habe dann das Leben noch einmal ordentlich kennen lernen wollen und habe zu diesem Zweck eine Wädchenteine aufgesucht. Hier wären ihm von dem unterliegenden Gelehrten 1700 M. gestohlen worden. Er sei dann über Frankfurt, Köln, Hamburg, München, Nürnberg, Bamberg und Passau nach dem Böhmerwald gelangt, wo er sterben wollte. Hier sei er von einer Feldwand abgestürzt und durch ein Dachfenster in die Schutzhütte hineingefallen, wo er sieben Tage ohne Nahrung ungebraucht habe. Diese Angaben hatte der Angeklagte schon in einem früheren Prozess gemacht. Das Gericht hielt diese Angaben für fälschlich, weil die Angeklagte in der Zwischenzeit in der Schutzhütte eingesperrt war und die Angeklagte in der Zwischenzeit in der Schutzhütte eingesperrt war.

### Das handgefärbte polnische Zeichen.

Der Buchhändler Kowalski in Ostrowo sollte sich der Aufrechterhaltung zum Klassenrat und der Uebertragung einer Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten in Posen vom 17. April 1891 schuldig gemacht haben. Diese Polizeiverordnung stellt u. a. unter Strafe das Ausstellen polnischer Zeichen, die geeignet sind, aufreizend zu wirken. Im Schaufenster des Buchhändlers war ein Buch ausgestellt, das betitelt ist: „Aus den Jahren der Hoffnung und des Kampfes 1861 bis 1864“. Die Titelvignette des Buches enthält ein mit einer Krone geschmücktes Wappenschild. Im oberen Feld ist der polnische Adler und ein einander Reiter zu sehen, die Wappenschilder Polens und Italiens, während die Mitte die Mutter Gottes von Genua zeigt. Die Unterschrift lautet: „Gott erlöse Polen“. Das Ganze ist eine Nachahmung des Nationalwappens aus der Zeit der letzten polnischen Erhebung gegen Rußland. Die Strafkammer nahm zwar an, daß das Buch und die Titelvignette in der Provinz Polen aufreizend wirken können, sprach aber den Angeklagten mit folgender Begründung frei. Wegen Aufreizung zum Klassenrat könne die Strafkammer nicht verurteilen, weil der Dolus fehle. Er habe die Auslegung des Buches nicht angeordnet und auch nicht selber ausgeführt. Die Verordnung des Regierungspräsidenten sei ebenfalls nicht anwendbar. Der Titel ausdruck eines Buches könne nicht als ein „Zeichen“ im Sinne der Verordnung angesehen werden. Unter einem solchen Zeichen sei ein selbständiger körperlicher Gegenstand zu verstehen. — Das Kammergericht gab am Montag der von der Staatsanwaltschaft eingelegten Revision statt, hob die Verurteilung auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an die Strafkammer zurück. Es wurde begründend ausgeführt: Es sei unrichtig, daß unter einem Zeichen nur ein körperlicher Gegenstand zu verstehen sei. Es genüge eine figurliche Darstellung, der bildliche Ausdruck für einen Gedanken. Die Titelvignette sei sehr wohl ein Zeichen. Sogar ein Bild, das projiziert wird durch eine elektrische Lampe, könne ein Zeichen sein, und zwar unter Umständen ein sehr aufreizendes. Die Vorinstanz müsse sich darum nochmals mit der Sache befassen. Sie werden dabei zu berücksichtigen haben, daß nicht der Gewerbetreibende des Buchhändlers der Aussteller sei, sondern der Buchhändler selber, wenn er davon gewußt habe. Wenn eine Verurteilung erfolgen sollte, wird endlich Preußen gerechtfertigt sein. Es lebe die Justiz als Retterin.

### Eindringliche Botschaft aus fernem Beweggrund.

Ein eigenartiger Prozeß gelangte am Dienstag vor der Strafkammer des Dessauer Landgerichts zur Verhandlung. Seit einer Reihe von Jahren wurden in Dessau viele Familien besserer Stände dadurch beunruhigt, daß bei ihnen zur Nachtzeit Eindringliche verhaftet und ihnen weibliche Kleidungsstücke, Frauenwäsche, Taschentücher und Unterwäsche in großen Mengen entwendet wurden. Der Herrmann wurde während der Verhandlung im Werte von über 3000 Mark gestohlen. Selbst bei dem Chef der Dessauer Polizei fand ein solcher Diebstahl statt. Einem Nachtwächter gelang es schließlich, den Dieb während eines nächtlichen Eindringens in der Person des Eisenbahnbeamten Friedrich Großkopf zu ertappen. Großkopf gab in der Verhandlung, für die leider die Defensivität völlig ausgefallen war, dem Vernehmen nach die ihm zur Last gelegten Diebstähle in vollem Umfange zu. Sein einziger Beweggrund war, getragene Damenkleider und Wäsche sich anzueignen. Das Unterfutter habe er stets herausgerissen und sich die Kleider und Wäsche auf den bloßen Körper gezogen. Er habe dadurch ein womögliches Gefährdungsgefühl empfunden, ja er sei in höchster Erregung verhaftet worden. Schon als Schulknabe habe er unter einem solchen widerrechtlichen Drange gelitten. Er habe sich als ganz junger Schulknabe oftmals des Sonntags auf Tanzböden eingeflüchtet und den Wäldern die Taschentücher zu entwenden gesucht. Mit Vorliebe habe er Taschentücher entwendet, mit denen sich die Tänzerinnen kurz vorher den Schweiß abgetrocknet hatten. Damit er nicht des Diebstahls bezichtigt werde, habe er sein Taschentuch der von ihm bestohlenen Tänzerin zugesteckt, oder auf die Stelle gelegt, von der er das Taschentuch der Tänzerin entwendet hatte. Er gebe zu, auch einige Male Geld, Zigaretten und Schlüssel gestohlen zu haben. Er habe aber dabei nur die günstige Gelegenheit benutzt, in der Hauptsache sei es ihm um getragene Damenkleider und Wäsche zu tun gewesen; er habe niemals etwas davon verkauft. — Infolge dieses Beständnisses konnte auf den größten Teil der Zeugen verzichtet werden. — Die vernommenen Kriminalbeamten bestätigten, daß ein ganzes Warenlager getragener weiblicher Kleidungsstücke und Wäsche bei dem Angeklagten gefunden worden sei. Die angeführten Ermittlungen haben nicht ergeben, daß der Angeklagte jemals etwas veräußert habe. Die medizinischen Sachverständigen — Angeklagter war einer Irrenanstalt zur Beobachtung überwiesen — sprachen sich durchweg für Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten aus. Der Staatsanwalt beantragte sieben Jahre Zuchthaus. Das Gericht erkannte auf fünf Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust. Uns dünkt, die Ueberführung des Angeklagten in ein Irrenhaus hätte der Sache mehr entsprochen. Vor einigen Jahren wurde ein Gerichtssekretär in Pöderswerda, der ähnliche unsinnige Diebstähle vollführt hatte, für nicht zurechnungsfähig erklärt.

### Geschäftskundige Kerze.

Vor der Strafkammer IV des Landgerichts Hamburg hatten sich am Montag und Dienstag die praktischen Kerze Dr. Ernst Straßl, Dr. Meyer, Mag. Walther und Dr. Karl F. S. wegen fahrlässiger Körperverletzung unter Außerachtlassung einer Berufspflicht zu verantworten. Dr. Straßl betreibt seit sieben Jahren in Hamburg einen ärztlichen Großbetrieb roter Großhandelsbetrieb mit Wunden und anderen Verbandsmitteln, die er in einer eigenen Fabrik herstellt; er bezeichnet sich aber als Spezialarzt für Verwundungen und Beinleiden und macht viel Klamme in außerhalb Hamburg erscheinenden Blättern. Die Verhandlung erfolgte nach einer neuen, angeblich von ihm selbst erfindenen Methode, die im wesentlichen in dem Gebrauch antiseptischer, apertierter, porzellanischer Wunden nebst Mandelpulver und innerlicher Anwendung von Ozon in Gestalt eines Magnesiumhydroxydhydrates besteht. Außer seiner Hamburger Fabrik unterhält Dr. Straßl in Jena und Kassel. Zur Erledigung der großen Korrespondenz mit den Patienten sind ein Buchhalter und vier Schreibmaschinistinnen tätig. Die beiden Witangeklagten waren seine

Assistenten. Wie auch von ärztlichen Sachverständigen, darunter Sanitätsrat Dr. Weise-Barmen, zugegeben wird, hat Dr. St. große Heilerfolge erzielt. Sein Vorgehen wird darin erblickt, daß er eine Frau in Barmen brieflich behandelt und als sie bei ihm persönlich vorstellte, nicht eingehend untersucht hat. Das Leiden der Frau verschlimmerte sich, so daß sie sich wiederholt Operationen unterziehen mußte, aber sie ist noch nicht wiederhergestellt. Nach Ansicht eines Sachverständigen hätte das Leiden der nun an Krücken gehenden Frau gehellt werden können, wenn rechtzeitig zur Operation geschritten worden wäre. Dr. St. bestritt dies entschieden und behauptet, die Frau wäre seiner Anordnungen nicht nachgekommen. Der Oberarzt Dr. Lauenstein vom Hofkrankenhaus in Hamburg, ein bedeutender Chirurg, fällt ein recht abprechendes Urteil über den „Großhandelsbetrieb mit Verbandstoffen“ und erklärt, daß bei einem so schablonenhaften Verfahren von einer sorgfältigen ärztlichen Behandlung nicht die Rede sein könne. Mehrere beamtete Physiker schloßen sich diesem Gutachten an. Der Angeklagte Dr. Straßl führt für die Zweckmäßigkeit seines Verfahrens und für die damit erzielten Erfolge eine Reihe von Beispielen ins Feld, die sich sämtlich lobend über dasselbe ausdrücken. Die Verhandlung endete mit der Beurteilung des Dr. Straßl zu vier, des Dr. Walther zu zwei Monaten Gefängnis, während der dritte Angeklagte freigesprochen wird. In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, daß Dr. Straßl wie sein Assistent Dr. Walther fahrlässig gehandelt hätten, als sie die Frau aus Barmen bei ihrem persönlichen Erscheinen nicht eingehend untersuchten, wodurch ihr Leiden verschlimmert worden sei.

### Is der Pflegevater für Schulverhältnisse verantwortlich?

Diese Frage hat das Kammergericht am 25. v. Mts. verneint. Der Agent Ober in Mittelwalde hatte ein Kind aus Spandau in Pflege genommen. Weil er das Mädchen nicht an dem Handarbeitsunterricht der evangelischen Volksschule in Mittelwalde teilnehmen ließ, wurde er auf Grund der Schulverordnung der Regierung zu Breslau vom 18. Dezember 1890 zu einer Geldstrafe verurteilt. Er wurde als Vertreter der Eltern im Sinne der Verordnung angesehen, weil er durch vertragliche Abmachungen mit dem Vormund des Kindes die Erziehungspflicht übernommen habe.

Das Kammergericht hob das Urteil auf und sprach den Angeklagten mit folgender Begründung frei: In Bezug auf die Schulpflicht, Schulverhältnis usw. sei in den allen Provinzen das Allgemeine Landrecht an sich die Rechtsquelle. Durch Kabinettsorder von 1825 seien den Eltern deren gesetzliche Vertreter gleichgestellt. Die Kabinettsorder beschäftige sich allerdings nur mit den Provinzen, wo das Allgemeine Landrecht nicht gelte. Sie wolle aber einheitliches Recht schaffen. Was sie von den Prinzipien des Allgemeinen Landrechts sage, seine eine authentische Auslegung des damals souveränen einzigen Gesetzgebers. Wenn die Kabinettsorder die Eltern und deren Vertreter nenne, so sei damit gesagt, daß das Allgemeine Landrecht meine, nicht bloß die Eltern, sondern auch deren gesetzliche Vertreter seien verantwortlich. Das seien zunächst solche, die an Stelle der Eltern träten, wenn die Eltern an der Aufsichtspflicht behindert seien oder darauf verzichtet hätten (Adoptivfälle). Es könne hier dahingestellt bleiben, ob der Vormund der gesetzliche Vertreter der Eltern sei. Jedenfalls sei der Angeklagte, der mit dem Vormund einen Vertrag geschlossen haben möge, kein geschäftlicher Vertreter der Eltern, obwohl er die Erziehungspflicht des Kindes übernommen habe. Er möge das Kind vertreten, die Eltern vertritt er nicht. Darum sei Angeklagter freizusprechen.

### Friedenan.

Die Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Freisinnigen findet am Freitag, 1/2 Uhr nachmittags, statt. Hierzu Handzettelverbreitung am Donnerstag, abends 7 Uhr, vom „Reichsloß“ aus. Beteiligung sämtlicher Genossen dringend erforderlich. Das Wahlmittee.

### Vermischtes.

Das Unwetter. Einem Telegramm aus Erfurt zufolge laufen aus allen Teilen Thüringens Meldungen über schwere, durch Gewitter verursachte Schäden ein. In Teulleben bei Gotha wurden drei Scheunen und mehrere Stallungen, in Sonneborn ein Bauerngehöft durch Blitzschlag eingestürzt. In Gardsleben rissen die Fluten der Weichsel mehrere Scheunen und das Spritzenhaus ein und schwemmten sie zum größten Teil mit der Spritze fort. Viel Vieh ist hier umgekommen; auch eine Frau ist ertrunken. Ein Blitz traf die elektrische Anlage des herzoglich weininger Schieferbruchs auf dem Feldberg, so daß der elektrische Betrieb vorläufig eingestellt werden muß. Auf der Straße zwischen Schleiz und Neustadt wurde ein Maurer vom Blitz erschlagen. In Lichtfeld wurden sämtliche Wirtschaftsgebäude eines Gutsbesizers eingestürzt. Eine weitere Meldung aus Dresden besagt: Schwere Unwetter entluden sich gestern nachmittags und abends in der Niederelb bei Dresden und noch weiter hinunter bis Meissen und Riesa. Bereits nachmittags in der fünften Stunde ging bei Köditz ein Wolkenbruch nieder, in der neunten Stunde wiederholte sich das Unwetter in noch stärkerer Weise. Ganze Detschasten wurden überschwemmt. In Norditz bei Meissen steht das Grundstück „Paradiesgarten“ vollständig unter Wasser; eine Frau Häfner wird vermisst; sie soll von einer einsitzenden Mauer erschlagen worden sein. Am Eingange des Eisenbahntunnels hinter Priesewitz stürzten derartige Wassermassen von den Bergabhängen herab, daß der Bahnbetrieb von abends 9 Uhr bis heute stillgestellt werden mußte, da das Wasser zu den Compostierern hineinfließ. Von den Löhninger Weinbergen, auf denen soeben die Erdbeerernte begonnen hat, ist fast alles Erdreich weggeschwemmt worden. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Eine Mordtat, die am 16. April in Dettelbach bei Würzburg verübt wurde, hat jetzt ihre Klärung gefunden. In diesem Tage wurde die 27jährige ledige Müllerstochter Anna Pfau in einem Hohlweg zwischen Dettelbach und Schernau, mit einem Ankehl im Mund ermordet aufgefunden. Bei der Leiche fand sich ein Brief, der als Unterschrift den Namen des Liebhabers der Pfau trug. Sie war darin zu einem Selbstmord in den Hohlweg gebeten worden. Es stellte sich aber bald heraus, daß der Brief gefälscht war. In den Verhandlungen, die Pfau ermordet zu haben, kam der Landwirt Kaspar Hellmann aus Schnepfendach, Vater von sechs Kindern. Er ist am Abend des 15. April mit der Pfau gesehen worden. Er wurde wiederholt vernommen, blieb aber auf freiem Fuß. Am Sonnabend gestand Hellmann die Tat ein. Er wurde an die Nordstiege gebracht und zeigte den Weg, den er mit der Pfau gegangen sei; er habe die Pfau mit einer Weinbergsgabel umgebracht und ihr das Taschentuch als Ankehl in den Mund gesteckt. Der Mörder wurde nach Würzburg ins Gefängnis gebracht. Hellmann hatte sich in jüngster Zeit sehr auffallen betragen und unter anderem auch wieder ein junges Mädchen überfallen.

Antiker Marktbericht des süddeutschen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Reichs-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise unverändert. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. Fische: Zufuhr in Klein knapp, sonst genügend, Geschäft etwas lebhafter, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Getreide: Zufuhr mäßig, Geschäft still, Preise fast unverändert.

### Eingegangene Druckschriften.

Die Reclam'sche Universal-Bibliothek hat vor kurzem die 5000. Nummer erreicht. Die Jubiläumsserie enthält im einzelnen: Nr. 4991. Richard Vogl, Karlsruher. — Das Wunderbare. Zwei römische Novellen. — Nr. 4992. 4993. Bücher der Naturwissenschaft. Herausgegeben von Prof. Dr. C. Wüster. 1. Band: Wilhelm Ostwald, Grundriss der Naturphilosophie. — Nr. 4994. Adolf Wilbrandt, König Teja, Trauerspiel. — Nr. 4995. 4996. Paul Bourget, Der Luxus der Völkern. Roman. — Nr. 4997. Heinrich Panofka, Der Theodor. Ein Lebensbild aus dem Ebnarzwald. — Nr. 4998. 4999. Leopold von Ranke. Die Erhebung Preußens im Jahre 1813 und die Rekonstruktion des Staates. — Nr. 5000. Otto Ernst, Vom Strande des Lebens. Romane und Essays. Jede Nummer 20 Pf., geb. 60 Pf. Verlag: H. Reclam in Leipzig.

Strandes Spezial-Karte der Umgegend von Potsdam. 1 M. Selbstverlag, Berlin SW. 13.

Jahresbericht 1907 des Arbeiter-Bildungsvereins „Eintracht“ Jährlich. 22 Seiten. „Vollbrecht“, Jährlich.

Die Frau und ihre Zeit. Heft 5. Von H. Dreher. 10 Pf. Verlag: Duncker, Berlin SW. 68.

Schule und Technik. Nr. 1. Herausg.: Rektor S. Lemke. Erscheint monatlich. Pro Jahr 6 M. Verlag für Fachliteratur, Berlin W. 15.

Die 111 besten Witze aus dem „Simplicissimus“. Von U. Thoma und R. Heber. Geb. 2 M. Verlag: K. Rangem, München.

Reclam's Universalium. Heft 34. 90 Pf. Verlag: H. Reclam in Leipzig.

Dr. Fuchs, Wasserkräfte und Volkswirtschaft. Verlag: „Reform“, Berlin NW. 23. Preis 0,50 M.

Kiehlings Taschenatlas der Umgegend Berlins, mit 100 Ansichten. 2 M. Verlag: K. Kiehling, Berlin SW.

Frau Potiphar, von Kallistophanes von Theben. Verlag: A. Scheithauer in Leipzig.

Die gesetzliche Regelung des Tarifvertrages, von Ed. Rosenthal. 1,60 M. Verlag: J. G. Mohr in Tübingen.

Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Heft 5. Herausg.: Dr. J. Wolf. Monatlich ein Heft. 2 M. Verlag: A. Deichert Nachf. in Leipzig.

Neue Weltanschauung. Heft 3/4. Monatschrift von Dr. W. Breitenbach. Jährl. 4 M. Verlag: F. Lehmann in Stuttgart.

Uns Natur und Geisteswelt. Bd. 41. — Die Philosophie der Gegenwart in Deutschland. Von Prof. Dr. D. Hübbe. Bd. 195. — Napoleon I. Von Dr. Theodor Vitterauf. Bd. 14. — Das deutsche Handwerk in seiner kulturgeschichtlichen Entwicklung. Von Direktor Dr. Eduard Otto. Preis jedes einzelnen Bandes 1 M., geb. 1,25 M. Verlag: B. G. Teubner in Leipzig.

Zukunft in der Heidelberger Universitäts-Irrenanstalt. Ein Nachwort. 2 M. Verlag: Jünger u. Co., Heidelberg.

Geschäftsbericht des Arbeitersekretariats Oeta und Umgegend 1907. 62 Seiten. Selbstverlag.

Reclam's Universal-Bibliothek. König Teja. Trauerspiel von A. Wilbrandt. — Der Theodor. Lebensbild von H. Panofka. — Grundriss der Naturphilosophie von W. Ostwald. 1. Bd. — Karlsruher. Das Wunderbare. Romane von R. Vogl. — Der Luxus der Völkern. Roman von P. Bourget. — Vom Strande des Lebens. Romane von O. Ernst. — Die Erhebung Preußens 1813. Von L. v. Ranke. Verlag: H. Reclam in Leipzig.

Die Gehirnhigiene der Schüler. Von A. Jovel. 85 Pf. Rangsch Verlagbuchhandlung, Wien I, Kohlmarkt 20.

Tätigkeit und Rechenschaftsbericht des Zentralvereins der Formsticker 1908. 35 Seiten. Selbstverlag.

Leistung Nathan der Weise. Von D. J. Strauß. 50 Pf. Neuer Frankfurter Verlag, Frankfurt a. M.

Der Gemeinde-Sozialismus der Stadt Jährlich. Von J. Schäfer. 1 M. — Nordendzeitung und Nutzen des öffentlichen Arbeitnachweises und der Erziehung von Arbeitssündern in der Schweiz. Von C. Böhm. 50 Gts. Verlag: Buchhandlung des Schweiz. Gräblichvereins in Jährlich.

Es werde Licht! Monatsblätter zur Wahrung freirechtlicher Interessen auf allen Gebieten. Verlag: D. Th. Scholl, München. 40 Pf.

Jesus Christus und der moderne Arbeiter. Von L. Nagaz, Pfarrer. 40 Gts. — Der Kampf um eine neue Weltanschauung. Von C. W. Hammer. 30 Gts. Verlag: Buchhandlung des Schweiz. Gräblichvereins in Jährlich.

Das Augsburger Arbeitersekretariat und die Gewerkschaften 1907. 50 Pf. Selbstverlag.

Deutsches Wörterbuch von Fr. L. R. Weigand. Lieferung 3. Erscheint in 12 Lieferungen à 1,60 M. Verlag: A. Adelmann in Siegen.

Der moderne Mensch in Luther von C. Vogel. Geb. 5 M. Verlag: E. Diederich in Jena.

### Witterungsübersicht vom 3. Juni 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mitt. (mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. (oben u. unten)	Stationen	Barometer-stand mitt. (mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. (oben u. unten)
Entwende	767 RD		2heiter	17	Sachsenburg	769 RD		4heiter	7		
Hamburg	766 RD		3halb bb.	18	Beiersburg	768 RD		2heiter	10		
Berlin	765 RD		3heiter	20	Schiff	761 RD		2heiter	13		
Frankf. a. M.	765 RD		1mollent	19	Worms	764 RD		1Dunst	13		
München	764 RD		1heiter	20	Wien	763 RD		1mollent	22		
Wien	764 RD		1behaft	22							

Wetterprognose für Donnerstag, den 4. Juni 1908. Trocken und vorwiegend heiter, am Tage sehr warm bei mäßigen Winden.

### Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 2. 6.		am 1. 6.		Wasserstand	am 2. 6.		am 1. 6.	
	cm	cm	cm	cm		cm	cm	cm	cm
Memel, IAH	257	-13	Saale, Großh.	184	-15				
Regel, Ankerburg	89	-4	Davel, Spandau	121	+3				
Weichsel, Born	140	-2	Nathenow	100	-2				
Ober, Ralbitz	119	-12	Spre, Spremberg	—	—				
Krossen	144	-6	Breslau	139	0				
Frankfurt	155	-2	Weser, Minden	76	-30				
Barthe, Schum	62	-4	Rhein, Rindens	187	-33				
Vandenberg	78	-3	Rhein, Magiliansau	—	—				
Rehe, Borsdamm	44	-6	Kraub	390	-27				
Elbe, Leimberg	-6	+1	Rölln	480	-26				
Dresden	-144	-11	Redar, Heilbronn	103	-15				
Berlin	221	-11	Rhein, Bietheim	109	-6				
Magdeburg	191	-9	Roel, Zier	154	-10				

+) + bedeutet Hoch, — Fall, — \*) Unterpegel.

Landhaus in Friedrichshagen, in bester Lage, nahe d. Bahnhof u. Kurpark, 10 Zimmer, Stallung, Remise, Bor- u. Hintergarten, circa 50 Hektar, sofort bei 4-6000 M. Kauf, preiswert zu verf. Off. v. ernstlichen Käufern belieben unter W. 7463 Daube & Co., Berlin SW. 19. 27/10

Neuestes Teilzahl-Geschäft für Brennabor-Räder! Kein Vaden! Günstigste Bedingungen. Berlin SO., Louis Barth, Brückenstr. 10a, pl.

Ohne Anzahlung. Woche 50 Pf. Bilder, Spiegel, Möbel, Polsterwaren, Gardinen, Teppiche, Stoppdecken, Tischdecken, Portieren, Korngarderebe, Bezüge, Gaskronen, Uhren, liefert billig. M. S. Weber, Prenzlauerstr. 49. Besuch erst. Postkarte.

Fahrräder (postbillig) nur erstklassige Fabrikate. Eigene Reparatur-Werkstatt. Sandbecken 2,50, Entschlitzung 2,25, Gloden 0,15, Katernen 0,85. Zusätzliche Ersatzteile billig. K. Weißleder, Seydelstr. 22.

Am besten kaufen Sie Hygienische Bedarfsartikel. Jede Art der 127852. Hugo Schultz, Drogerie, Berlin N., Rüdigerstr. 166a

Hygienische Bedarfsartikel. Neuzeit. Katalog m. Empfehl. v. Prof. Dr. G. H. Ungew. Gummibroschüre 2. Berlin SW. Friedrichstraße 91/92



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

**Donnerstag, den 4. Juni.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Siegfried.  
Anfang 7 Uhr.  
Königl. Schauspielhaus. Wilhelm Tell.  
Neues königl. Opern-Theater. Eugen Onegin.  
Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Was ihr wollt.  
Kammerspiele. Gogol und sein Ring.  
Festung. Hedda Gabler.  
Berliner. Hofmanns Erdbeeren.  
Neues Schauspielhaus. Geschlossen.  
(Freie Volksbühne.)  
Kleines. 2 x 2 = 5.  
Hebbel. Cyprienne.

Komische Oper. Die blaue Maus.  
Schauspielhaus. (Schauspielhaus-Theater.)  
Der Herr Ministerialdirektor.  
Schiller-Theater. Das letzte Mittel.  
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Im weißen Röhl.  
Thalia. Der Selbstmörderklub.  
Wehen. Ein Walzenträum.  
Neues Operetten-Theater. Der Mann mit den drei Frauen.

Luisen. Im Goldland.  
Trianon. Frau Baronin.  
Bernhard-Rose. Der Gendarm.  
Metropol. Das muß man seh'n.  
Apollo. Die süßen Griesetten.  
Hesperus. Die süßen Griesetten. Spezialitäten.

Wintergarten. Spezialitäten.  
Wassage. Spezialitäten.  
Gustav-Beckmann. Spezialitäten.  
Carl Haberland. Spezialitäten.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Folies Bergère. Spezialitäten.  
Blone d'Or.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Urania. Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr: Die Krupp'schen Werke.

**Berliner Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Hofmanns Erben**

**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Unter der Guillotine.**

Darauf:  
**Liebe** von Gustav Mied.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Kleines Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**2 mal 2 = 5.**

Freitag: 2 mal 2 = 5.  
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.  
Sonntag: 2 mal 2 = 5.  
Montag: 2 mal 2 = 5.

**Theater des Westens.**  
8 Uhr: Ein Walzenträum.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr, halbe Preise:  
**Die lustige Witwe.**

**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
**Im weißen Röhl.**

Anfang 8 Uhr.  
Freitag zum erstenmal: Der unglaubliche Thomas.  
Sonnabend: Im weißen Röhl.

**Neues Operetten-Theater**  
Schiffbauerdamm 25, an der Luisenstr.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Der Mann mit den drei Frauen.

**Residenz-Theater.**  
— Direktion: Richard Alexander. —  
Abends 8 Uhr:  
**Der Floh im Ohr.**

Schwanz in drei Akten von Georges Feydeau. Deutsch von Wolf-Jacoby.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die blaue Maus.**

**Hebbel-Theater.** Königsgrüher  
Abends 8 Uhr: Cyprienne.  
Morgen: Frau Barrens Gewerbe.

**Luisen-Theater.**  
Reichenderger Straße 34.  
Abends 8 Uhr:  
**Im Goldland**

oder: Das Haus der Käsefäden und folgende Tage.  
Sonntag nachm. 3 Uhr zum 1. Male:  
Der Hüttenbesitzer. Abends: Im Goldland.

Montag nachm. 3 Uhr zum 1. Male:  
Gespens. Abends: Im Goldland.  
Dienstag nachm. 3 Uhr: Der Hüttenbesitzer. Abends: Im Goldland.

**BERNHARD ROSE THEATER**  
Or. Franzfurter Str. 132.  
Abends 8 Uhr:  
**Der Cowboy.**

Drama aus Wild-West in 4 Akten von Karl Müll. **Wochentagspreise.**

**Urania.**

Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstr. 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Die Krupp'schen Werke.**

**ZOOLOGISCHER GARTEN**

Täglich:  
**Gr. Militär-Doppel-Konzert**  
Eintritt 1 M.,  
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,  
Kinder unter 10 Jahren  
— die Hälfte. —

**Metropol-Theater**

Sum 257. Male:  
**Das muß man seh'n.**  
Neue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.  
Anfang 8 Uhr. Handen gestattet.

**WINTER GARTEN**

**Neues Programm.**

The Trapnell-Family, weibliche Akrobaten. Florence u. Lillian, musik. Produkt. Rebla, komischer Jongleur. Lily Flexmore, akrobatische Tänzerin. Mile. Juliette, dressierte Seelöwen. Tan Kwai Troupe, Chinesen. Therese Ranz, Reitanummer. Boherty Sisters, amer. Sängerinnen u. Tänzerinnen. The Bounding Gordons, amer. Akrobat. Ferry Corwey, musik. Clown. Trombettas, italienisches Gesangs- und Tanz-Duett. Der Biograph.

**Apollo Theater**

8 Uhr: Die neuen Attraktionen.  
9 1/2 Uhr: Die süßen Griesetten.  
10 Uhr: Grete Gallus, die beste Soubrette.  
10 1/2 Uhr: Berl. Bernards Compagnie: Prolongiert:  
**Ein Abend in einem amerikanischen Tengel-Tangel.**  
Ab 7 1/2 Uhr: Gartenkonzert.

**Passage-Panoptikum.**

**Kunsttaucher** x x x  
Produktionen im Riesensassin  
Neapolitanische Briganten.  
**Panophon-Vorträge:**  
Otto Reutter usw.  
Experimente der 4. Dimension.  
Ohne Extra-Entree!  
Eintritt 50 Pf., Kinder, Soldaten 25 Pf.

**Passage-Theater.**

Der größte  
**Saisonserfolg**  
Gastspiel Willi Agoston in der tollen Barleske  
**Berlin in Stimmung!**  
Das Tollste vom Tollen  
und die  
neuen Juni-Spezialitäten.

**W. Noacks Theater**

Direktion: Rob. Hill. Baumstr. 16.  
Heute: Geschlossen.  
Sonntag, 7. Juni: Eröffnung der Sommerspielzeit.  
Zum 1. Male: Das ehrliche Berlin.  
Dazu die erstklassigen Spezialitäten.  
Sonnabend: Deftentliche Generalprobe!

**Walhalla Varieté-Theater**

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.  
Spezialitätenvorst. im Garten.  
Bei schlechtem Wetter im Theater.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.  
Anf. des Gartenkonzerts 7 Uhr.  
Kleine Preise.

**Sanssouci, Kottbuser**

Direktion Wilhelm Reimer.  
Der Garten ist geöffnet.  
Begen Vorbereitungen z. Pfingstfest: Geschlossen.  
In allen drei Feiertagen:  
Gr. Extra-Fest- und Spezialitäten-Vorst.  
Kaufkarten von Hoffmanns Nordd. Sänger und Tanztruppen.  
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.

**Schiller-Theater.**

Schiller-Theater O. (Schauspielhaus).  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Der Herr Ministerialdirektor.  
Lustspiel in drei Akten von Alexander D'Alfon und Fabrice Carré.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Der Herr Ministerialdirektor.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Ohne Geläch.  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Das letzte Mittel.  
Schwanz in drei Akten von Philipp Berger.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Hans Hucklebein.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Das letzte Mittel.

**Diez' Spezialitäten-Theater.**

Landsberger Allee 76/79, direkt Ringbahn-Station.  
Ab 1. Pfingstfeiertag täglich:  
**Gr. Konzert und Spezialitäten-Vorstellung. Ball.**  
Ausgeführt von den hervorragendsten Kapazitäten.  
Anfang 3 Uhr. Entree 20 Pf. Kaffeeküche. Volksbelustigungen.  
Avis: Am 1. u. 2. Pfingstfeiertag. Anfang 5 Uhr: **Gr. Früh-Konzert u. Vorstellung.**

**Carl Kellers Neue Philharmonie**

Köpenickerstraße 96-97.  
Fernsprecher: Amt IV. No. 2317. 3264L\*  
Empfehle meine 10 Sätze, 60 bis 2000 Personen fassend, zu Versammlungen, Sommerfesten und anderen Vereinsveranstaltungen.  
Im herrlichen Naturgarten täglich: **Konzert.**  
Desgleichen empfehle mein Lokal

**„Victoria-Garten“**

in Wilmsdorf, Wilhelmsau 114-115  
(Fernsprecher: Amt Wilmsdorf No. 13)  
ca. 10 000 Personen fassend, mit großer Kaffeeküche, 5 Kegelbahnen usw., zu Sommerfesten und sonstigen Veranstaltungen.  
Täglich: **Künstler-Konzert.** — Entree frei.  
Am 1. und 2. Feiertag: **Frühkonzert.** Nachmittags: **Konzert und Ball.** — Am 3. Feiertag: **Erstes großes Kinderfest.**

**Achtung! Schönster Sommer-Ausflug**

zum **Hungrigen Wolf, Strausberg II.**  
Für Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.  
25075 Paul Carow.

**Reichel's echt Ungarischer Wacholder-Extrakt** Marke „Medico“

wird mit vielseitigem Erfolge gegen Rheumatismus, Gicht, Jochsch, Hämorrhoiden, Magenschwäche, Frauenleiden, Blasen- und Nierenleiden, Hustenleiden, Asthma etc. gebraucht, ist schmerzlösend auf Brust und Lunge, treibt Galle aus dem Körper, regt Appetit u. Verdauung an und ist ein Blutreinigungsmittel sonderergleichen. Anerkannt in seiner, für alle Teile des Organismus nachteiligen Wirkung. Tausende danken ihm ihre Gesundheit! In Flaschen a 75 Pf., 1.50 und 2.50, große Blechdose M. 6.—, einzig echt von

**Otto Reichel,** Berlin 30. 43, F.-Anschluß Eisenbahnstr. 4. IV. 4751, 4752, 4753.  
Wo in den Drogatorien und Apotheken nicht erhältlich, hier frei Haus.  
\*Man verlange ausdrücklich Marke **Medico** und nehme keine falschen Nachahmungen.

**Zu sensationell billigen Preisen**

gelangen folgende Artikel, zum Teil noch aus der Konkursmasse herrührend, zum Verkauf:

- Damen-Blusen**
- Kinder-Kleider**
- Damen-Hüte**
- Knaben-Anzüge**
- Herren-Anzüge**
- Strümpfe • Trikotagen**

**Jacques Cohn**  
Modewarenhaus  
182/183 Müllerstr. 182/183.

**Freie Volksbühne**

Sonntag, den 7. Juni, nachm. 3 Uhr:  
Berliner Theater 19./20. Abteilung. Neues Schauspielhaus 6./7. Abteilung.  
Montag, den 2. Pfingsttag, nachmittags 3 Uhr:  
1./2. Abteilung: 8./9. Abteilung:  
**Der ledige Hof. Durch's Ohr und Der Dieb.**

Zu den Pfingst-Vorstellungen am 7./8. Juni in beiden Theatern und bei den Abend-Vorstellungen vom 2.—5. Juni können, soweit Raum vorhanden, Familienangehörige der Mitglieder eingeführt werden.  
241/4\* Der Vorstand. In Vertr.: G. Winkler.

**Singer Nähmaschinen.**

Einfache Handhabung! 28102\*  
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!  
Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** Weltausstellung St. Louis 1904.  
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Kunstnäheri.  
Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb.  
**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen

**Schweizergarten**

Am Königstor. Am Friedrichshain.  
Eröffnung: **Pfingsten.**  
**Früh-Konzerte**  
und  
**Vorstellung.**  
Nachmittags von 4 Uhr ab täglich:  
**Theatervorstellung Spezialitäten.**

**Volksgarten-Theater**

— am Bahnhof Gesundbrunnen. —  
Heute: **Keine Vorstellung.**  
Ab Pfingsten täglich:  
**Konzert - Theater- und Spezialitäten-Vorstellung**  
Miesenprogramm an beiden Feiertagen.  
Frühkonzert mit Vorstellung.

**Berliner Prater-Theater**

Kastanien-Allee 7-9.  
Sonntag, den 7. Juni 1908  
(1. Pfingstfeiertag):  
**Eröffnung der Hauptsaison.**

**Neue Welt.**

Hasenheide 108-114.  
Täglich: **Großes Doppel-Konzert**  
und  
**Spezialitätenvorstellung.**  
Anf. 5 Uhr. Entree 25 Pf.  
1. und 2. Pfingstfeiertag!  
**Großes Früh-Konzert.**

**Max Kliems Sommer-Theater.**

— Hasenheide 13-15. —  
Verf. Leitung: Bernhard Lange.  
Täglich: **Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Wittwachs: Kinderfest.  
Jeden Donnerstag: **Gitetag.**  
Gastspiel bed. Kräfte erster Bühnen.

**Reichshallen-Theater.**

Stettiner Sänger.  
**Variétésterne.**  
Bursche von Reisel.  
Meysel als **Saharet**.  
Britton als **Isadora Duncan.**  
Anf. nachmittags 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

**Andreasgarten**

Andreasstr. 26.  
Restauration. Empfehle meine neu renovierten Räume zu Versammlungen u. Festlichkeiten. Fremdenlogis, Regalbahn, Garten, ff. Bier, gute Speisen u. Getränke, Mittagstisch von 60 Pf. an mit Bier. — Jeden Sonntag Tanz bei freiem Eintritt. G. label freundlich ein 32712\*  
Der Wirt F. Morkowski.

**Trinkt Si-Si**

den Labetrunk.  
Aerztlich empfohlen.  
Bestes alkoholfreies Getränk der Gegenwart.  
— Ueberall zu haben. —  
Fabrik:  
**Deutsche Si-Si-Werke**  
O. 17, Rudolfstr. 4  
(Warschauer Brücke).



VI. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Berlin, 2. Juni 1908.

Am neunten, dem letzten Verhandlungstage, wird in der Statutenberatung

fortgefahren. Die Anträge über eine neue Gaueinteilung werden dem Vorstand überwiesen, der über die Neueinteilung in Gemeinschaft mit einer Gaudirektorenkonferenz der nächsten Generalversammlung Vorschläge machen soll.

Von den anderen Beschlüssen, die das Statut betreffen, sind als die wichtigsten zu erwähnen: Kollegen, die sich vom Beruf abheben und sich selbständig machen, müssen wieder sechs Beiträge in Kondition leisten, ehe sie wieder berechtigt sind, Arbeitslosenunterstützung zu beziehen; Mitglieder, die länger als ein Jahr, jedoch nicht länger als fünf Jahre beschäftigt waren und die obigen Verpflichtungen erfüllt haben, nach Leistung von 26 Wochenbeiträgen.

Auch bei der Erstattung von Umzugskosten ist vorherige Erlaubnis einzuholen. Die Höhe dafür werden folgendermaßen festgesetzt: Auf die Entfernung von mindestens 15 Kilometern werden gewährt bei 13 bis 200 Beiträgen 15 M., bei 201 bis 300 Beiträgen 20 M., bei über 300 Beiträgen 25 M.

Die von mehreren Seiten vorgeschlagene

obligatorische Einführung des „Korrespondent“

wird abgelehnt, weil sie 50 000 bis 60 000 M. Mehrkosten verursachen würde. Infolge der vermehrten Auflage ist eine Erhöhung der Inseratengebühren notwendig. Ihre Festsetzung wird dem Vorstand und der Redaktion überlassen.

Die Wahl des Vorstandes ergibt die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. Für den neugeschaffenen Posten eines zweiten Vorsitzenden wird der bisherige Gaudirektor Graßmann-Essen gewählt. Bei der Wahl des Redakteurs erhält Rezhäuser 105 von 133 Stimmen.

Zum Tagungsort der nächsten Generalversammlung wird Hannover gewählt.

Bei der Beratung der sonstigen Anträge wird bei der Erörterung eines besonderen Falles erklärt, daß bei Gewerbegerichts- und ähnlichen Wahlen den Mitgliedern nicht vorgeschrieben werden kann, wenn sie ihre Stimme abzugeben haben, da man nicht das Wahlergebnis verfehlen könne; kein Kollege darf aber als Kandidat für die christlichen Gewerkschaften tätig sein, die Liste der freien Gewerkschaften ist in jedem Falle zu unterstützen.

Die Beratungen haben ihr Ende erreicht. Döblin weist in seinem Schlussausführungen darauf hin, daß die Delegierten sich mit dem Gefühl zufriedengefunden hätten, es würde aus dieser Generalversammlung zu außerordentlich heftigen Meinungsverschiedenheiten kommen. Es sei aber hoch erfreulich, daß trotz der persönlichen Gegensätze sachlich immer die Einheit hochgehalten wurde.

Die Beschlüsse der Generalversammlung anerkennen, es darf keine Entfremdung der übrigen Kollegenschaft gegenüber eintreten. Bei der Debatte über den „Korrespondent“ wurden vor allem einige Artikel kritisiert, die Debatte wird dazu beitragen, daß die Differenzen verschwinden. Es wurde zum Ausdruck gebracht, in welchem Geist das Verbandsorgan redigiert werden soll.

Vierter Verbandstag der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Die zum 2. Punkt:

Tarifverträge und Lohnbewegungen

von der Referentin Frau Thiede gestellte Resolution, die wir schon gestern mitteilten, wurde mit einigen redaktionellen Änderungen angenommen. Es folgt nunmehr die Beratung der zum nächsten Punkte:

Statutenänderung

gestellten Anträge. In seinen einleitenden Ausführungen meinte Lodahl (Zentralvorstand), daß die auf Erweiterung der Unterstützung gestellten Anträge vorichtig geprüft werden müssen, da die Unterstützungseinrichtungen eigentlich nur Mittel zum Zweck sind, d. h. um die Mitglieder an die Organisation zu fesseln, damit die Gewerkschaftsbewegung ihre Aufgabe erfüllen könne.

Es stehen eine Unmenge Anträge zur Debatte. Der Vorstand beantragt die Einführung einer fünfklassigen Beitragsleistung. Eine Reihe von Mitgliedschaften beantragen die Einführung von Wöchnerinnen-, Invaliden-, Sterbe- und Umzugsunterstützung. Ueber sämtliche Anträge wird in eine Generaldebatte eingetreten. Nach Beendigung derselben wurde der Antrag des Zentralvorstandes auf Schaffung einer 5. Beitragsklasse mit

88 gegen 86 Stimmen angenommen. Die Staffelung der Unterstützungssätze bei längerer Mitgliedschaft wurde einstimmig angenommen. Die Einführung der Reiseunterstützung wurde mit 33 gegen 32 Stimmen abgelehnt, die Einführung einer Wöchnerinnenunterstützung im Prinzip angenommen. Die Anträge auf Einführung der Invaliden-, Umzugsunterstützung und Sterbegeld wurden abgelehnt.

Zu Beginn der Nachmittags-sitzung referierte Fräulein Hanna-Berlin über den 4. Punkt der Tagesordnung:

Agitation.

Die Entwicklung der Organisation seit dem letzten Verbandstage, führte die Referentin aus, lasse deutlich erkennen, daß unsere Organisation einen großen Schritt nach vorwärts gemacht hat. Die Mitgliederzahl hat sich innerhalb dieser drei Jahre 1 1/2-fach vermehrt. Auf dieses Resultat könne man stolz sein. In dieser Entwicklung haben nicht zuletzt die Beschlüsse des Verbandstages beigetragen, die Einführung der Staffelleistungsätze ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Verfalls- und Gewerbebeiträge 1905 wies 115 000 Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen im graphischen Verufe auf. Es fehlen, da diese Statistik veraltet ist, alle Anhaltspunkte dafür, wie viel Kollegen und Kolleginnen für die Organisation noch zu gewinnen sind. Es gibt eine ganze Anzahl Orte mit über 100 000 Einwohnern, in denen die Zahlstellen nur 50 bis 60 Mitglieder zählen. In Bayern seien nur vier Zahlstellen vorhanden. Am schlimmsten sieht es in Preußen und Schlesien aus. In der Provinz Brandenburg sind nur fünf Zahlstellen vorhanden, darunter allein drei in Berlin. Es sei also keinerlei Veranlassung gegeben, die Hände in den Schoß zu legen, schon in Rücksicht darauf, daß der Schutzverband einen Wachstumsfaktor bildet. 2000 Hilfsarbeiterinnen im Steindruckergewerbe wurden durch die Aussperrung 1906 getroffen, obwohl sie keinerlei Forderungen gestellt haben. Dieses Vorgehen des Schutzverbandes habe der Kollegenschaft die Augen geöffnet, der Schutzverband frug nicht danach, ob die Kolleginnen organisiert waren oder nicht. Die Mitgliederzahl stieg von 8006 auf 12 689. Die Aussperrung verursachte der Organisation mehr Kosten, als sie in den letzten drei Jahren für Unterhaltungs-zwecke ausgegeben hatte. Während hierfür insgesamt nur 80 834 M. verausgabt wurden, verursachte die Aussperrung allein eine Ausgabe von 80 834 M. Dazu kamen noch 28 000 M. für Streiks. Es sei aber ohne Zweifel, daß durch die Taktik des Schutzverbandes die Organisation Erfolge hatte, daß sie aber auch materiell stark geschädigt wurde. Die Vorgänge in München haben bewiesen, daß der Schutzverband überall da zu finden ist, wo die Kollegenschaft Forderungen stellt. Die Rednerin weist darauf hin, daß durch die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker auch das Hilfspersonal in das Tarifverhältnis eingereiht sei. Die Ausführungsbestimmungen regeln das Verhältnis von Organisation zu Organisation, während die Lohnfrage den örtlichen Mitgliedschaften überlassen ist. Im Steindruckergewerbe war dies noch nicht möglich. Es sind noch mehr als 150 Städte vorhanden, wo die Kollegenschaft unter den schlechtesten Bedingungen entlohnt wird. Doch sind auch im Buchdruckergewerbe noch 56 Städte zu verzeichnen, wo die Hilfsarbeiter noch keinen Tarif haben. Es müssen Mittel und Wege geschaffen werden, um diese Minderstände zu beseitigen. Um der Entwicklung der Organisation Rechnung zu tragen, beantragte die Referentin die Schaffung von 10 Agitationsbezirken und Anstellung einiger besoldeter Agitationsleiter. (Beifall.) Diesen Ausführungen folgte eine rege Diskussion, worauf folgende Resolution angenommen wurde:

Um die Agitation in Deutschland wirksamer und vor allen Dingen planmäßiger zu gestalten, ist die Einteilung Deutschlands in Agitationsgauen eine unbedingte Notwendigkeit.

Eine planmäßige Agitation ist um so mehr erforderlich, als noch in verschiedenen Orten — namentlich im Osten Deutschlands und in ganz Rheinland-Westfalen — äußerst traurige Verhältnisse bestehen und wir durch den Schutzverband im Steindruckergewerbe ganz besonders verpflichtet sind, die Kollegenschaft eingehend über alle Verhältnisse aufzuklären.

Eine gut organisierte und aufgestellte Kollegenschaft ist auch aus dem Grunde von Wichtigkeit, weil nur eine solche in ständiger und vertraglicher Weise günstige Abmachungen eingehen und die Unterhaltung vertraglicher Abmachungen zu garantieren. Von dieser Erwägung ausgehend, beschließt der Verbandstag, besoldete Agitationsleiter anzustellen, wobei in erster Linie Rheinland-Westfalen sowie der Osten Deutschlands zu berücksichtigen ist.

Sollte sich in der Zeit bis zum nächsten Verbandstage die Notwendigkeit weiterer Anstellungen herausstellen, so hat der Verbandsvorstand das Recht, solche Anstellungen vorzunehmen.

Siebenter Internationaler Textilarbeiter-Kongress.

Vom 24. bis 30. Mai tagte im Wiener Arbeiterheim, unter abwechselnder Leitung der verschiedenen Nationen, der siebente internationale Kongress. Neun Staaten waren durch 92 Delegierte vertreten, die gemeinsam die Fragen: Verkürzung der Arbeitszeit, Frauen- und Kinderarbeit, Prämien-system usw. beraten sollen, um durch gemeinsame Beschlüsse einen Schutzwahl für die Textilarbeiter aller Länder gegen brutale Ausbeutung zu schaffen.

Nach dem

Bericht des internationalen Sekretärs

ist die Einsetzung des Komitees für alle angeschlossenen Länder von sehr großem Vorteil gewesen, da durch dieselbe eine ständige Verbindung der Textilarbeiter zwischen Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Belgien, Schweiz, Dänemark, Holland und Ungarn geschaffen wurde, die auch durch die Schaffung des „Correspondenzblatt“ lebhaft gefördert ist. In den meisten Ländern haben sich die Durchschnittslöhne gesteigert und die Arbeitszeit ist verkürzt worden. Der Sekretär berichtet ferner über die Wandlung, die in England vor sich geht. Dort hat man ebenfalls eingesehen, daß auch die dortige Arbeitererschaft für die Erringung des Achtstundentages eintreten muß, und auch in politischer Beziehung vollzieht sich in England ein Wechsel; man fängt an zu begreifen, daß die Arbeitererschaft nicht nur durch die gewerkschaftliche sondern mehr durch die politische Agitation einen Einfluß auf die Gesetzgebung erlangen kann. Von der deutschen Delegation wird gewünscht, daß der Sekretär seine Aufmerksamkeit mehr auf Schweden und Rußland lenken möge, damit das Reich der Internationale sich um alle Länder spanne und dazu beitrage, daß durch die Organisationen der Arbeiter selbst ein Fortschritt in der Arbeiterschutzgesetzgebung der einzelnen Länder eintrete. Auch in Deutschland haben die Arbeiter kein Vertrauen zur Reichsregierung, auch dort werden dieselben sich nur durch gewerkschaftliche und politische Organisationen einen Einfluß sichern.

Ueber die Klassenverhältnisse des internationalen Verbandes ist zu berichten, daß zurzeit ein Streikfonds von 57 737 Fr. besteht und außerdem noch ein laufender Klassenbestand von circa 3000 Fr. vorhanden ist. Es werden Wünsche auf öfteres Erscheinen des Internationalen Korrespondenzblattes laut, die dadurch erledigt werden, daß beschlossen wird, dasselbe alle zwei Monate erscheinen zu lassen.

Der nächste Verhandlungspunkt:

der gesetzliche Arbeiterschutz

a) Frauen- und Kinderarbeit, b) Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden“ wird namens der deutschen Delegation vom Genossen Wagener-Vorwärts erörtert. In präziser

Form erläutert selbiger die Forderungen des internationalen Komitees: Völliges Verbot der nicht durch ganz außergewöhnliche Verhältnisse und Ereignisse bedingten Nachtarbeit, achtstündiger Maximalarbeitszeit, freier Sonnabendnachmittag, Verbot von Überzeitarbeit, Verbot von Sonntagsarbeit, Beschränkung der täglichen Arbeitszeit für Frauen, die einem Hauswesen vorstehen, und Arbeiter und Arbeiterinnen unter 16 Jahren auf sechs Stunden, Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren, strenge Bestrafung aller Übertretungen von Arbeiterschutzbestimmungen.

Der Kongress fordert weiter eine wirksame Arbeitsaufsicht und daß die Arbeiter das Recht bekommen, selbst die Aufsichtsbeamten zu wählen.

In Deutschland werden viele Kinder aus Galizien und Ungarn in Zuteppereien beschäftigt, die das vorgeschriebene Schugalter noch nicht erreicht haben und mit gefälschten Ausweisungspapieren versehen sind.

Photographische Aufnahmen solcher Kinder, die in den Leipziger Wollmammereien, sowie in der Weidener Zutepperei beschäftigt sind und die dem Kongress zur Ansicht vorliegen, erharteten diese Behauptung.

Bei der Diskussion über diese Forderungen kommen die in vieler Hinsicht geradezu reaktionären Ansichten der englischen Gewerkschaftler recht drastisch zum Ausdruck. Während die Vertreter aller anderen Nationen ihr Einverständnis mit diesen Forderungen erklärten, bezichtigte Croft (England) die Verkürzung der Arbeitszeit für Frauen als ein schones Ideal, aber praktisch un-durchführbar. Das schönste Ideal sei, wenn die Frauen überhaupt nicht erwerbstätig zu sein brauchen. Auch das vollständige Verbot der Kinderarbeit findet nicht den Beifall der englischen Delegation, ein diesbezüglicher Antrag ist auch im Hause der Lords verworfen und nur eine Erhöhung des Schugalters auf 13 Jahre erzielt.

Seitens der österreichischen Delegation tritt Genosse Hanusch den Engländern in temperamentvoller Weise entgegen. Eine Resolution wird angenommen welche besagt, daß die Arbeiter aller Länder sich zur Durchsetzung ihrer Forderungen auch der politischen Bewegung bedienen sollen und daß sie sich dabei der Partei anschließen haben, welche allein auf dem Boden des Klassenkampfes steht.

Die

Abschaffung des Prämien-systems

wird von England gefordert und nach eingehender Begründung seitens der englischen Delegation eine diesbezügliche Resolution angenommen. Die dänischen Delegierten beantragen die

Abschaffung des Alford-systems

zur Debatte zu stellen, da dieses eng mit dem Prämien-system ver-wachsen sei. Die Engländer erklären sich gegen die Behandlung dieser Frage und enthalten sich der Abstimmung. Alle übrigen Nationen sprechen und stimmen für Beseitigung der Alfordarbeit. Von England werden die kontinentalen Nationen eindringlich auf die Erhöhung ihrer Beiträge aufmerksam gemacht. In England habe man bereits 24 Millionen angesammelt. Durch die finanziellen Opfer der englischen Arbeiter seien deren wirtschaftliche Verhältnisse berart, daß sie den Arbeitern auf dem Kontinent als Muster dienen können.

Die Frage des

Mehrstufig-systems

wird von der französischen Delegation angeknüpft und schließlich dem internationalen Komitee zur Regelung überwiesen. Die Resolution zum

internationalen Streikfonds

wird von Kossel-Berlin begründet. Es wird allen Nationen zur Pflicht gemacht, ihre Beiträge dazusetzen, daß sie aus eigener Kraft ihre Kämpfe für Verbesserung ihrer Lebenslage führen können. Die Bestimmungen des Streikreglements besagen, daß eine der Internationale angeschlossene Nation, die länger als vier Wochen im Stillsitz ist, die Unterstützung aus dem internationalen Streikfonds anrufen kann. An Beiträgen zu diesem Fonds sollen die Organisationen pro Kopf und Jahr 10 Centimes zahlen.

Die Engländer nehmen auch hier wieder einen Sonderstand-punkt ein und wollen nur 2 Cent zahlen, dafür aber auf die Hilfe aus dem internationalen Streikfonds verzichten. Hanusch-Oesterreich tritt diesen Ansichten energisch entgegen. Andersen-Dänemark will gar keinen Streikfonds sondern Sammlungen von Fall zu Fall veranstaltet wissen, deshalb seien sie gegen das Streikreglement. Dem Streikreglement stimmen sieben Nationen zu. Die Engländer erklärten bei ihren Mandatgebern dahin wirken zu wollen, daß bis zum nächsten Kongress die Beitrags-frage geregelt ist.

Zur Frage der Ein- und Auswanderung wünscht Renaud Frankreich eine größere Solidaritätsbefundung, damit die Arbeiter eines fremdsprachigen Landes nicht schußlos der Ausbeutung preisgegeben sind. Damit sind die Arbeiten des Kongresses erledigt. Der nächste Kongress soll in Holland abgehalten werden.

Verfammlungen.

Die Zustände auf dem hiesigen Schlachthof und die Lage der Engroschlächtergehilfen war das Thema einer am Freitag abgehaltenen Versammlung der auf dem Schlachthof beschäftigten Gesellen. Der Leiter der hiesigen Gesellenorganisation, Genosse Bergmann, hatte das Referat übernommen. Die Führer der „Brüder-schaft“ (die christlichen) waren gleichfalls erschienen und versuchten die Versammlung zu stören, was ihnen jedoch nicht gelang. Bergmann schilderte die Zustände auf dem Schlachthof, wo vieles zu beklagen sei, ohne daß die Arbeitgeber Rechte hätten. Auch von Seiten der Schlachthofverwaltung könne noch manches gesehen werden. Ein großer Mangel sei es, daß die Unfallstation zwei Stunden später geöffnet werde als die Schlachthallen. Hier sei es im Interesse Hundertler notwendig, daß Remedur geschaffen werde. Die Arbeitszeit sei eine sehr ausgedehnte, 100 bis 120 Stunden die Woche sei der Durchschnitt. Die Lohn-verhältnisse seien der Arbeitszeit keineswegs angepaßt. Der Stundenlohn betrage durchschnittlich 28 bis 30 Pf. Die Bestimmungen des § 105 der R.-G.-O. würden von den Arbeitgebern nicht beachtet. In den meisten Fällen dauere die Sonntagsarbeit 7-8 Stunden. Diese Übelstände abzuheben, sei Pflicht der Organisation; jedoch müßten die Gesellen sich derselben anschließen. Die Vereinseinnahme sei dazu nicht imstande, nur eine starke gewerkschaftliche Organisation könne hier etwas leisten. — In der Diskussion versuchten die Brüdergeschaffler im trüben zu fischen und warnten vor dem Beitritt zur Organisation, fanden jedoch kein Gehör bei den Anwesenden. Von den übrigen Diskussionsrednern wurde darauf hingewiesen, daß die Arbeitgeber immer mehr und mehr bestrebt seien, junge, billige Arbeitskräfte heranzuziehen. Die alten Gesellen seien gezwungen, sich als Helfer durchzuschlagen oder wo anders Arbeit zu suchen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit wurde von allen Rednern bekräftigt; es ginge ganz gut, den Schlachthof später zu öffnen und früher zu schließen. In seinem Schlusswort betonte Bergmann, daß sich die vorgebrachten Wünsche wohl verwirklichen ließen, jedoch sei es notwendig, daß sich die Kollegen der Organisation anschließen. Nur in der Einigkeit liege die Stärke.



